Einzelpreis 10 Pfennig.

Volksstimme

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme" erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Karl Panitz, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Vom 16. bis 30. April 1,00 Mark. Abholer 0,90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 20 Pfennig auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellengesuche 12½ Pfennig, Vereinskalender 20 Pfennig, die [illegible] gespaltene 90 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldma[illegible] Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnung[illegible]datum Zahlung erfolgt. — Für Platzvorschriften keine Gewähr. — Postscheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 97. Magdeburg, Freitag den 25. April 1924. 35. Jahrgang.

Die Not der Wohnungslosen.

Eine der verheerendsten wirtschaftlichen Folgen des Krieges ist die im Verhältnis zu Friedenszeiten ins Unermeßliche gestiegene Wohnungsnot. In allen am Kriege beteiligten Ländern ist derselbe Jammer. Mehr als vier Jahre wurde so gut wie nichts gebaut. Der Ausfall an Wohnungen macht sich verheerend bemerkbar. Der Krieg hat zwar viele Familienväter dahingerafft, aber die Zahl der Familien ist natürlich kaum geringer geworden. Hinzutrat der Strom Neuvermählter, die oft nun schon seit Jahren auf ein eignes Heim warten.

Sowohl in der Nationalversammlung wie im Reichstag war die Bekämpfung der Wohnungsnot eine der Hauptaufgaben der Sozialdemokratie. Sie kämpften dabei gegen alle bürgerlichen Parteien, die die freie Wohnwirtschaft herstellen wollen. Freie Wohnwirtschaft bedeutet aber bei einer riesigen Wohnungsnachfrage und einem geringen Angebot sowie bei stark erhöhten Baukosten nicht etwa nur Friedensmiete, sondern

mindestens das Doppelte der Friedensmiete.

Bei freier Wohnungswirtschaft würde die Miete jetzt für eine Arbeiterwohnung mindestens 50 bis 60 Mark im Monat betragen. Wie soll das aufgebracht werden, wenn das Einkommen einer Arbeiter-, einer Angestellten-, einer Beamtenfamilie wie in den meisten Fällen nur 80 bis 100 Mark im Monat beträgt. Auf solche Rechenexempel haben die bürgerlichen Abgeordneten immer nur mit Achselzucken geantwortet. Ihr jahrelanges Stoßgebet war: Her mit der freien Wirtschaft. Nur dann wird gebaut werden!

Auch die Sozialdemokratie will Belebung des Baumarktes. Sie hat deshalb schon vor Jahren, natürlich bekämpft von den Kommunisten, die dadurch ungewollte Helfershelfer des Wohnungswuchers wurden, eine Wohnungsbauabgabe einführen helfen. Die Wohnungsbauabgabe wurde restlos für die Herstellung von Kleinwohnungen benutzt, damit so allmählich der kulturlose Wohnungsjammer gemildert und beseitigt werde. Es ist ein grober Irrtum, anzunehmen, daß die Wohnungszwangswirtschaft versagt habe. In den letzten Jahren wurde unter der Wohnungszwangswirtschaft

in Deutschland mehr gebaut als in den meisten Ländern

der Welt, mehr auch als in den meisten Siegerländern.

Wir hatten den Willen, diese Wohnungsbauabgabe mehr und mehr auszubauen, so daß zwar die unvermeidliche allmähliche Erhöhung der Mieten, denen sich die Einkommen hätten anpassen müssen, eingetreten wäre, aber es wäre der Wohnungswucher unterbunden geblieben. Die Miete wäre benutzt worden zur ordnungsmäßigen Unterhaltung und Instandsetzung der Häuser, zum Bau von neuen Kleinwohnungen auf gemeinnütziger Grundlage und zu einer angemessenen Entschädigung des Hausbesitzes für Zinsen und Verwaltung. Kaum waren die Sozialdemokraten aus der Reichsregierung, als die bürgerlichen Minister die Linie unsrer Wohnungspolitik verließen und mit der größten Rücksichtslosigkeit auf Friedensmiete und freie Wirtschaft lossteuerten. Die Länder werden verpflichtet, die Mieten allmählich den Friedensmieten anzunähern. Die so erhobene Mietsteuer soll aber nur zu 10 Prozent für Wohnungsbau verwendet werden. Den Hauptanteil soll der Eigentümer und daneben der Staat für seine allgemeine Kasse haben.

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther

hat, ohne daß ihm einer der andern bürgerlichen Minister widersprochen hätte, gelassen das Wort ausgesprochen, die Kapitalisten seien in Deutschland steuerlich überbelastet, die einzige noch ergiebige Steuerquelle sei die Mietzinssteuer. Dabei weiß jedes Kind, daß die deutschen Kapitalisten sich zu Zehntausenden im Ausland umhertreiben und unsre Mark verjuxen. Mehr Steuer aber können sie nach der Weisheit des Herrn Reichsfinanzministers nicht zahlen.

Es gehört

der ganze Gipfel kommunistischer Verlogenheit

dazu, zu behaupten, die Sozialdemokratie sei für die Mietsteuer verantwortlich. Unsre Führer haben diesen Steuervorschlag nicht nur im Ueberwachungsausschuß leidenschaftlich bekämpft. Wir haben auch im Reichstag beantragt, die Mietsteuer aufzuheben und

1. Statt der Mietsteuer einen nach der Leistungsfähigkeit der Zensiten gestaffelten Zuschlag zur Vermögenssteuer bis zu 200 Prozent einzuführen.
2. Zur Förderung des Wohnungsbaues die Erhebung einer Abgabe bis zu 10 Prozent vorzunehmen.

Wir haben das beantragt, nicht etwa die Kommunisten, die nach ihrem eignen Eingeständnis im Parlament für die arbeitenden Massen nichts tun wollen, sondern sich darauf beschränken, auf die Weltrevolution zu warten. Die bürgerlichen Parteien haben sich geschlossen gegen unsern Antrag gestellt. Nicht zuletzt wegen unsrer Haltung zur Mietsteuer ist der Reichstag aufgeflogen.

Nun sollten

vor allem die Wählerinnen,

sollten vor allem die Frauen, deren Reich die Wohnung ist, das Wort nehmen. Sie sollten die bürgerlichen Parteien zur Verantwortung ziehen, weil sie die menschliche Heimstätte und den Grund und Boden, ohne den niemand leben kann, der Spekulation überantworten. Glaubt nicht, daß durch die freie Wirtschaft oder gar durch die Mietsteuer mehr gebaut wird. Bei der allgemeinen Kreditnot und den unerschwinglichen Zinssätzen ist an Neubauten in größerm Umfang ohne öffentliche Zuschüsse gar nicht zu denken. Mit Recht sagte der bürgerliche Staatssekretär Scheidt am 8. März d. J.: „Jeder, der die Bauwirtschaft kennt, weiß, daß der Kredit für das Bauen immer erst dann vorhanden gewesen ist, wenn er von Industrie und Handel nicht gebraucht wird."

Die Bauarbeit aller Berufe, der Baustoffhandel, das Bauhandwerk und damit zusammenhängend wichtige Industriezweige liegen danieder, weil die bürgerliche Regierung die erhöhten Mieten in die Kassen der Länder leitet, statt bauen zu lassen.

Nicht weniger als 500 Millionen Goldmark

sollen in einem Jahr aus den Mieten herausgeholt werden. Die Summe wird buchstäblich auch von Erwerbslosen, von Sozialrentnern, von Kriegsopfern, von abgebauten Beamten, von kleinen Kapitalsrentnern, von enteigneten Mittelständlern, von den Inhabern auch der elendesten Wohnungen, am meisten auch von den kinderreichen Familien aufgebracht, während an Besitzsteuern geknausert wird.

Kein Wort davon ist wahr, daß unsre Wohnungspolitik die Stabilisierung der Mark gefährdet. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn man entsprechend unsrer Wohnungspolitik verfahren hätte: Belastung der großen Vermögen und Einkommen und mäßige Wohnungsbauabgabe zur Belebung des Baumarktes, wären hunderttausende Erwerbslose wieder zur Arbeit gekommen, hätte sich die Wirtschaft auf weiten Gebieten belebt, während 300 Millionen Mark Erwerbslosenunterstützung pro Jahr erspart und etwa 50 Millionen Goldmark allein an Lohnsteuer mehr vereinnahmt worden.

Durch die vorgeschlagene Wohnungsbauabgabe hätte man zugleich

die Schaffung von 30 000 bis 40 000 neuer Wohnungen

gesichert.

Die bürgerlichen Parteien durch ihren Klassenegoismus, die Kommunisten durch ihre Tatenlosigkeit und ihren Unverstand haben das verhindert. Wie soll es erst im nächsten Reichstag werden, wenn nach dem Ziel aller gegnerischen Parteien von den Deutschvölkischen bis zu den Kommunisten hinüber unsre Sozialdemokratische Partei geschwächt wird.

Wähler und Wählerinnen, Mieter und Bodenreformer,

verhindert den Sieg der Wohnungsspekulation

und der Baulöwen. Die Reichstagswahl ist auch ein Kampf um den deutschen Boden, ein Kampf um die Heimstätten der Zukunft, die nach unserm Willen anders aussehen und anders aussehen müssen, als die in der Blüte freier kapitalistischer Bauwirtschaft entstandenen Elendsquartiere unsrer Großstädte und Industriegebiete. Gesunde Wohnungen für unsre Kinder, Siedlungsmöglichkeit für jeden, der arbeiten will auf freiem Grunde, das bleibt das Ziel unsrer Arbeit.

Keine deutsche Mutter, kein Vater, der für eine gesunde Nachkommenschaft sorgen will, darf die Grundstücksspekulation unterstützen. Es bleibt für die Gegner der Wohnungsnot keine andre Wea als die Stärkung der Sozialdemokratie! —

Max Hölz, der Spitzenkandidat.

Die Zentrale der Kommunisten hat mit großem Getöse Max Hölz als Spitzenkandidaten auf der Reichsliste benannt. Damit wollte die neue „linke" Leitung zum Ausdruck bringen, daß die Räuberhauptmanns-Methoden des Hölz die zukünftigen Methoden der Zentrale sein würden, die ja von jeder Stimme, die für die Kommunisten abgegeben wird, annimmt, daß sie ein Bekenntnis zum Bürgerkrieg ist.

Anscheinend ist aber Max Hölz, der sich an die Sozialdemokratische Partei mit der Bitte gewandt hat, ihm bei seinem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens zu helfen, von der „linken" Leitung aber gar nicht um sein Einverständnis gefragt worden, als er zum Spitzenkandidaten gemacht wurde. Max Hölz hat nämlich seine politischen Anschauungen gründlich geändert, wie aus einem Schreiben hervorgeht, das er an den Reichs-Amnestieausschuß des alten Reichstags gerichtet hat.

Hölz gibt einen Abriß seines Lebens. Bis zum Weltkrieg war er ein tätiges Mitglied des Vereins christlicher junger Männer. Die Kriegserlebnisse — Hölz war von Anfang bis zu Ende Meldereiter bei einer Brigade — warfen ihn aus dem Geleise, und erst nach der Revolution beschäftigte er sich mit Politik. Er sprang mit beiden Füßen ins Lager der Radikalsten, weil er, wie er sagt, damals glaubte, nur mit Gewalt könnte den Ideen, die ihn erfüllten, Bahn gebrochen werden. Hölz sagt weiter:

> Schon vor meiner Verhaftung habe ich begreifen gelernt, daß die Voraussetzungen, unter denen ich meine Handlungen beging, den Tatsachen und ihren Zusammenhängen nicht entsprachen.
>
> ... Heute weiß ich, daß es nicht allein genügt, den besten Willen zu haben, um die sozialen Uebel ändern zu helfen, sondern daß es dazu vor allem auch der Kenntnis der Kausalität der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge bedarf.

Aehnlich äußerte sich Max Hölz sozialdemokratischen Führern gegenüber, die ihn im Gefängnis besuchten. Bitter beklagte er sich über die Kommunistische Partei, die ihn gänzlich im Stiche gelassen hat:

> Ich habe gefehlt, und deshalb büße ich jetzt. Ich betreibe jetzt mein Wiederaufnahmeverfahren, weil ich betr. des Mordes an dem Gutsbesitzer Heß unschuldig verurteilt worden bin. Ich bin von meinen kommunistischen Parteigenossen leider im Stiche gelassen worden und werde, falls es mir gelingt, einmal wieder freigelassen zu werden, den Schleier wegziehen, der die kommunistische Führerschaft bedeckt. Daß ich bei der Arbeiterschaft noch nach meiner Verurteilung Vertrauen besaß, ist bewiesen, daß im Vogtland für mich und für die Bewerkstelligung meines Wiederaufnahmeverfahrens 285 000 Mark gesammelt worden sind. Diese Gelder sind von meinem Parteigenossen Goldstein und Genossen unterschlagen worden. Meine Genossen in der Kommunistischen Partei haben an mir und meiner Frau erbärmlich gehandelt. Von obiger Summe hat meine Frau nicht 10 Mark erhalten, obgleich sie sich in großer Notlage befand.

Die Tatsache der Gesinnungsänderung von Max Hölz ist der Kommunistischen Partei verborgen geblieben, weil sie sich keinen Deut um ihn bekümmert hat. Die neue „linke" Leitung erinnerte sich des Max Hölz erst, als sie glaubte, ihn als Zugmittel bei der Wahl benutzen zu können, sie machte ihn zum Sitzenkandidaten.

Wie ist es möglich, daß den Kommunisten das Schreiben des Max Hölz an den Amnestieausschuß unbekannt geblieben ist? Weil sich die kommunistischen Reichstagsabgeordneten um die Opfer der kommunistischen Politik gar nicht bekümmern, weil sie im Plenum große Agitationsreden halten und sich nicht einmal im Amnestieausschuß um die Gesuche und Anträge der in Gefängnissen und Zuchthäusern sitzenden kommunistischen Arbeiter bekümmern. Das überlassen sie — wie alle Arbeit für die Arbeiterschaft — den Sozialdemokraten.

Und so ist es verständlich, daß die Veröffentlichung der Eingabe von Max Hölz große Ueberraschungen im Lager der Kommunisten hervorrief. Da blieb der „linken" Zentrale nichts andres als ein schmählicher Rückzug übrig: Max Hölz wurde von der Reichsliste gestrichen, an seiner Stelle prangt als Spitzenkandidat Thälmann.

So sieht es in der Kommunistischen Partei aus! Spitzenkandidaten werden aufgestellt, die von der kommunistischen Politik nichts wissen wollen. Es mag sich jeder Arbeiter ausmalen, welcher Art die neue „linke" Leitung der Ruth Fischer und Maßlow ist, die blindes Vertrauen in die Kunst ihrer Führung fordert. Das Schicksal von Max Hölz ist eine Warnung! —

Ludendorff gegen den Vatikan.

Ludendorff hat dem Korrespondenten der „Chicago Daily News" ein Interview gegeben, in dem er u. a. ausführte:

Meiner Ansicht nach ist die deutsche Rasse die wertvollste der ganzen Welt. Ich möchte sie gegen ausländische Einflüsse beschützen. Das feste Ziel unsrer (völkischen. D. Red.) Außenpolitik ist Revision des Versailler Vertrags auf Grund 1 des lügenhaften Paragraphen 231, 2. des belgisch-französischen Vertragsbruchs, 3. der erzwungenen Unterschrift.

Ich kenne keine protestantischen und katholischen Soldaten, sondern nur deutsche. Aber während Deutschlands Kampf um Freiheit und Existenz ist der Vatikan nicht neutral geblieben. Wenn man die strenge Disziplin der katholischen Kirche in Betracht zieht, ist es schmerzlich, zu sehen, wie der Heilige Vater vorigen Sommer die Sabotage im Rheinland und im Ruhrgebiet mißbilligte und dadurch Deutschland eine tatkräftige Waffe gegen Frankreich aus der Hand nahm.

Nicht weniger schmerzlich war für uns die Tätigkeit des Kardinals Faulhaber, als er im vorigen Jahr in Amerika war. Der Kardinal äußerte sich über deutsche Interessen in einer Weise, die die Mehrzahl des deutschen Volkes nicht als wahrhaftig betrachten würde. Es ist erstaunlich, zu bemerken, wie er die Juden gerade vor dem 8. November verteidigte. Rom arbeitet langsam, aber hat weitsichtige Ziele. Für den Vatikan spielen 50 oder 100 Jahre keine Rolle. Das Ziel des Vatikans ist, das ganze Christentum katholisch zu gestalten und andern Konfessionen Gleichberechtigung abzusprechen.

Ich hoffe die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland wieder einzuführen. Die Nationen, die ohne Verteidigung sind, sind verurteilt. Aber dieses hat mit Militarismus nichts zu tun. Militarismus ist ein Wort, das von unsern Feinden erfunden worden ist.

Ich bin nach innerster Ueberzeugung ein Monarchist und im tiefsten Herzen an das Haus Hohenzollern gebunden. Aber ich halte den jetzigen Augenblick nicht für den gegebenen, um dieses Problem zu lösen. Ich bin jetzt, wie immer, der Ansicht, daß die Frage der Dynastie dem Volke zur Entscheidung überlassen werden muß.

Es ist erinnerlich, daß Ludendorff zu Beginn des Hitler-Prozesses in seiner ersten Verteidigungsrede ähnliche Angriffe gegen den Vatikan und den Kardinal Faulhaber richtete. Seine Worte wurden in der gesamten Welt als eine grobe Geschmacklosigkeit empfunden. Unter den Katholiken Deutschlands erregten sie einen Sturm der Entrüstung. Im katholischen Rheinland sah man in ihnen geradezu einen Dolchstoß. Die preußische und die Reichsregierung betrachteten es als ihre Ehrenpflicht, dem Vatikan zu versichern, daß sie mit diesem Ludendorff nichts gemein haben und seine Flegeleien auf das peinlichste empfänden.

Ludendorff selbst trat im Verlauf des Prozesses einen Rückzug an. Er ließ durch andre versichern und versicherte selbst, daß seine Worte mißverstanden worden seien. Wenn er nun seinen Angriff gegen den Vatikan und gegen die katholische Kirche in aller Schärfe wieder aufnimmt, so beweist das, daß er als Politiker eine ganz unmögliche Figur ist. —

Rechtskurs in Bayern?

Aus München wird uns geschrieben:

Der aus Italien zurückgekehrte Regierungspräsident von Oberbayern, Kahr, hat seine amtliche Tätigkeit noch nicht wieder aufgenommen.

Es ist überhaupt wenig wahrscheinlich, daß Kahr noch einmal sein Amt antritt. Voraussichtlich wird sein gegenwärtiger Stellvertreter, Loritz, die Geschäfte übernehmen, bis man in einigen Wochen Klarheit über die Regierungsbildung gewinnt.

Es wird damit gerechnet, daß dann der jetzige Innenminister Schweyer auf den Posten des Regierungspräsidenten von Oberbayern gesetzt wird. Dies scheint ein Fingerzeig für die kommenden Dinge in Bayern zu sein. Denn Schweyer ist bekannt als scharfer Gegner der Völkischen, deren Hauptforderung ja auch in der Beseitigung dieses Mitbegründers der Bayrischen Volkspartei besteht. Wenn Schweyer als Minister gehen muß, trotzdem seine Politik gerechtfertigt erscheint, während anderseits der den Völkischen sehr sympathische Knilling von neuem die Regierung bildet, so ist jedermann klar, wohin der Weg in Bayern führen soll. —

Warum Freiheitspartei?

Verzeihung! Weshalb nennen sich die Herrschaften da drüben „Freiheitspartei?"

Lieber Herr, das ist ganz einfach, diese Gesellschaft befindet sich trotz ihrer unendlichen Meuchelmorde an deutschen Volksgenossen immer noch in Freiheit und kann weiterhin ihren Unfug treiben! Deshalb der Name „Freiheitspartei".

Der Kampf um die Gemeindewahlen.

Der preußische Landtag tritt am Donnerstag zu einer Sitzung zusammen, nachdem die Sitzung am 3. April durch Beschlußunfähigkeit ohne Ergebnis verlaufen war.

Auf der Tagesordnung steht wiederum die Frage der Verschiebung der Gemeindewahlen, jedoch erst als sechster Punkt. Vorangehen sollen auf der Tagesordnung die ersten Beratungen des Notetats für 1924, des Gesetzentwurfs über die Elbschiffahrtsgerichte und des Gesetzentwurfs über die Versorgung der Staatsminister sowie alle drei Lesungen der Gesetzentwürfe über die Bestrafung der Schulversäumnisse und über die Erweiterung des Stadtkreises Kiel.

Es ist anzunehmen, daß die Abstimmung über die Verschiebung der Gemeindewahlen ebenso ergebnislos verlaufen wird wie am 3. April. Da auch nach der Abstimmung in der zweiten Lesung dieses Gesetzentwurfs eine geschäftsordnungsmäßige Frist bis zur dritten Lesung eintreten muß, so ist kaum damit zu rechnen, daß noch ein Beschluß über die Verschiebung der Gemeindewahlen zustande kommt. —

„Ich werde sozialdemokratisch wählen!"

So schreibt in der „Welt am Montag" der früher nationalsoziale, heute aber keiner bestimmten Partei zugehörige Politiker Helmut v. Gerlach. Er macht der deutschen Wählerschaft zunächst klar, daß politischer Fatalismus die größte Sünde wäre, deren sich die deutsche Linke schuldig machen könnte und daß, wer nicht wähle, indirekt hakenkreuzlerisch wähle. Dann fährt er wörtlich fort:

Ich selbst werde sozialdemokratisch wählen. Man sandte mir in diesen Tagen ein „völkisches" Provinzblättchen zu. Das baute einen fulminanten Artikel gegen mich auf eine beschimpfende Aeußerung auf, die sich der „Vorwärts" im Jahre 1920 gegen mich geleistet hat. Ich weiß wohl, daß gewisse sozialdemokratische Führer noch heute ähnlich von mir denken. Das kann mich, der ich sachlich Politik zu treiben gewohnt bin, nicht hindern, alle mir zur Verfügung stehende Kraft für die Wahlunterstützung der Sozialdemokratie einzusetzen. Mit Vergnügen bin ich deshalb der Aufforderung eines sozialdemokratischen Wahlvereins im Kreise Niederbarnim gefolgt, dort in einer Wahlversammlung für die sozialdemokratische Liste einzutreten.

Ich weiß, wie wichtig es ist, daß Zentrumsmänner wie Wirth und Joos, daß Demokraten wie Schönaich und Schücking gewählt werden. Als Partei scheint mir jedoch die Sozialdemokratie diejenige, die für Pazifisten und Republikaner in erster Linie in Betracht kommt. (Notabene: ich spreche von den großen Parteien, die allein für das Gesicht des kommenden Reichstags ausschlaggebend sind.)

Man hört oft sonst ganz verständige Leute, manchmal sogar Mitglieder der Partei, von dem unvermeidlichen „Zusammenbruch" der Sozialdemokratie sprechen . . . Aber daß zu schwarzem Pessimismus kein Anlaß vorliegt, das haben die bayrischen Wahlen bewiesen. Die Sozialdemokraten haben sich überraschend gut gehalten. Es hat sich als richtig herausgestellt, was ich immer im Ausland gepredigt habe: Die Masse der deutschen Arbeiter ist immun gegen die völkisch-antisemitisch-militaristische Verhetzung. Sie ist die breite Basis der deutschen republikanischen Pyramide. Sie ist die einzige Hoffnung für eine vernünftige deutsche Außenpolitik.

Auch in andern Linksparteien gibt es vernünftige Elemente. Auch in der Sozialdemokratie gibt es sehr bedenkliche Herrschaften. Aber als Durchschnitt und als Masse kommt nur die Sozialdemokratie für die Fundamentierung einer pazifistischen Republik in Betracht. Ohne eine starke Sozialdemokratie hat keine Regierung in Deutschland den nötigen Rückhalt für eine Außenpolitik, die die Konsequenzen aus unsrer militärischen Niederlage zieht und in die unerläßlichen Opfer willigt. Darum wähle ich sozialdemokratisch, ohne selbst Marxist zu sein . . . Helmut v. Gerlach.

So schreibt ein Bürgerlicher, dessen Ideale Völkerversöhnung und Demokratie sind. Und diesen Idealen zu dienen geht er hin und wählt sozialdemokratisch, trotzdem ihn sonst sehr viel von der Sozialdemokratie trennt. Es kümmert ihn heute sehr wenig, daß er und sozialdemokratische Führer in der Hitze des politischen Kampfes hart aneinander gerieten: er wählt nicht Personen, sondern die Sozialdemokratische Partei, den stärksten Schutzwall gegen jegliche Reaktion.

Arbeiter, die müde und verärgert geworden sind, weil dies oder jenes nicht nach ihren Wünschen ging, sollten von diesem Bürgerlichen lernen, was die Sozialdemokratie für die Welt des Fortschritts und der Versöhnung, was sie für Demokratie und Republik bedeutet. Dann werden sie nicht schmollend und fatalistisch beiseitestehen, sondern hingehen und ebenfalls sozialdemokratisch wählen. Besonders die Arbeitslosen. Denn wir brauchen in Deutschland nicht nur eine vernünftige Außenpolitik, sondern auch eine vernünftige Sozialpolitik, die jedem Volksgenossen das Leben ermöglicht, die aber nur möglich ist mit einer starken sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt schnell, sicher, schmerz- und gefahrlos **Kukirol**

Aerztlich empfohlen. Millionenfach bewährt.

Im Apotheken und Drogerien erhältlich. — Gegen Fußschweiß, Brennen und Wundlaufen Kukirol-Fußbad.

Engel-Apotheke, Jakobstraße 13; **Danckwortt'sche Alte Apotheke,** Halberstädter Straße 58; Drogerien: **W. Streit,** Hohenstaufenstr.; **Goethe-Drogerie,** Große Diesdorfer Straße 25; **Hennenberg & Co. Nachf.** und sämtl. Filialen; **Himmelreich-Drogerie,** Himmelreichstraße 13; **Käsebier & Ulrich,** Große Münzstraße 19; **W. H. Klocke,** Große Diesdorfer Straße 43. **H. Lorenz,** Alter Markt 28; **Ulrich-Drogerie,** Kaiserstraße 99/99, Ecke Alte Ulrichstraße, **B. Wienrich,** Viktoriastr. 1. **Buckau: A. Häuser,** Schönebecker Straße 10.

Kleines Feuilleton.

Völkische Kulturpolitik.

Dem „B. T." wird geschrieben:

Trotz des starken Widerspruchs, den der geplante Abbau des Staatlichen Bauhauses in Weimar in der deutschen Presse gefunden hat, scheint das Volksbildungsministerium auf dem eingeschlagenen Wege des Kulturabbaues fortschreiten zu wollen. Jetzt kommt eine volksbildnerische Institution an die Reihe, die aus einer Stiftung kürzlich in Staatsbesitz überging. Es handelt sich um die unter dem Namen „Volkshochschule Reuß" wirkende Einrichtung von Kursen und Veranstaltungen. Neben Volkshochschul-Arbeitsgemeinschaften über [illegible] und andere wissenschaftliche Themata hat diese Volkshochschule Reuß sich sehr eifrig der Kulturarbeit auf dem Lande und in den kleinen Städten gewidmet. So sprachen u. a. jüngst der bekannte [illegible] Professor Dr. Koch [illegible], Direktor des Völkerkundemuseums in Stuttgart, in 18 Orten über seine Forschungsreisen in Südamerika, der Geograph Geheimrat Volz (Leipzig) über die Kultur auf Sumatra, der Geograph Dr. [illegible] über Brasilien als Auswanderungsland. Lichtbildervorträge, musikalische Veranstaltungen von hohem künstlerischen Wert und doch volkstümlich gehalten, kurz eine Arbeit im Sinne der von den Völkischen so viel gerühmten deutschen Kultur bilden das Tätigkeitsgebiet der Volkshochschule Reuß. Jetzt ist allen Angestellten unter Berufung auf [illegible] zum 1. Mai gekündigt worden. [illegible] Kündigung der Lehrer und Angestellten der weit über Thüringen hinaus bekannten Heimvolkshochschule Tinz. Die Einrichtung dieser einzigen Arbeiterheimvolkshochschule Deutschlands ist in den [illegible] der Stiftung besonders gesichert und ihre Fortführung in [illegible] mit der gleichen Lehrmethode und den gleichen Lehrzielen zu einer geistigen Verpflichtung des thüringischen Staates gemacht worden."

[illegible] die Völkischen, [illegible] die [illegible] politische [illegible] des deutschen Spießbürgers bei den letzten Thüringer Landtagswahlen einen so günstigen [illegible] haben, daß die Thüringer „Ordnungsbund"-Regierung in eine [illegible] von ihnen geraten ist, gehen in ihrem blinden Hasse gegen alle Leistungen der früheren thüringischen „Marxisten"-Regierung so weit, daß sie auch alle [illegible] Einrichtungen ihrer Vorgänger abzubauen versuchen. Ihr neuster Vorstoß, der ihre ganze Verständnislosigkeit im hellsten Lichte zeigt, gilt dem „Staatlichen Bauhaus" in Weimar, einem Kulturinstitut, der auch über die Grenzen des Deutschen Reichs hinaus warme Anerkennung findet.

In einer Kleinen Anfrage des Völkischsozialen Blockes im thüringischen Landtag, in der darauf hingewiesen wird, daß für die Bauhausschüler als Abschluß der Werklehre die Gesellenprüfung vor der Handwerkskammer vorgesehen ist, wird bemängelt, daß der Lehrkörper des Staatlichen Bauhauses aus 19 Meistern bestehe, während bisher angeblich innerhalb 4½ Jahren nur etwa 15 Schüler den Bauhauslehrgang voll durchlaufen und die Prüfung abgelegt hätten und von diesen nur noch fünf am Bauhaus tätig seien. Es wird deshalb [illegible] dieses angeblich „schreienden Mißverhältnisses" der Zahl von Lehrern und Schülern die Einschränkung der „großen Aufwendungen" für den Bauhausetat und der „Abbau einer so unrentabeln Einrichtung" durch Kündigung einer Anzahl von Bauhausmeistern gefordert. Selbstverständlich gehört auch zu einer echten völkischen Anfrage ein Protest gegen Ausländer unter den Lehrkräften des Bauhauses und eine [illegible] Verdächtigung der „moralischen Qualitäten" des Bauhausleiters Professor Walter Gropius.

Die gänzlich unzutreffenden Vorwürfe der tapferen Völkischen gegen das Staatliche Bauhaus in Weimar lassen aufs neue die ganze verlogene Demagogie dieser Kulturfeinde erkennen. Zu ihrer Widerlegung genügt es, die wesentlichen Punkte aus der Erwiderung herauszuheben, die Professor Gropius auf die Kleine Anfrage des Völkischsozialen Blockes veröffentlicht hat. Das Bauhaus ist überhaupt keine eigentliche Handwerkerschule, sondern aus einer Zusammenlegung der ehemaligen Hochschule für bildende Kunst und der ehemaligen Kunstgewerbeschule entstanden. Seit 1919 sind 526 Studierende dort in die Ausbildung eingetreten, von denen 129 noch heute dort sind. Es haben nicht nur erheblich mehr Lehrlinge, als in der Anfrage genannt werden, ihre Gesellenprüfung, sondern auch eine Anzahl ihre Meisterprüfung bestanden. Für eine Anzahl von Fächern (Weberei, Bühne, Glasmalerei) werden öffentliche Zeugnisse auch bei abgeschlossener Bildung nicht ausgestellt. 47 Bewerber wurden mit Rücksicht auf die beschränkten Raumverhältnisse und die hohen Anforderungen, die gestellt werden, zurückgewiesen. Der Produktivbetrieb des Bauhauses hat einen Ueberschuß von 30 262 Goldmark im Sach- und Personenetat ergeben, der durch die Aufträge aus der letzten Leipziger [illegible] noch um ein Vielfaches gesteigert wird. Nur zwei Meister sind Ausländer. Von diesen hat der Weltruf genießende russische Maler Kandinsky fast sein ganzes Leben in Deutschland verbracht und seine [illegible] Werke in deutscher Sprache geschrieben. Die Beschuldigungen gegen Professor Gropius entbehren [illegible], die amtlich untersucht und als unbegründet „[illegible]" und „[illegible]" vom Ministerium für Volksbildung zurückgewiesen worden sind und ihrer gerichtlichen Ahndung entgegengehen. Der Angriff der Völkischen gegen das Bauhaus ist deshalb völlig haltlos und zeugt von einer nicht leicht mehr zu überbietenden Feindschaft gegen ein Kulturinstitut von allgemein anerkannter höchster Bedeutung. —

Hans v. Weber †. Der bekannte Münchner Buchverleger Hans v. Weber ist in Seefeld am Ammersee unerwartet verschieden. Er war 1872 zu Dresden geboren, studierte Jura, Philosophie, Medizin und hat sich später einen bedeutenden Namen geschaffen mit der kritisch-satirischen Literatur-Zeitschrift „Der Zwiebelfisch", die er zwanglos erscheinen ließ und aus der man stets aus seiner oder einer andern bekannten Feder etwas Lustiges oder Ernstes — immer aber etwas Gutes mit auf den Weg bekam. Seine schönen Dreiangel-Drucke sind weithin bekannt, geschätzt und gesucht. —

Bühnengenossenschaft und Opernstreik. Die Bezirksobmännerkonferenz der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, die in der Karwoche tagte, hat sich mit dem Streik der Chor- und Ballettmitglieder an der Staatsoper beschäftigt. Sie bedauert, daß nach mehr als 14tägigem Ausstand es bisher nicht gelungen ist, direkte Verhandlungen zwischen der Generalverwaltung der Staatsoper und der Organisation der Chor- und Ballettmitglieder herbeizuführen. Die Konferenz äußert die schwersten Bedenken wegen des unabsehbaren künstlerischen Schadens, der der Staatsoper aus einer Zertrümmerung des künstlerisch hochstehenden Chorkörpers, der zwei Operninstitute zu bedienen hat, erwachsen muß. Die Bezirksobmännerkonferenz beauftragt den Verwaltungsrat, beiden Parteien seine guten Dienste zur schnellsten Herbeiführung von Verhandlungen anzubieten. —

Eine zweite Oldenburger Galerie-Versteigerung. Die Gemäldegalerie des frühern Großherzogs von Oldenburg soll nun weiter in Amsterdam versteigert werden. Vor drei Jahren ließ der Großherzog dort seine Bilder neuerer Meister ausbieten. Die alten Meister, die man vergeblich in Europa und Amerika freihändig zu verkaufen suchte, werden im Juni folgen. Doch hat das Amsterdamer Reichsmuseum mit Hilfe der Rembrandt-Vereinigung eine Anzahl der besten italienischen Bilder aus der Früh- und Hochrenaissance inzwischen von dem Großherzog erworben. Der noch sehr stattliche Rest, in dem die beiden Namen wie Rembrandt und Rubens vertreten sind, kommt nun bei Müller zum Ausgebot: es sind primitive Italiener, Bildnisse und Genrebilder aus der holländischen und flämischen Schule. — Das ist der Patriotismus der Monarchen, die unsre Deutschnationalen unbedingt wiederhaben möchten! —

Damals und heute.

In deutschnationalen und völkischen Versammlungen und Zeitungen zieht man mit Vorliebe gegen den Parlamentarismus und gegen die sozialdemokratischen Beamten zu Felde. Das war nicht immer so. In einem Aufruf der Deutschnationalen Schlesiens vom 24. November 1918 heißt es:

Wir fordern die Rückkehr von der Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse zu der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform.

Damals ging es freilich gegen die Diktatur der Volksbeauftragten. Jetzt fordert man die Diktatur der Ludendörffer.

In verflossenen Jahren haben wir gesehen, wie Leute, die von der Republik Gehalte und Pensionen — möglichst hoch — einstrichen, keinerlei Bedenken haben, dieselbe Republik offen und geheim, selbst mit der Waffe in der Hand, zu bekämpfen. (Siehe Hitler-Ludendorff-Prozeß.) Diesen Elementen hat in den Novembertagen 1918 der bekannte deutschnationale Führer Dr. Graf v. Keyserlingk-Cammerau das Urteil gesprochen, indem er schrieb:

Nachdem die Monarchie von der Revolution gestürzt worden ist, müssen ihre (der Monarchie) Vertreter sich bescheiden und sich zu der Erkenntnis durchringen, daß der Bestand des Vaterlandes weit wichtiger ist als der der Monarchie. Wer aber nicht einsieht, daß er durch Verfechtung der alten Staatsform die Existenz der deutschen Nation gefährdet, der ist nicht geeignet zur Mitarbeit an der Einrichtung des neuen Hauses.

Das war die zuverblümte Aufforderung an die unentwegten Monarchisten, den Staats- und Reichsdienst zu verlassen. Vielleicht ist der Herr Graf heute auch wieder andrer Meinung. Ueber die Eignung von Sozialdemokraten, besonders aus der Parteilaufbahn, für Verwaltungsämter waren viele bürgerliche Blätter damals auch andrer Meinung als heute. Am 17. November 1918 schrieb z. B. die „Schlesische Zeitung":

Man hat ja schon lange vor dem Kriege seitens der bürgerlichen Parteien anerkannt, daß die sozialdemokratische Parteiorganisation eine Menge tüchtiger Kräfte großgezogen hat, vor allem nach dem von ihr streng gehandhabten System der Arbeitsteilung, bei welchem für jeden Hauptzweig ein oder mehrere eingearbeitete Spezialisten vorhanden waren. Man darf annehmen, daß die Heranziehung solcher Kräfte auch ohne den üblichen Ausbildungsgang dauernd bleiben wird, gleichgültig, wie die Dinge sich weiter gestalten und wie lange das jetzige Regiment sich hält.

Ueberflüssig zu sagen, daß auch in unserm Bezirk die bürgerlichen Zeitungen sich ebenso vernehmen ließen und daß die Vertreter des Bürgertums in vielen Fällen Sozialdemokraten in wichtige Stellen freiwillig wählten. Aber was man damals anbetete, verbrennt man jetzt zur Ehre des Kapitalismus. Es ist Sache der Wählerschaft, den Herrschaften am 4. Mai wieder eine objektivere Auffassung der Dinge beizubringen, indem sie der sozialdemokratischen Liste Bauer ihre Stimme gibt. —

Eine christliche Stimme.

Im Mitteilungsblatte der bürgerlichen, christlichsozialen „Volksgemeinschaft" im westlichen Industriegebiete des Rheinlandes wird den Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien das Folgende ins Stammbuch geschrieben:

„Vier lange Jahre hat man verstreichen lassen und hat nichts getan, um unsre Not und unser Elend zu lindern. Vier lange Jahre hattet ihr Zeit, ihr Herren Volksvertreter, für das Volk und seine Bedürfnisse zu sorgen und das Schlimmste von uns abzuwenden. Da hat man vergeblich nach euch gerufen, aber ihr habt nicht gehört und wolltet nicht hören. Wo wart ihr denn, als es galt, den armen Kriegsopfern zu helfen, die heute noch vergeblich nach ihrem Rechte schreien? Wo wart ihr, als es galt, den Invaliden und Waisen einen auskömmlichen Unterhalt zu geben? Wo wart ihr, als es galt, jenen Hyänen des deutschen Volkes ihr schmähliches Handwerk zu legen?

Während ihr den kleinen Dieben nachliefet, ließet ihr zu, daß einige wenige unser Volk und den Staat aussogen bis aufs Hemd. Wo wart ihr, als es galt, jenen Schakalen ihre Beute abzujagen, um sie dem Volkswohl zuzuführen? Wo wart ihr, als es galt, den Ruhreinbruch zu verhindern, der durch Gewissenlosigkeit jener Kreise gewollt wurde, weil sie glaubten, unter dem Schutze der Bajonette ihre teuflischen Pläne gegen die Arbeiter zu verwirklichen? Wo wart ihr, als es galt, die Syndikate und Kartelle, jene Pestbeulen am deutschen Volkskörper, auszurotten?

Und so ließen sich diese Fragen beliebig vermehren, doch genug für heute. Ja, ihr Volksvertreter, immer da, wo es galt, das schreiende Unrecht am deutschen Volke zu verhüten oder wieder gutzumachen, da hat man vergebens nach euch gerufen. Denn ihr wart zu feig, jenen zu Leibe zu gehen, da ihr ja mehr oder weniger ihre Söldner wart, und die wenigen, die es wagten, diesem Treiben ein Ende zu machen, die ließet ihr schmählich im Stiche. Darum verdient ihr kein Mitleid, wenn euch heute so geschieht, wie ihr es nicht anders erwarten dürftet.

Das Volk der schaffenden Stände soll euern hochtönenden Phrasen noch einmal Glauben schenken, soll all den nichtssagenden Versprechen nochmals vertrauen? Nein, gar zu sehr habt ihr uns betrogen, als daß ihr das entschwundene Vertrauen nochmals wiederkaufen könnt. Ihr besitzt trotzdem die Unverfrorenheit, dem Volk aufs neue vorzulügen, daß nur ihr die einzig wahren Volksvertreter seid. Arbeiter, wacht auf!" —

Warum muß jede Frau Sozialistin sein?

Weil die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die von jeher die volle Gleichberechtigung der Frau in ihrem Programm forderte.

Weil die Sozialdemokratische Partei die alleinige wahre Hüterin des Friedens ist und jede Frau doch den Frieden will.

Weil weil die Sozialdemokratische Partei aufrichtig und unbeirrt für Recht und Freiheit kämpft und damit den tiefinnersten Wünschen der Frau Ausdruck gibt.

Weil die Sozialdemokratische Partei das heutige Wirtschaftssystem aufs schärfste verurteilt, das auf der einen Seite Ueberfluß und Verschwendung, auf der andern Seite Not und Entbehrung schafft.

Weil die Sozialdemokratische Partei jedem einzelnen das Recht auf Arbeit und Erwerb, aber auch das Recht auf ein Teil Lebensfreude sichern will.

Weil die Sozialdemokratische Partei den Schutz der Schwachen und Pflegebedürftigen, der Kleinkinder, der heranwachsenden Jugend, der Kranken, Krüppel und Waisen, der Witwen und alten Leute zu ihren vornehmsten Pflichten zählt.

Weil die Sozialdemokratische Partei den Kindern eine bessere Schule geben will, die sie zu wertvollen Mitgliedern der Menschheit erzieht.

Weil die Sozialdemokratische Partei in jeder Beziehung das erstrebt, was eine fortschrittlich gesinnte Frau fürsich, für ihre Familie und für ihre Kinder wünscht.

Darum ist jede Frau, die die gleichen Wünsche hat, schon unbewußte Sozialistin. Folgerichtig wählt sie am 4. Mai die

Liste der Vereinigten sozialdemokratischen Partei

Bauer
Silberschmidt
Dittmann
Bender

Weil die Wünsche jeder vernünftigen Frau und guten Mutter mit den Forderungen und Zielen der Sozialdemokratischen Partei parallel laufen,

Darum muß sie diese Liste wählen, die sich auf dem amtlichen Stimmzettel befindet unter

Nummer 3 in der obern rechten Ecke.

„Wenn wir siegen!"

In der Kleinbahn Neuhaldensleben—Eisleben sitzen in der 3. Wagenklasse zwei Herren, dem Aeußern nach Agrarier. Der eine fährt offenbar zu einer militärischen Festlichkeit. Auf seinem Coupékoffer liegt sein Offiziersdegen. Auf die Redewendung des andern, daß man jetzt selten solche Waffe sieht, leuchtet sein Auge bei der Antwort, daß hoffentlich nun bald die Zeit gekommen sei, wo „man" sich wieder im alten Glanze zeigen könne. Weite Kreise hätten ja eingesehen, daß ohne eine starke Wehrmacht keine Ordnung im Staate gehalten werden und daß der Revanchekrieg nicht mehr fern sein könne.

Am 4. Mai würde und müsse es sich zeigen, daß das Volk sich von den Marxisten losgesagt habe und nach dem alten Ordnungsstaate verlange. Vor allem aber muß wieder mehr gearbeitet werden. Der Zehnstundentag, der vom 1. Mai ab in der Landwirtschaft gelte, dürfe nicht bestehen bleiben. Wenn die deutsche Landwirtschaft nicht zugrunde gehen solle, müsse der Tag voll und ganz ausgenutzt werden. Der Lohn darf dabei aber keineswegs steigen, sondern muß abgebaut werden, da sich ja jetzt alle Volkskreise einschränken müßten.

Besonders lag diesen Herren das wenige Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb schwer im Magen. Die letzte Regierung habe gezeigt, daß sie die Nöte der Unternehmer zu würdigen verstehe. Deshalb sei die Mitwirkung der Arbeitenden in der Reglung von Arbeitsbedingungen ja Gott sei Dank schon erheblich eingeschränkt. Jetzt brauche man ja schon nicht mehr gute Worte zu verschwenden und das viele Geld hergeben, sondern könne als „Herr" schon wieder mehr selbst bestimmen. Die letzten Jahre sind für die Unternehmer geradezu entwürdigend gewesen. Man durfte ja für sein Geld nicht einmal verlangen, was man wollte. Immer wieder kam der Betriebsrat dazwischen und machte Einwendungen. Er wollte alles besser wissen.

Die Arbeiter sind ja im Grunde genommen gar nicht so schlecht. Denn sie finden sich schon mit der Alleinherrschaft des Brotherrn ab. Heute freuen sie sich, wenn sie bei der großen Arbeitslosigkeit überhaupt Beschäftigung finden. Aber die Gewerkschaftsführer wiegeln auf und sind nie zufrieden. Deshalb müsse man von diesen loszukommen suchen und wieder freie Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und den Arbeitern direkt treffen können. Dazu käme die Reichstagswahl wie gerufen. Eine starke bürgerliche Mehrheit müsse kommen, die wieder Gesetze ohne die hemmende Mitbelastung der Arbeiter in der Wirtschaft mache. Dann wollen „wir" aber wieder die Zügel fest in die Hand nehmen und keine Nörgler und Besserwisser beschäftigen. Nur der „verständige und arbeitsame Mann" soll geduldet werden.

So ging das Gerede eine halbe Stunde lang. Der Inhalt dieser Unterhaltung ist die Meinung aller Agrarier und Unternehmer. Sie wollen wieder herrschen, allein und unbeschränkt, mit Hilfe der Gesetze, die sie von einer bürgerlichen Reichstagsmehrheit erwarten. Sie werden viele Tausende Goldmark in den Wahlkampf hineinwerfen, um die eroberten Rechte der Arbeiterschaft zunichte zu machen, um die Sozialdemokratie zu lähmen und die Reaktion zu stärken. Das Betriebsrätegesetz wird verschwinden, die Schlichtungsstellen werden beseitigt, die Arbeitszeit weiter verlängert werden. Der Geldsack wird regieren und den Arbeiter weiter auspressen, damit der „Herr im Hause" noch besser als bisher die Freuden des Lebens genießen kann.

Arbeiter, Angestellte! Merkt ihr noch nicht die wirklichen Absichten der sogenannten Volksparteiler? Kann es euch schwerfallen, die richtige Wahl zu treffen? Ihr könnt nur frei werden und als Menschen euer Recht finden, wenn ihr euch selber helft und am 4. Mai die Partei der arbeitenden Klasse, die Vereinigte sozialdemokratische Partei, wählt! St.

Ich wähle nicht.

Was hat das Wählen für einen Zweck. Es nützt ja doch nichts. Es ist dadurch nichts gebessert worden. Bis jetzt habe ich jedesmal gewählt. Diesmal wähle ich nicht und von jetzt an überhaupt nicht mehr!

So oder doch so ähnlich klingt es nur allzuoft jetzt aus dem Munde von Frauen, die der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft angehören.

Die Frauen sind erbittert und enttäuscht. Sie sind erbittert infolge der beispiellosen Not, die besonders während des letzten Jahres über uns gekommen war. Die Frauen litten ja auch am meisten unter dieser Not.

Sie mußten laufen und anstehen nach Lebensmitteln. Sie hatten täglich aufs neue einen Kampf zu führen, um die Millionen- und Milliardenscheine überhaupt nur loszuwerden, und zwar so rechtzeitig, daß sie für ihr Geld noch etwas Nennenswertes erhielten. Dies alles hat Erbitterung ausgelöst, die sich jetzt, in der Wahlzeit, so deutlich bemerkbar macht.

Daß die traurigen Erlebnisse der Nachkriegszeit ganz besonders die Frauen enttäuscht haben, ist nur allzu verständlich. Sie sind ja noch weniger als die Männer in der Lage, die Ursachen hierfür zu erkennen. Es fehlt ihnen dazu an Gelegenheit und auch an Zeit. Sie erlebten die traurige Gegenwart, gegen die die früheren Zeiten, die Jahre vor dem Krieg, in der abmildernden Erinnerung als das Paradies erscheinen.

In einer solchen Zeit fallen Hinweise auf die Zwecklosigkeit erweiterter Rechte für ein Volk auf allzu fruchtbaren Boden. Wie oft hören wir sagen: jetzt haben wir wohl das Wahlrecht, aber was können wir nur damit erreichen? Was hat es uns genützt, daß wir unsre Stimme für die sozialdemokratischen Vertreter abgegeben haben? Wir haben jetzt einen sozialdemokratischen Reichspräsidenten, und doch ist es heute um uns schlechter bestellt als früher!

Mir ist es gleich, wie der kommende Reichstag aussieht. Ich wähle nicht!

Gegenüber dieser Auffassung kann nicht oft und eindringlich genug immer wieder darauf hingewiesen werden, daß ja gerade das Fehlen einer genügend großen Anzahl sozialdemokratischer Vertreter im Reichstag die Ursache für unsre Notlage ist. Es ist ja nicht wahr, daß wir eine sozialdemokratische Regierung hatten, wie so oft behauptet wird.

Die Mehrheit bildeten stets — auch schon in der Weimarer Nationalversammlung — die bürgerlichen Parteivertreter. Diese waren deshalb ausschlaggebend für alles, was getan und was unterlassen worden ist zu tun. Nun ist die große Armut da. Nun muß nach Mitteln gesucht werden, um den Staatshaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Welche Maßnahmen werden aber nun getroffen von einer Regierung, in der kein Sozialdemokrat etwas zu sagen hat? Es wird der Arbeitstag verlängert, die Gehalte und Löhne herabgesetzt, obgleich Hunderttausende keine Arbeit finden können, und es werden in erster Linie die Ausgaben für solche Zwecke eingeschränkt, die der Fürsorge für die bedürftigen Bevölkerungsschichten dienen.

Das alles aber geschieht in einer Zeit, in der noch eine gewisse Rücksicht genommen wird auf die Einwirkung solcher Maßnahmen auf die Wähler. Was werden wir erst erleben, wenn die Wahlen vorüber sind und wenn durch Unkenntnis oder durch Gleichgültigkeit der Wähler eine noch größere bürgerliche Mehrheit vorhanden ist als bisher schon?

Der Gedanke an diese Möglichkeiten, auf die uns das hinweist, was wir von den rein bürgerlichen Regierungen der letzten Jahre erlebt haben, sollte jede Frau aus der besitzlosen Bevölkerungsschicht veranlassen, nicht nur ihr Wahlrecht am Wahltag auszuüben, sondern bis zur Wahl auch dafür zu wirken, daß die Liste der Sozialdemokratischen Partei gewählt wird.

Jede Stimme, die für eine der bürgerlichen Parteien abgegeben wird, schwächt den Einfluß der Partei, die bisher stets sich bemüht hat, für die besitzlosen Schichten des Volkes zu wirken. Auch jede Stimme, die für die Liste der Kommunisten abgegeben wird, übt den gleichen Einfluß aus. Und wer gar nicht wählt, stärkt auch die Rückschrittsparteien.

Deshalb darf es für die Frauen der Arbeiterschaft nicht heißen: Ich wähle nicht! Vielmehr muß die Parole lauten: Ich wähle am 4. Mai! Und ich wähle die Liste der Vereinigten sozialdemokratischen Partei. —

Kommunistische Kriegshetzer.

Es ist seit Radeks Schlageter-Rede kein Geheimnis mehr, daß die Kommunisten die nationalistische Befreiungskriegswalze auf ihr Parteigrammophon aufgelegt haben und sie nun ableiern, so oft sie sich parteipolitische Geschäfte davon versprechen. Diese nationalbolschewistische Einstellung der Kommunisten ist eine direkte Unterstützung des hirnverbrannten Kriegs-Chauvinismus der Völkischen und ihrer Nacheiferer. Einen neuen Beweis für die kommunistische Kriegshetze und ihre Uebereinstimmung mit dem völkischen Programm lieferte der Bezirkssekretär der Kommunistischen Partei König aus Bremen, der am 8. April in einer völkischen Wählerversammlung in Verden als Diskussionsredner sprach und von den Völkischen lebhaft gefeiert wurde.

Ueber den Inhalt und den Eindruck der Rede Königs berichtet das „Verdener Kreisblatt" vom 10. April. Der Bericht lautet wörtlich:

Der Redner schlug hohe patriotische Gedankengänge an, die von starkem Beifall der Versammlung begleitet waren. Er sprach von den deutschen Freiheitshelden Gneisenau, Scharnhorst, vom Stein und meinte, erst wenn das deutsche Volk so einig wieder wäre wie vor 100 Jahren, dann könne das deutsche Volk das Joch der Franzosen abschütteln, könne es Ansehen in der Welt zurückerobern. Natürlich wurde das alles mit Beifall aufgenommen. Mit einem Male änderte sich das Blatt, dieser Apostel, der eben in so hohen Tönen ein Lied von der schönen deutschen Einigkeit gesungen hatte, hetzte nun plötzlich zum Bürgerkrieg als Mitglied der Kommunistischen Partei. Mit dem Anschluß an die Rote Armee könne die Freiheit Deutschlands erkämpft werden.

Dieses Auftreten Königs und seine Hetze zum Befreiungskrieg an der Seite der Hitler- und Ludendorff-Banden ist bezeichnend. Da auch die Völkischen Anhänger des Bürgerkriegs sind, ist zwischen ihnen und den Kommunisten keinerlei Unterschied mehr, weder innen- noch außenpolitisch. Die Arbeiter aber, die wissen, was für sie ein neuer Krieg bedeutet, zu dem sie das Kanonenfutter abgeben sollen, die ein Lied zu singen wissen vom Danke des Vaterlandes — werde er ihnen vom Hause Hohenzollern oder von der Kriegsfirma Ludendorff und Trotzki versprochen —, werden es den Kommunisten, die doch früher oft genug den Krieg verurteilt haben, nicht vergessen, daß sie die Arbeiter erneut in die Schützengräben und die Frauen ins Hungerelend jagen wollen. Wer völkisch oder kommunistisch wählt, entscheidet sich für neuen Krieg. Wer Frieden und Völkerversöhnung will, kann und darf nur Sozialdemokraten wählen!

Die Feinde der kleinen Landwirte.

In unzähligen Zeitungen, in Flugblättern, in Versammlungen, immer und immer wieder wird den kleinen Landwirten gesagt: die Sozialdemokratie ist der Feind, die Sozialdemokraten wollen dem Bauern das Land wegnehmen, die Sozialdemokraten wollen die Landwirtschaft vernichten.

Wie die Sozialdemokraten über die Landwirtschaft in Wahrheit denken, dafür einige Beispiele:

Der sozialdemokratische Professor Dr. Ballod, ein landwirtschaftlicher Fachmann, schreibt über die Notwendigkeit verstärkter Nahrungsmittelproduktion:

Um dies zu ermöglichen, darf man dem Landwirt nicht mit zu harten Steuern kommen! Es hilft wirklich nichts: man muß im Gegenteil ihm etwas bieten, damit er mehr produziert! Die Produktivität der Arbeit ist in der Landwirtschaft aus natürlichen Gründen, wegen der geringern Möglichkeit der Maschinenverwendung, eine geringere als in der Industrie! Also biete man dem Landwirte billigere Maschinen, billigern elektrischen Strom aus den zu verstaatlichenden elektrischen Zentralen. Vor allem biete man ihm billigen Kunstdünger. Der Staat kann die Kaliwerke und die Stickstoffwerke zwingen, Stickstoff und Kalidünger für den halben Preis an die Landwirte zu liefern, falls man zu den Selbstkosten nur den „bürgerlichen Gewinn" zuschlägt. Dazu müßte der Kunstdünger im Frühjahr auf Vorschuß gegeben werden!

Professor Ballod geht so weit, selbst eine gewisse Garantie für die Produktenpreise vorzuschlagen, die er schon deshalb ohne Schädigung der Konsumenten für durchführbar hält, weil Deutschland große Mengen ausländischer Nahrungsmittel einführen muß und die Weltmarktpreise die Höhe der Inlandpreise mit regeln. Darüber hinaus fordert Ballod großzügige landwirtschaftliche Meliorationen auf Staatskosten.

Ein anderer bekannter Sozialdemokrat, Karl Kautsky, schrieb:

Das Proletariat hat alle Ursache, dafür zu sorgen, daß die Nahrungsmittelproduktion ungestört fortgeht. Eine Expropriation (Enteignung) der Bauern würde diesen ganzen Produktionszweig in die völlige Unordnung bringen und das neue Regime mit Hungersnot bedrohen.

Wären die Sozialdemokraten Feinde des kleinen Landwirts, würden sie eine andere Sprache reden.

Und wer ist für die kleinen Bauern, für die kleinen Pächter eingetreten? Die Sozialdemokraten.

Wem ist das Reichssiedlungsgesetz zu verdanken, das neben Moor- und Oedland etwa ein Drittel von dem Besitz der großen Güter über 100 Hektar zu Siedlungszwecken verlangt? Die Sozialdemokraten.

Wem ist die Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung zu verdanken? Der Sozialdemokratie.

Wer hat die Pachtschutzordnung, die den kleinen Pächter schützt, gemacht? Der ehemalige sozialdemokratische Minister Alexander Schlicke.

Die wichtigsten Gesetze zum Schutz und zum Vorteil des kleinen Landwirts, vor allem die Pachtschutzordnung, laufen am 30. September 1925 ab. Die bürgerlichen Parteien werden sie nicht verlängern, wenn nicht eine starke Sozialdemokratie sie dazu zwingt.

Kleine Bauern, Pächter, Siedler! Hört nicht auf die Deutschnationalen und die Völkischen. Sie sind die Vertreter der Großagrarier und daher in Wahrheit eure Gegner! —

Der Trommler.

(Zur gleichnamigen Wahlzeitung.)

Remblem! Nun rühr die Trommel weit
Du Proletar im Joch! —
Des Gegners große Pauke schreit,
Die Pauke hat ein Loch.
Dumpf tönt der Pauke Lügenmaul,
Drum ruft die Wahrheit wach
Und rüttelt auf, was dumm und faul
Mit hellem Trommelschlag.

Remblem, remblem — die Trommel rollt,
Viel tausend Tambour' stehn,
Marschieren unter Schwarzrotgold;
Nun muß es vorwärts gehn! —
Der Wirbel reißt die Massen fort
Aus grauer Not und Qual,
Die Schlegel rufen immerfort:
Zur Wahl — zur Wahl — zur Wahl!

Der Trommler atmet heiß und schwer —
Nichts soll vergessen sein . . . .
Was man uns tat, das hämmert er
In eure Köpfe ein!
Her mit dem Dank vom Vaterland,
Und wer den Krieg nicht haßt,
Wer nie beim Volk der Arbeit stand,
Der trag jetzt unsre Last! — —

Durch Deutschland schleicht die Ordenspest —
Ein Kreuz trägt mancher Schuft;
Wann naht das Auferstehungsfest
Aus dieser Klostergruft? —
Nun, Trommler — geh zum Sturme vor,
Tod allem blinden Wahne,
Bis sich im Massenkampf verlor
Die Hakenkreuzlerfahne . . .

Die Trommel rollt — die Wahlschlacht grollt —
Wer ist's, der schläft und träumt?
Wer noch bereit zum Bruderstreit
In alle Ewigkeit? —
Schwarz war die Nacht — Rotgolden lacht
Der Morgensonne Blick —
Empor, empor durchs Siegestor
Der freien Republik!

Fritz Gille.

Wahlgruß aus Belgien.

Dem Parteivorstand ist folgendes Telegramm des soeben stattgefundenen Kongresses der belgischen Arbeiterpartei zugegangen:

Brüssel, 20. April. Den Arbeitern in Frankreich und Deutschland, die sich in einem schweren Kampfe befinden, dessen Ausgang über die nächste Zukunft der Demokratie, des Sozialismus und des Friedens in Europa entscheiden wird, sendet die Arbeiterpartei Belgiens ihren brüderlichen Gruß. Sie spricht die Hoffnung aus, daß der 4. und der 11. Mai Siegestage sein werden für die gesamte Arbeiterinternationale und den Ausgangspunkt bilden für eine neue Zeit, die zur Aufrichtung eines wirklichen Friedens zwischen den Völkern führt.

Es lebe der Sozialismus!

Es lebe die sozialistische Arbeiterinternationale!

gez.: Van Roosbroeck, Generalsekretär.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft dankt den belgischen Genossen für ihren Gruß und wird alles daransetzen, um am Abend des 4. Mai nach Belgien berichten können:

Die Reaktion ist zurückgeschlagen!

Aus der Provinz.

Kreis Jerichow 1.

Oeffentliche Wählerversammlungen.

Sonnabend den 26. April.

Gommern: Chefredakteur Bader (Magdeburg).
Glienicke: Gewerkschaftssekretär Ruske (Burg).
Pechau: Stadtverordneten-Vorsteher Stollberg (Burg).
Ranies: Magistratsrat Böhme (Magdeburg).
Kritzied: Landarbeitersekretär Bracklow (Burg).
Werbig: Parteisekretär Blum (Burg).
Wallin: Stadtverordneter Fissel (Burg).
Weltersdorf 1: Bürgermeister Wiegand (Burg).
Zis: Amtsvorsteher Friedrich (Groß-Wusterwitz).

Sonntag den 27. April.

Ziesar: Landtagsabgeordneter Wittmaack (Magdeburg).
Görzke: Landtagsabgeordneter Wittmaack (Magdeburg).
Gräben: Parteisekretär Blum (Burg).
Ihleburg: Parteisekretärin Arning (Magdeburg).
Lostau: Bürgermeister Wiegand (Burg).
Großlübs: Stadtverordneten-Vorsteher Stollberg (Burg).
Niegripp: Chefredakteur Bader (Magdeburg).
Parchau: Parteisekretärin Arning (Magdeburg).
Reesen: Rektor Balthasar (Burg).
Schweinitz: Rektor Balthasar (Burg).
Steinberg: Gewerkschaftssekretär Ruske (Burg).
Grebs: Parteisekretär Blum (Burg).

Montag den 28. April.

Burg: Reichstagsabgeordneter Silberschmidt.
Nedlitz: Stadtverordneten-Vorsteher Stollberg (Burg).
Schermen: Parteisekretär Blum (Burg).
[illegible]: Rektor Balthasar (Burg).

Dienstag den 29. April.

Gerwisch: Polizeipräsident Krüger (Magdeburg).
Lühe: Stadtverordneter Rammler (Burg).
[illegible]: Parteisekretär Blum (Burg).
Ziegelsdorf: Stadtrat Genz (Burg).

Mittwoch den 30. April.

Gehrden: Rektor Balthasar (Burg).
Hohenziatz: Gewerkschaftssekretär Ruske (Burg).
Theeßen: Stadtverordneten-Vorsteher Stollberg (Burg).

Donnerstag den 1. Mai.

Grabow: Bürgermeister Wiegand (Burg).
Burg, vormittags 10 Uhr: Bezirkssekretär des Deutschen Eisenbahnerverbandes Jericho.

Freitag den 2. Mai.

Loburg: Stadtverordneten-Vorsteher Stollberg (Burg).

Kreis Jerichow 2.

Oeffentliche Wählerversammlungen.

Sonnabend den 26. April.

Bergzow: Parteisekretär Blum (Burg).
Derben: Stadtrat Genz (Burg).
Gladau: Landtagsabgeordneter Brandenburg.
Groß-Wusterwitz: Sekretär des Deutschen Eisenbahnerverbandes Hanebuth.
Mahlenzien: Landarbeitersekretär Böttcher (Burg).
Roßdorf: Genosse Paul Bohn.
Schlagenthin: Landrat Kehling (Wanzleben).
Warchau: Genosse Reimelt (Burg).

Sonntag den 27. April.

Bahnitz: Genosse Reimelt (Burg).
Bützer: Landrat Kehling (Wanzleben).
Karow: Amtsvorsteher Friedrich (Groß-Wusterwitz).
Kirchmöser: Sekretär des Deutschen Eisenb.-Verb. Hanebuth.
Kützkow: Genosse Reimelt (Burg).
Milow: Landrat Kehling (Wanzleben).
Nielebock: Stadtrat Genz (Burg).
Tucheim: Landtagsabgeordneter Brandenburg.
Vehlen: Genosse Kunzemann (Magdeburg).
Viesen: Landarbeitersekretär Böttcher (Burg).
Woltersdorf: Sekretär des Deutschen Eisenb.-Verb. Hanebuth.
Zerben: Stadtverordneter Rammler (Burg).

Montag den 28. April.

Großmangelsdorf: Landarbeitersekretär Böttcher.

Dienstag den 29. April.

Altbensdorf: Landtagsabgeordneter Kunze.
Jerichow: Bezirkssekretär Ferl.
Kleinmangelsdorf: Landarbeitersekretär Böttcher.

Mittwoch den 30. April.

Wust: Landarbeitersekretär Böttcher (Burg).

Donnerstag den 1. Mai.

Ferchland: Stadtverordneter Rammler (Burg).
Groß-Wusterwitz: Genosse Kunzemann (Magdeburg).

Sonnabend den 3. Mai.

Güsen: Bezirkssekretär des Deutschen Eisenb.-Verb. Jericho.

*

Burg. In einer Wählerversammlung am Montag den 28. April wird der bekannte Wirtschaftskenner Genosse Silberschmidt als sozialdemokratischer Kandidat über die Wichtigkeit der Wahlen am 4. Mai sprechen. Es ist jetzt schon für die Versammlung zu agitieren.

Burg. Zur Stadtverordnetenwahl am 4. Mai gibt jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, jeder Beamte und Angestellte seine Stimme der Liste der Vereinigten sozialdemokratischen Partei (Kennwort Stollberg-Reimelt). Von der sozialdemokratischen Partei wurden folgende Kandidaten einstimmig aufgestellt: Gustav Stollberg, Tischlermeister, Otto Reimelt, Arbeitsamtsvorsteher, Johannes Balthasar, Rektor, Hermann Fissel, Metallarbeiter, Friedrich Sowak, Krankenkassen-Angestellter, Anna Süß, Stepperin, Rudolf Rammler, Kaufmann, Paul Härlein, Tischler, Reinhard Ebeling, Krankenkassen-Angestellter, Karl Paproth, Tischler, Max Ziegler, Schuhfabrikarbeiter, Hugo Barthel, Former, Oskar Böhning, Schriftsetzer, Willi Palm, Werkmeister, Bruno Röstel, Handschuhmacher, Otto Biegelsky, Schuhfabrikarbeiter, Walter Reimelt, Schuhfabrikarbeiter, Otto Holzmann, Gastwirt, Agnes Schulze, Schuhfabrikarbeiterin, Friedrich Bracklow, Gewerkschaftsbeamter, Gustav Haferland, Zuschneider, Friedrich Maltritz, Tischler, Hermann Bussel, Metallarbeiter, Raphael Schilling, Maler, Gustav Stahmann, Dreher, Artur Berno, Schuhfabrikarbeiter, Otto Rosenthal, Zimmerer, Karl Schröder, Maler, Richard Rompa, Lehrer, Hermann Ruske, Arbeitersekretär. Genossen, werbt unablässig und tatkräftig für diese Liste! —

Ladeburg. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung sprach Genosse Rudolf Rammler (Burg) über die Wahlen am 4. Mai. Der Verlauf der Versammlung hat bewiesen, daß auch in unserm Orte der Wahltag einen Erfolg für die Partei und für die Liste Bauer bringen wird. —

Randau. Der sozialdemokratische Wahlvorschlag zur Gemeindewahl lautet: Wilhelm Meier, Maurer; Wilhelm Stephan, Maurer; Ernst Golze, Maurer; Otto Stephan, Zimmerer; Otto Selkow, Maurer; Wilhelm Steinemann, Zimmerer; Willi Wrege, Maurer; Paul Mühlenberg, Maurer; Paul Wernecke, Arbeiter. —

Parchen. Ein glänzender Erfolg war die öffentliche Wählerversammlung unsrer Partei, in der Genosse Kasten (Schönebeck) über die Reichstagswahlen sprach. Der gräfliche Verwalter des Ritterguts, der Sekretär der Deutschnationalen und dazu der gesamte Anhang mit Stahlhelm war erschienen. Schon die Ausführungen des Genossen Kasten wirkten auf diese Herrschaften wie Peitschenhiebe. Der Herr Sekretär Kampe versuchte dann in dreiviertelstündigen Ausführungen seine Partei als den Retter Deutschlands hinzustellen. Im Schlußwort zeigte der Referent dann den Anwesenden das wahre Gesicht der Deutschnationalen und der Völkischen. Durch stürmische Zustimmung wurden die Ausführungen unterbrochen: Kampe mit seinem Anhang wurde immer kleiner. Als sie gefragt wurden, warum sie denn nicht anfangen mit der Besserstellung der Arbeiter, indem die Gutsbesitzer endlich mal einen ausreichenden Lohn zahlen, für Wohnungsbau sorgen, damit die Landarbeiter nicht mehr in Höhlen zu wohnen brauchen, erfolgte eine Antwort nicht, die werden die Arbeiter am 4. Mai ausstellen, indem sie die Liste Bauer wählen. Unter stürmischem Beifall endete die Versammlung. —

Schopsdorf. In einer öffentlichen Wählerversammlung sprach Genosse Reimelt junior (Burg) über die Wahlen am 4. Mai. In eingehender Weise behandelte er die politischen Verhältnisse. In der Aussprache versuchte ein Vertreter des Stahlhelms vom „treudeutschen" Geist zu erzählen. Wie der Geist der Machthaber beschaffen ist, weiß die Wählerschaft zur Genüge. Weder Rechts- noch Linksbolschewisten werden in unserm Orte Lorbeeren ernten. —

Kreis Wanzleben.

Egeln. In einer gut besuchten Wählerversammlung der Deutschnationalen Volkspartei sollte am Dienstag abend Pastor Martin sprechen. Martin war aber krank, für ihn sprach der deutschnationale Parteisekretär Fischer. In der Diskussion bot sich Gelegenheit, aus dem beredten Munde des Genossen Wille den Standpunkt der Sozialdemokratie zu hören. Wer hat das deutsche Volk durch die Inflationsperiode um sein Gut gebracht? Die Freunde der Deutschnationalen: Cuno, Helfferich, Havenstein. Während Erzberger und Rathenau, die gewillt waren, durch eine vernünftige Steuer- und Auslandspolitik Deutschland zu schützen, von Anhängern der Deutschnationalen meuchlings ermordet wurden. Wer pfeift im Kreise Wanzleben auf die besten Volkskräfte? Die deutschnationalen Großagrarier, indem sie einheimische Arbeitslose nicht einstellen, dafür bis jetzt aber mehrere tausend fremdländische Arbeiter heranholen. Und diese Partei ruft die Wähler auf zur Volksgemeinschaft. Genosse Wille schloß mit dem Wunsche, daß jeder Wähler dem sozialdemokratischen Wahlvorschlag am 4. Mai seine Stimme gebe. — Am Sonntag den 27. April, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal von Teute eine öffentliche Wählerversammlung unsrer Partei statt. Referent: Reichstagskandidat Dittmann. Genossen, sorgt für Massenbesuch! —

Hohendodeleben. Am Sonnabend, 8 Uhr abends, findet im Lokal von Schirmer eine öffentliche Wählerversammlung statt. Genosse Krüger, Polizeipräsident von Magdeburg, wird über die bevorstehende Reichs- und Gemeindewahl sprechen. Genossinnen

und Genossen, agitiert für diese Versammlung und erscheint in Massen. Der Arbeiter-Gesangverein wird einige Kampflieder vortragen. Die Funktionäre werden gebeten, eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung im Lokal zu sein. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Olvenstedt. Eine öffentliche Wählerversammlung findet am Freitag den 25. April, abends 8 Uhr, bei Walter Ehrecke statt. Referent ist Genosse Ferl. Die Wähler müssen zu dieser wichtigen Versammlung zahlreich erscheinen. —

Ebendorf. In einer Wählerversammlung am Montag beschäftigte sich Hauptlehrer Genosse König (Irxleben) mit den Wahllügen unsrer Gegner. Es wird von den bürgerlichen Parteien viel geschimpft über die Novemberverbrecher, wie sie die Sozialdemokraten nennen. Die wirklichen Novemberverbrecher aber sind im Bürgertum zu suchen. Beim Zusammenbruch 1918 übernahmen die Volksbeauftragten einen vollständig heruntergewirtschafteten Staat und der Wiederaufbau Deutschlands wurde von den bürgerlichen Parteien sabotiert; die Besitzenden wollten keine Opfer für die Republik bringen. Das Volk hat die Leiden des Krieges zu schnell vergessen, denn es läuft schon wieder den Kriegshetzern nach und duldet die Machenschaften der Stahlhelmleute und Hakenkreuzler, die das deutsche Volk immer tiefer ins Elend hineinführen. Dem stellt sich die Sozialdemokratie im Interesse unsers Volkes und Landes entgegen. Sie verdient die Unterstützung aller Einsichtigen. Deshalb lautet die Parole am 4. Mai: Keine Stimme den bürgerlichen Parteien, alle Stimmen für die Sozialdemokratie! —

Dahlenwarsleben. Am Donnerstag fand unsre erste Wählerversammlung statt. Genosse Reddigau schilderte in treffenden Worten das Verhalten unsrer Gegner. Er widerlegte die Dolchstoßlegende sowie die falsche Behauptung von der Schuld der Sozialdemokraten an den schlechten Verhältnissen. In scharfen Worten kennzeichnete er das Verhalten derjenigen Arbeiter und Mittelständler, die sich nur als Vorspann für die Reaktion gebrauchen lassen. Der Stimmenfang wird den Reaktionären nicht gelingen. Der Redner empfahl die Gründung einer Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Von den Gegnern war trotz Einladung keiner erschienen; sie scheuen sich, ihre Sünden offen bekennen zu müssen. —

Hohenwarsleben. Die Sozialdemokratische Partei hielt eine öffentliche Wählerversammlung ab. Genosse Reddigau (Klein-Santersleben) schilderte die politische Lage. Wir leben jetzt in einer wirtschaftlich und politisch unzufriedenen Zeit. Das kommt daher, daß wir den Weltkrieg verloren haben, den leider weite Kreise unsers Volkes schon vergessen haben. Sonst wäre es nicht möglich, daß der Stahlhelm mit seinen Revanche-Ideen und seiner Kriegsverherrlichung so viel Anhang finden kann. Die Reichstagswahlen 1920 haben der Sozialdemokratie nicht die Mehrheit gebracht; sie kann also auch nicht für die verfehlte Politik der bürgerlichen Regierungen verantwortlich gemacht werden. Und die bürgerlichen „Volksparteien" haben nicht fürs Volk gewirkt. Darum kann es am 4. Mai nicht zweifelhaft sein, wem das werktätige Volk seine Stimme geben soll. Nur die Sozialdemokratie bürgt dafür, daß eine Politik getrieben wird, die dem schaffenden Volke die Rechte gewährt, die es in der Republik verlangen kann. —

Neuhaldensleben. Die Hakenkreuzler traten hier am Dienstag mit einer öffentlichen Versammlung im „Stern" auf den Kriegspfad. Als Referent war der Spitzenkandidat Doktor Weberstedt angekündigt. Man glaubte aber offenbar, der Arbeiterbevölkerung Neuhaldensledens Rechnung tragen zu müssen und ließ einen sogenannten Arbeitersekretär namens Kersten aus Berlin auf die in der Mehrheit aus Arbeitern bestehende Versammlung los. Der Erfolg war denn auch „durchschlagend": der politische Krautsalat, den er der Versammlung vorzutragen wagte, seine Hetze gegen die Sozialdemokratie, der Versuch, die Kommunisten gegen die Sozialdemokraten aufzuputschen, und endlich die übliche schamlose Judenhetze lösten Stürme der Entrüstung aus, und mehr als einmal waren die Erregung den Siedepunkt erreicht zu haben. In der Diskussion rissen die Genossen Wiegner, Tramp, Feldmann und der Kommunist Falke dem völkischen Agitator die Maske vom Gesicht und leuchteten ihm derart heim, daß er wahrscheinlich das Wiederkommen vergessen wird. Insbesondere wies man ihm nach, daß die völkische Bewegung der Vortrupp der Reaktion ist und daß die angebliche antikapitalistische Einstellung der Hakenkreuzler den Gipfel der Heuchelei darstellt, da sie nach dem Zeugnis der eignen Gesinnungsgenossen von kapitalistischen Kreisen ausgehalten werden. Ebenso wie die vorhergehenden Redner hielt dem Referenten der Volksparteiler Todtenberg vor, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei ihr Programm von andern Parteien gestohlen hat. Nach dem Abschluß der Diskussion wurde der Versammlungsleitung vom Genossen Schabon eine Entschließung des Inhalts überreicht, daß die Versammlung die deutschvölkische Radaupolitik ablehnt. Da der Versammlungsleiter sich weigerte, die Entschließung zu verlesen, erhob sich ein Sturm der Entrüstung, so daß man auf das Schlußwort des Referenten verzichtete und die Versammlung kurzerhand schloß. Jedenfalls hat die Versammlung gelehrt, daß in Neuhaldensleben für die völkische Bewegung kein Boden vorhanden ist. Die hiesige Arbeiterschaft weiß, in welchem Lager ihre Gegner sitzen und wird ihnen am 4. Mai mit dem Stimmzettel die Antwort erteilen, die sie verdienen. —

Klein-Ammensleben. Die Partei hatte hier zu einer öffentlichen Wählerversammlung aufgerufen. Genosse Tramp (Neuhaldensleben) zeigte sodann in längeren Ausführungen das wahre Gesicht der gegnerischen Parteien, besonders der Deutschnationalen und Deutschvölkischen sowie deren geistigen Führer Helfferich, Ludendorff und Kumpane. Die Arbeiterschaft im Orte ist sich darüber einig, daß der Kampf am 4. Mai in schärfster Form geführt werden muß, wenn nicht das alte Joch der Abhängigkeit die Arbeiterschaft auf Jahre hinaus bedrücken soll. In den kurzsichtigen blaubebrillten Erich Ludendorff-Lindström den kommenden Mann des deutschen Volkes zu sehen, lehnt die Arbeiterschaft ab, stellt sich aber dafür geschlossen hinter seine altbewährten Führer. —

Schwanefeld. Eine Versammlung des Jungdeutschen Ordens, war von unsern Schwanefelder und Beendorfer Genossen vollbesetzt. Als der Jungdo von andern Ortschaften anmarschiert kam, wurde er mit dem Sozialistenmarsch empfangen. Nachdem uns der Wirt das Lokal verboten hatte und Redefreiheit versagt wurde, forderte Genosse Jenatzeck sämtliche Genossen auf, das Lokal zu verlassen, das geschah. Arbeiter, besinnt euch, denkt darüber nach, wen ihr zu wählen habt. Leute wie diese Landwirte und Jungdoschützer können unsre Interessen nicht vertreten. Darum wählt am 4. Mai die sozialdemokratische Liste für die Gemeinde und den Reichstag. —

Kreis Kalbe.

Atzendorf. In unsrer öffentlichen Versammlung sprach Genosse Stade. Die Versammlung war sehr stark besucht. Die Kommunistische Partei Deutschlands war mit ihrem Sprengkommando zur Stelle. Einige dieser Leute benahmen sich in der flegelhaftesten Weise. Sie versuchten durch unsinnige Zwischenrufe und Lärm die Versammlung zu sprengen. In der Diskussion verleumdete ein Moskauer Jungkommunist die Sozialdemokratische Partei in der unverschämtesten Weise. Er propagierte den Bürgerkrieg und erklärte, durch Mord und Totschlag könne unsre Wirtschaftslage verbessert werden. Genosse Stade fertigte den Radauhelden geschickt ab, so daß die Kommunisten vor Wut lärmten und tobten. Der Kommunist Bachmann mußte seine eignen Anhänger auffordern, Ruhe zu bewahren. Genosse Escher gab den Moskauern zum Schlusse noch einen tüchtigen Denkzettel. — Eine öffentliche Wählerversammlung findet am Sonntag den 27. April, abends 8 Uhr, im Frickschen Lokal statt. Referent ist Genosse Bormann. Genossen, sorgt für ein volles Haus. Auch die Genossen aus unsern Nachbarorten sind willkommen. —

Barby. Das war am Dienstag abend eine Versammlung, wie sie Barby noch nicht gesehen hat. Der große Saal des „Rautenkranz" war überfüllt. Polizeipräsident Krüger sprach. In trefflichen Ausführungen wies er auf die Bedeutung der Wahl am 4. Mai hin. Um Sein oder Nichtsein der Republik, um die Selbständigkeit des deutschen Volkes geht es. Die Verständigungspolitik unsrer Partei ist der richtige Weg, um das deutsche Volk frei zu machen. Wer vom Revanchekrieg gegen Frankreich faselt, ist entweder irrsinnig oder ein Verbrecher am deutschen Volke. Das stärkste Bollwerk für die Republik ist die Sozialdemokratie. Bei Eintritt in die Diskussion kam es zu stürmischen Auftritten, weil der aus Halle herbeigeholte Kommunist keine unbeschränkte Redezeit bekam. Die Spektakelmacher aber kamen nicht auf ihre Rechnung, dafür sorgten die Mitglieder des Reichsbanners Schwarzrotgold. Bei den Ausführungen des Kommunisten konnte sich die Versammlung des Lachens nicht erwehren. Der Moskauer wurde so gründlich ausgelacht, daß er unter dem Wutgeheul der Kommunisten das Feld räumen mußte. Genosse Krüger ging im Schlußwort in gebührender Weise mit den Kommunisten ins Gericht. Lauter Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Dem Gesangverein Arion für das schöne Begrüßungslied dankend, schloß Genosse Ernst die Versammlung mit einem Hoch auf die Republik, in das die Riesenversammlung stürmisch einstimmte. —

B. G. B. D. Schönebeck u. Umgegend

Sonnabend den 26. April, abends 8 Uhr, im großen „Stadtpark"-Saal

Oeffentliche Wähler-Versammlung

Referenten: Reichstagskandidat Ferl und Stadtrat Kasten

sprechen über

Die bevorstehenden Reichstags- und Stadtverordnetenwahlen.

Genossinnen und Genossen, sorgt für Massenbesuch! Das Wahlkomitee.

Frohse. Am Mittwoch veranstaltete der Hausbesitzerverein in Gemeinschaft mit Handel und Gewerbe eine öffentliche Versammlung. Schulze-Langendorf, Mittelschullehrer in Schönebeck, Führer der Schönebecker Stahlhelmgruppe und früherer Deutschnationaler, hielt seine Rede als neuer Reichstagskandidat der noch neuern Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes. Für ihn gibt es nur ein Ziel: Handel und Gewerbe von Steuern zu entlasten, aber Steuern, gerechte natürlich, wollen sie zahlen. Die Hausbesitzer sollen geschützt werden, weil die Mieter zuwenig Miete zahlen, der Mieter muß natürlich auch geschützt werden. Für ihn gab es überhaupt bloß innerpolitische Fragen. Daß unsre innere Wirtschaft sehr stark von der äußern Politik abhängt, weiß heute nahezu jeder 14jährige Junge. Solchen politischen und wirtschaftlichen Unsinn haben wir in Frohse noch nicht gehört. Genosse Häferer band sich dann Schulze vor und lehrte ihn die ersten politischen Anfangskenntnisse. Als zweiter Debatteredner fragte Schulze den Kandidaten, welcher Fahne er angehört. Herr Schulze wußte es noch nicht. Er könne sich noch nicht entschließen, ob schwarzweißrot oder schwarzrotgold. Nun kam als Dritter der Deutschnationale Thormann (Schönebeck). Thormann und Schulze waren früher deutschnationale Parteifreunde. Herr Schulze war gegangen worden. Die Liebenswürdigkeiten, die beide austauschten, wirkten so aufklärend für jeden denkenden Volksgenossen, daß wir bald wieder so eine Versammlung wünschen. Wohl jeder Versammlungsbesucher ist mit dem Vorsatz heimgegangen: wir wählen am 4. Mai die sozialdemokratischen Listen zum Reichstag und zur Gemeindevertretung. — Am Freitag den 25. April findet in der „Grünen Tanne" die öffentliche Volksversammlung unsrer Partei statt. Landrat Genosse Müller (Quedlinburg) spricht. Sorgt für starken Besuch, tut eure Pflicht, damit der 4. Mai für Frohse ein Ehrentag wird. —

Groß-Salze. Zu allem Ueberfluß hat sich hier noch eine Wirtschaftspartei gebildet. Man muß leider feststellen, daß sie zum größten Teil aus Arbeitern besteht. Siedler und Ackerinteressenten glauben durch Aufstellung einer eignen Kandidatenliste ihre Interessen besser wahrnehmen zu können. Ist man sich denn nicht bewußt, daß dadurch eine Zersplitterung von Arbeiterstimmen herbeigeführt wird. Wir glauben nicht zuviel zu behaupten, wenn wir sagen: „Mit dem Erreichten kann man zufrieden sein!" Seit Beginn der sozialdemokratischen Tätigkeit im Stadtparlament wurde fortgesetzt in weitgehendster Weise für Kartoffeläcker gesorgt, rund 150 Schrebergärten sind geschaffen worden; der Gartenbaugenossenschaft sind 5 Morgen Land zur Verfügung gestellt, zu guter Letzt sind den Siedlern 10 Morgen zur Bebauung überwiesen. Wir bezweifeln, daß durch Sonderkandidaten der Siedler mehr zu erreichen ist. Alle hier aufgeführten Erfolge sind dem Einfluß der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zu verdanken. War es nicht auch die Sozialdemokratische Partei im Reichs- und Landtag, die den Siedlungsgedanken am eifrigsten gefördert hat? Wozu überhaupt der Name Wirtschaftspartei Etwa zur Irreführung der Wähler? Wer da glaubt, Sonderinteressen mit einem bürgerlichen Spitzenkandidaten betreiben zu müssen, der wähle bürgerlichen Mischmasch. Wem aber das Interesse der Gesamtheit als oberste Pflicht gilt, der wähle die Liste Hofmann-Michaelis! —

Schönebeck. Fleischermeister Körting, Spitzenreiter des reaktionären Bürgerblocks, Deutschnationaler und Stahlhelmmann, will durch ein „Eingesandt" (Eselswiese des Tageblättchens) die Herrschaft der Sozis im Schönebecker Rathaus brechen. Zuerst hat es ihm der Bericht der „Volksstimme" angetan über die blamable Versammlung des Blocks im „Stadtpark". Herr Körting verdächtigt unsre Genossen, soweit sie in der Liste stehen, sie seien wohl zuverlässig, aber nur für die Partei. Denn Parteipolitik sei von den Sozis in Schönebeck gemacht worden, nicht zum Wohle der Allgemeinheit. Wenn Körting nicht als ein Schwätzer erscheinen will, dann ist ihm und dem Bürgerblock Gelegenheit gegeben, in der breitesten Oeffentlichkeit Beweise anzutreten. Am Sonnabend den 26. April ist eine Kommunalwähler-Versammlung, in der Stadtrat Kasten über unsre Stadtverordnetentätigkeit in Vergangenheit und Zukunft sprechen wird. Dazu sind die Herren Körting und Watermann hiermit eingeladen. Watermann glaubte ja in der letzten Stadtverordneten-Sitzung eine Mahnung über den guten Ton bei der Wahlbewegung anbringen zu müssen. Vielleicht ist das „Eingesandt" gegen die Genossen Nolte und Hoyer, dessen Veranlasser Watermann ist, und das letzte Produkt des Herrn Körting die Probe für den guten Ton. —

Nellnitz. Von den bürgerlichen Parteien wird immer wieder versucht, die Verantwortung für die gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben. Um diesem Treiben entgegenzutreten, berief die Partei eine öffentliche Wahlversammlung ein. Man hätte annehmen können, daß sich die bürgerlichen Wähler mit der Sozialdemokratie in dieser Versammlung auseinandersetzen würden, ebenso wie es die sozialistischen Wähler in den Versammlungen tun. Aber weit gefehlt. Zu Hause läßt es sich ja viel besser über die Sozialdemokratie schimpfen. Da kann man nicht verantwortlich gemacht werden. Die Bürgerlichen blieben stumm. Die Ausführungen des Genossen S[illegible] (Thale) waren eine glänzende Rechtfertigung der sozialdemokratischen Politik. Das deutsche Volk muß am 4. Mai mit der bürgerlichen Regierung aufräumen. Im Schlußwort ging der Referent auf die Gemeindewahlen ein, und Genosse Förster (Göthe) ging auf die Bildung des Bürgerblocks ein. Genosse Galeski forderte die Versammlungsbesucher auf, überall dafür zu wirken, daß bei den Reichstagswahlen die Liste Bauer und zu den Gemeindewahlen die Liste Holzhause gewählt wird. —

Altmark.

Osterburg. Der Dompfaff gab am 22. April in einer öffentlichen Versammlung seine Gastrolle. Seine Ausführungen waren die eines politischen Kindes. Nach dem Domprediger redete sein Stahlhelmbegleiter konfuses Zeug herunter. Die Versammlung lachte ihn aus. Das bewog die Versammlungsleitung, [illegible] kussion zuzulassen. Die Deutschnationalen waren ängstlich bemüht, daß ihr Lügengewebe nicht zerrissen wurde. Sie haben auch alle Ursache dazu. —

Tangermünde. Die „parteilose" Liste des Bürgerblocks ist veröffentlicht. Der einzige Fabrikarbeiter prangt dekorativ an zweiter Stelle. Außer einem an siebenter Stelle stehenden Handlungsgehilfen weist die Liste an zehnter und fünfzehnter Stelle je einen Buchhalter und an zwanzigster Stelle einen Maurer auf. Sieht man diese Personen und den an neunzehnter Stelle als Schiffer verzeichneten Kandidaten als Vertreter der werktätig arbeitenden Bevölkerung an, was immerhin schon sehr gewagt ist, so kann von der Mehrzahl der sonst noch auf der Liste verzeichneten Kandidaten ruhig behauptet werden, daß ihnen die Gleichberechtigung und Mitbestimmung der Arbeiterschaft in kommunalen Angelegenheiten überflüssig erscheint. Neben vier Landwirten, sechs Kaufleuten (einschließlich eines Bank- und eines Fabrikdirektors sowie eines Buchhändlers) und fünf selbständigen Handwerksmeistern verzeichnet die Liste auch einen Hofmeister (Hausbesitzer), zwei bessergestellte Beamte und einen Gastwirt. Wohl heißt es in dem Wahlaufruf: „Die Wahrnehmung des Wohles der Gesamtheit soll oberste Richtschnur für die Tätigkeit der Gemeindevertreter sein!" Ist's wirklich das Wohl der Gesamtheit, das den Bürgerlichen am Herzen liegt, oder sind's nicht doch zum größten Teil Standes- oder sogar Privatinteressen, die gewahrt werden sollen? Jedenfalls rechnete man auf bürgerlicher Seite bei Aufstellung der Liste von Anfang an nicht auf eine Unterstützung durch die freie Arbeiterschaft. Die parteipolitisch nicht eingestellte Liste des Bürgerblocks vertritt die Partei des Rückschritts und ist nichts weiter als ein Wiederauftauchen der reaktionären Bestrebungen aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Die Reaktion will nicht, daß sich die Arbeiterschaft auf demokratischer Grundlage gemeindewirtschaftlich mitbetätigt, d. h. ihrer Stärke entsprechend an der Lösung kommunaler Fragen mitwirkt. Die Herren Landwirte, Kaufleute und Handwerksmeister möchten im Stadtparlament, wie einst, wieder gern unter sich sein. Nach ihrer Anschauung scheinen sie die Arbeitervertreter, auch wenn diese nicht über so gute Schulbildung und hohes theoretisches Fachwissen verfügen, in vielen Fällen doch für recht unliebsame Kritiker zu halten, die man möglichst von sich fernhalten müsse. Die Tangermünder freien Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenvereinigungen werden jedenfalls nicht mit der parteilosen Liste der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft hereinfallen, sondern am 4. Mai ihre Stimmen den von der arbeitenden Bevölkerung aufgestellten sozialdemokratischen Vertretern geben. —

Stendal. Unsre Wählerversammlung am Dienstag abend im Stadttheater war gut besucht. Unter den Versammlungsteilnehmern war eine beträchtliche Anzahl Anhänger bürgerlicher Parteien. Der Referent, Genosse Bader (Magdeburg), entledigte sich seiner Aufgabe in hervorragender Weise und machte mit seinen Ausführungen sicht ichen Eindruck auch auf unsre Gegner. In der Aussprache nahm als einziger der Geschäftsführer des Vereins für Handel und Gewerbe Flick das Wort. Er warf der Sozialdemokratie vor, daß sie an dem wirtschaftlichen Elend und im besondern an dem des Mittelstandes schuld sei. Daß die Kapitalisten den Mittelstand ruiniert haben, ist diesem hervorragenden Geschäftsführer nicht bekannt. Einen Beweis für seine Behauptung trat Herr Flick natürlich nicht an. Genosse Bader widerlegte treffend die Behauptungen des Diskussionsredners und fand damit starken Beifall. Mit dem Appell, am 4. Mai der Sozialdemokratie die Stimme zu geben, fand die schöne Versammlung ihren Abschluß. —

Walbeck. In einer öffentlichen Versammlung sprach Genosse Steinke (Magdeburg) über die Wahlen. Er ging auf die Ursachen der Notlage unsers deutschen Volkes ein und bewies, daß es falsch ist, die Sozialdemokratie für das jetzige Elend verantwortlich zu machen. Er zerpflückte die Wahllügen der Rechtsparteien und forderte auf, am 4. Mai den Schädlingen des Volkes zu zeigen, daß das werktätige Volk sich die Ausbeutung nicht gefallen läßt. Es wagte niemand, dem Referenten entgegenzutreten. Rektor Genosse Kröpke (Aschersleben) sprach dann über die Gemeindewahlen und legte jedem Versammlungsbesucher ans Herz, die Gemeindevertretersitzungen zu besuchen. Darauf forderte Genosse Grimm [illegible], alle auf, gegen die Machenschaften des Stahlhelms aufzutreten. Er sagte: es ist beschämend, daß die Arbeiter im Jungdo auftreten. Unter großem Beifall wurde die Versammlung geschlossen. — Alle republikanisch gesinnten Einwohner, die dem Reichsbanner Schwarzrotgold beitreten wollen, melden sich bei den Kameraden G. Kutz, F. Meseberg und A. Sureck. —

Harz.

Thale. Am 15. April hatte die Parteileitung eine öffentliche Wählerversammlung einberufen, in der Polizeipräsident Genosse Krüger aus Magdeburg das Referat hielt. In sachlicher Weise fesselte er die zahlreich Erschienenen während seines 1¾stündigen Vortrags bis zum Schluß. Er wies auf die große Bedeutung hin, die gerade in der gegenwärtigen Zeit dem Sachverständigengutachten zukomme, das erwarten lasse, daß wir zu erträglicheren Verhältnissen kommen werden. Von dem Ausgang der Wahlen wird es abhängen, ob Deutschland der Gemeinschaft der Völker näher gebracht oder von der Entente beherrscht werden wird. Das letztere muß eintreten, wenn die Reaktion siegen sollte. Eine Gefährdung der Verfassung und der Republik muß Deutschland um die Achtung des Auslandes bringen und die Pläne Poincarés gegen Deutschland begünstigen. Mit dem Stahlhelm und seinen reaktionären Zielen rechnete er gründlich ab und wies nach, daß es weiter nichts als eine andre Aufmachung der gelben Gewerkschaften und ein Sammelbecken verirrter Jugendlicher und Indifferenter ist. Besser wird es nur werden, wenn die Wahlen eine Stärkung der Republik und damit die Voraussetzung für eine günstige Entwicklung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht bringen. — In der Debatte verzapfte der jugendliche Kommunist Jordan seine Ungereimtheiten. Er wurde von dem Genossen Stadtrat Schinkel und im Schlußwort vom Referenten abgeführt. Auch hier zeigte sich wieder, obgleich Jordan feststellte, daß sich der Referent in der sachlichsten Weise nur gegen die Reaktion gewendet hätte, daß die Kommunisten ihr wüstes Geschimpfe auf die Sozialdemokratie nicht lassen können. Die Brandmarkung der Kommunisten anläßlich ihres Parteitags der Selbstzerfleischung und ihres ruchlosen Treibens zur Zerstörung der Gewerkschaften durch den Referenten war ebenso wohlverdient wie treffend und der große Beifall bewies, wie sehr den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen war. Auch dem Reichsbanner Schwarzrotgold widmete Genossen Krüger aufklärende Worte. Die Versammlung war ein voller Erfolg für die Partei. —

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft

Geschäftsstelle:

Magdeburg, Rogätzer Str. 32

ist nicht nur eine Sterbekasse, sondern sie erstrebt unter Ausschaltung jeder Gewinnabsicht die Reform des Versicherungswesens, sie ist ein sozialisiertes Unternehmen im wahrsten Sinne des Wortes.

Nachrichten aus der Provinz.

Aufruf an die mitteldeutschen Bergarbeiter.

Kameraden! Die Kommunistische Partei beruft für Sonntag den 27. April einen mitteldeutschen Bergarbeiterkongreß nach Leipzig ein. Unter dem Vorwande, die Einheitsfront zu schaffen, soll diese Veranstaltung nur kommunistischen Parteizwecken dienen. Aus dem Aufruf der Kommunisten geht klar und eindeutig hervor, daß auf diesem Kongreß nur Beschlüsse gefaßt werden sollen gegen den Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Der Aufruf der Kommunisten zeugt davon, daß er von einer kommunistischen Parteizentrale verfaßt wurde, die von den Verhältnissen des Bergbaues keine Ahnung hat. Es kommt dieser sogenannten „Zentralkampfleitung" nicht darauf an die Verhältnisse der Bergarbeiter zu bessern, sondern sie will nur neue Agenturen für ihre politischen Bestrebungen schaffen. Der Aufruf spricht von einem Reichsmanteltarif. Jeder Bergarbeiter weiß, daß es einen solchen nicht gibt. Die kommunistische „Bergarbeiter-Zentralkampfleitung" weiß das nicht, sie operiert also in völliger Unkenntnis oder mit bewußten Unwahrheiten. Das letztere muß angenommen werden, wie sich aus folgender Tatsache ergibt. Der Aufruf trägt die Mitunterschrift des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. Diese Unterschrift ist bewußt gefälscht. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund wird seine Unterschrift zu einer Spaltungsveranstaltung der freien Gewerkschaftsbewegung niemals geben. Das wissen die Veranstalter selbst sehr gut. Sie benutzen aber den Namen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes deshalb fälschlicherweise, weil sie ebenfalls wissen, daß auf die Lockungen der unbekannten, verantwortungslosen Putschisten sonst niemand hereinfällt. Unter dem Namen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hoffen die Gewerkschaftszerschlager auf größere Beteiligung.

Kameraden! Beteiligt euch nicht an diesem Treiben gegen eure Organisationen. Nicht großmäulige, vielversprechende Redensarten und kommunistische Zusammenkünfte bessern eure Lage, sondern starke Gewerkschaftsorganisationen. Die radikalsten Kongreßbeschlüsse sind sinnlos, wenn nicht große disziplinierte Organisationen dahinterstehen. Starke Organisationen aber brauchen keine großsprecherischen Beschlüsse, hinter denen nichts steht, starke Organisationen wirken allein durch die innere Kraft ihrer zielbewußten Geschlossenheit.

Verfallt nicht dem Fluche der Lächerlichkeit, indem ihr täglich neue sich anbietende Anhaltspunkte sucht. Steht zu eurem bewährten Bergarbeiterverband. Klärt euern größten Feind, die Unorganisierten, auf, dann wird es wieder erfolgreich vorwärtsgehen. Die Veranstalter spekulieren auf die „klassenbewußten Unorganisierten", sie wollen durch Kongreßbeschluß organisieren.

Kameraden, das Unsinnige dieser Handlungsweise ist für jeden sonnenklar, nur nicht für diese neuen erfolgversprechenden Führer, die den Standpunkt der ausgeschiedenen Gewerkschaftsmitglieder vertreten, „die Gewerkschaften tun nichts". Die da reden: erst Erfolge sehen, dann organisieren wir uns. Nein, Kameraden, erst organisieren, dann kämpfen, dann Erfolge. Das ist Gewerkschaftsarbeit. Unter dieser Parole sind die Gewerkschaften von Erfolg zu Erfolg geschritten. So wird und muß es wieder werden.

Laßt die Unorganisierten nicht von den Früchten eurer Gewerkschaftsarbeit zehren, bringt sie in die Organisationen, nur so wird die Einheitsfront der Bergarbeiter geschaffen.

Wer nach Leipzig geht, hilft nur den Zertrümmerern des Verbandes.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg. Die Partei benötigt zwei Genossen, die gewillt sind, als Unterkassierer zu wirken. Anmeldungen umgehend beim Genossen Reimelt jun., Bürgermarktstraße 21 b. —

Kreis Neuhaldensleben - Wolmirstedt.

Eichenbarleben. Reichsbanner Schwarzrotgold. Nach einem Referat des Kameraden Walter Schrader fand die Gründung einer Ortsgruppe des Reichsbanners statt. Der Vorstand besteht aus den Kameraden: August Eilermann, Vorsitzender; Jordan, Schriftführer; Bartner, Kassierer. 30 Kameraden haben sofort ihren Beitritt zum Reichsbanner erklärt. —

Kreis Kalbe.

Atzendorf. Genossenschaftliches. In der Verteilungsstelle der Kalber Konsum- und Spargenossenschaft wird am Sonnabend den 26. April erstmalig mit der Verteilung von Brot begonnen werden. Zur Verteilung gelangt ein kräftiges 2000-Gramm-Brot zum Preise von 42 Pfg. nebst Rückvergütungsmarken. Genossen, unterstützt euer eignes Unternehmen, ermahnt täglich eure Frauen, den Einkauf von Lebensmitteln nur in der Genossenschaft zu besorgen. Jeder Genossenschafter, der es duldet, daß seine Frau die Einkäufe nicht im Konsumverein macht, der führt einen Kampf gegen sich selbst. Schafft Aufklärung über die Bedeutung der Genossenschaft und schließt euch der Konsumgenossenschaft an. —

Staßfurt. Die Bürgerliste zur Stadtverordnetenwahl ist der [illegible]. Industrielle, Agrarier und Großkaufleute, Antisemitische und hakenkreuzige Stahlhelmunternehmer wechseln [illegible] miteinander ab. Um der Liste mehr Zugkraft zu verleihen, wurden kleine Geschäftsleute sowie Arbeiter, Angestellte und Beamte geködert, deren Namen das Ganze [illegible]. Die Dummen werden einmal nicht alle. Es ist doch zu verlockend, mit Größen des Bürgertums in den Wahlkampf zu ziehen, selbst wenn man nur von Arbeitern abhängt. [illegible] Geschäften und Gewerben der einzelnen [illegible] erledigt war. [illegible] Wählerschaft hinter sich zu haben. Den Reigen eröffnet der bisherige Stadtverordnete und Vertreter der [illegible] Gruppe. Er ist ausgesprochener Feind der Arbeiterbewegung. [illegible] Dr. Greiß, Vorsitzender der Deutschnationalen Partei, dann [illegible] der Kolonne, als Vertreter der selbständigen Gewerbetreibenden und freien Berufe. Die Zahl würden die kleinen Leute sowie die Arbeiter, Angestellten und Beamten geben. [illegible] und Angestellten will er gleich zum Teufel jagen. Und so geht es weiter. Die Reaktionäre haben die wirklich [illegible] Gesinnung von der Stimmenabgabe des Antrag zu [illegible] [illegible]. Die bekannten [illegible] [illegible] Demokraten, Beamte und Angestellte [illegible] eine eigne Liste der Rechten [illegible]. [illegible] so sind es denn [illegible] einen [illegible] Kampf um die Mandate geben. —

Staßfurt. Die staatlichen Bergwerke gehen [illegible] in den Betrieb (nicht in das Eigentum) der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft über. Bei einigen Werken ist dieser Uebergang bereits vollzogen, bei den Staßfurter Werken noch nicht, er soll aber noch im Laufe dieses Jahres stattfinden. Deshalb enthält auch der Haushalt der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung einige Angaben über sie. Wir finden da in dem Kapitel der „Einmaligen Ausgaben" folgende Posten verzeichnet, die die Staßfurter Werke betreffen. Zum Ersatz [illegible] zur [illegible] Gebäude der Berginspektion Staßfurt, zu Ersatzbauten, Entschädigungen und so weiter 50 000 Mark; zum weitern Ausbau des Salzwerks in Staßfurt 50 000 Mark; zur Vereinheitlichung und Verbesserung der Krafterzeugung der Fabrik am Achenbachschacht 20 000 Mark; zur Erneurung der Betriebseinrichtungen derselben Fabrik 20 000 Mark. Die Einstellung dieser Beträge in den Haushaltplan läßt eigentlich nicht darauf schließen, daß das Werk stillgelegt werden soll. Es wäre im Interesse der Stadt dringend zu wünschen, daß die dieserhalb schwebenden Befürchtungen sich nicht bewahrheiten. — In demselben Haushaltplan sind auch 20 000 Mark für Antrieb und Keite für die Kettenförderung in der sechsten Sohle des Braunkohlenbergwerks bei Löderburg ausgeworfen. — „Mit der Waffe in der Hand!" lautet die Parole bei den Hakenkreuzjünglingen und den Jüngern des Sowjetsterns. Mit der Waffe in der Hand wollen beide ihre dunkeln Ziele zur Entscheidung bringen. Die „Führer" steigern die Stimmung der „Truppen", und das provokatorische Auftreten auf der einen Seite steigert die Angriffslust der andern. Furchtbar sind dann die Folgen. Wie uns berichtet wird, stieß vor Ostern ein Trupp junger Burschen der Treuschaft Lützow, welche auf dem Wege von Hecklingen nach Löderburg zur Stahlhelmfeier waren, mit einer größern Anzahl jugendlicher Arbeiter zusammen. Die reaktionäre „Staßfurter Zeitung" schrieb von hundert Angehörigen der kommunistischen Hundertschaft. Es gab eine arge Keilerei, wobei auch einige Schüsse fielen. Die benachrichtigte Schutzpolizei konnte nach am späten Abend aufklärend in der Sache tätig sein. Es sind Verhaftungen erfolgt. Nach den kriminalpolizeilichen Ermittlungen steht bereits fest, daß einer großen Anzahl Beteiligter der Prozeß gemacht werden wird. Jugendliche Verführte müssen wieder unter den Putsch- und Gewaltparolen unverantwortlicher Leute leiden. Merkwürdig an der Sache ist, daß eine Streife der Schupo gemeinsam mit Stahlhelmleuten nach dem Zusammenstoß die Gegend absuchte. Sind die Stahlhelmleute von dem Kommandoführer der Schupo tatsächlich als Hilfspolizei verwandt worden, so muß aufs schärfste dagegen protestiert werden. —

Staßfurt. Die sterbende Stadt! Im Anschluß an die Besprechung am Freitag den 11. April fand am Montag vormittag eine weitere Verhandlung im Direktionsgebäude des Salzbergwerks Neu-Staßfurt statt, an welcher nur die Betriebsräte und die in Frage kommenden Gewerkschaftsvertreter teilnahmen, um erneut zur Frage der Betriebsstillegung und Betriebseinschränkung Stellung zu nehmen. Der Vertreter der Angestellten, Wiegand (Halle), vertrat seinen Standpunkt. Wiederum wurde von der Direktionsvertretung betont, daß wirtschaftliche Gründe das Verhalten der Werksdirektion rechtfertigen. Im Auftrag der Bezirksleitung Halle des Bergarbeiterverbandes nahm Genosse Adam (Staßfurt) das Wort und betonte, daß momentan nur von einer Betriebseinschränkung gesprochen werden könne. Diese sei durch minderwertigen Gehalt der gewonnenen Rohprodukte, die offensichtliche Umstellung des Fabrikationsbetriebs und die hierzu erforderliche Kapitalbeschaffung bedingt. Trotz alledem müsse im volkswirtschaftlichen Interesse versucht werden, den Betrieb während der Zeit der Umstellung aufrechtzuerhalten. Die Beschäftigungsmöglichkeit sei durch die Direktion dadurch zugegeben, daß die Kündigungsziffer im Schachtbetrieb um 75 und im Fabrikbetrieb um 100 Mann vermindert worden sei. Mit den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge, deren Erwirkung der Landrat zugesagt habe, muß es möglich gemacht werden, die ganze Belegschaft während des Umstellungsprozesses in Arbeit zu erhalten. Da in Anbetracht der Lage damit zu rechnen sei, daß die Regierung für den in Frage kommenden Industriebezirk die Kurzarbeiterunterstützung bewilligen werde, sei im beiderseitigen Interesse zu wünschen, daß, bevor Entlassungen eintreten, die Belegschaft auf Kurzarbeit weiterbeschäftigt werde. Durch Direktor Angenent wurde die angeregte Lösung zugesagt und weiter betont, daß bei dem zur Umstellung erforderlichen Abbruch der Fabrik 2 die Arbeiterschaft abwechselnd zu den Abbrucharbeiten herangezogen werden solle. Weiterhin sei hervorzuheben, daß eine Lösung der Frage nur möglich sei, wenn die nötigen Mittel zur Umstellung beschafft werden können. Sowohl die Direktion wie auch die Organisationsvertreter machten es sich zur Aufgabe, in diesem Sinne zu wirken. In gleichem Sinne bewegten sich die Ausführungen des Genossen Hille vom Fabrikarbeiterverband. Gelingt es nicht, die Frage in obigem Sinne zu regeln, dann ist mit einer Entlassung von 115 Mann im Schachtbetrieb und von 200 Mann im Fabrikbetrieb zu rechnen. Der vereinten Kraft muß es gelingen, das letztere abzuwenden. —

Altmark.

Gardelegen. Feuer. In der Nacht vom 22. zum 23. April wurde die Feuerwehr alarmiert. Es brannte in der Kartonfabrik von Bertram u. Beck und der alten Bürstenfabrik von Frieß u. Ko. in der [illegible] Anstalt. Beim Eintreffen der Wehren, die übrigens mit erstaunlicher Schnelligkeit zur Stelle waren, gab es für diese nichts mehr zu tun. Der Oberstock war schon vollständig ausgebrannt, die Wehr konnte nur noch einige neue Maschinen, die erst am Tage vorher eingetroffen waren, retten. Die Entstehungsursache ist nicht bekannt. Das Wasser mußte, da kein Hydrant in der Nähe war, erst sehr weit hergeleitet werden, was, wenn Nachbargebäude zu schützen gewesen wären, die Löschtätigkeit sehr erschwert hätte. Befremdend ist es aufgefallen, daß nur der Rathausturm Sturm läutete. Wir nehmen doch nicht an, daß das Stürmen der andern Türme nicht darum unterblieben ist, weil man befürchtete, die Bürger in der Nachtruhe zu stören. Verschiedene Pflichtfeuerwehrleute sind so in die unangenehme Lage gekommen, nicht zum Feuer erscheinen zu können, und es kann sehr leicht möglich sein, daß sie mit einem Strafmandat bedacht werden. Das würde dann natürlich Unschuldige treffen. —

Salzwedel. Ortsausschuß. Die Sitzung befaßte sich mit der Maifeier. Vormittags ist ein Ausflug, nachmittags Kinderumzug und abends eine Festversammlung geplant, die aus Gesangsdarbietungen der Arbeitersänger, einem zeitgemäßen Vortrag und Tanz bestehen soll. Es wird allen klassenbewußten Arbeitern nahegelegt, am 1. Mai dem Weltfeiertag der Arbeit, die Arbeit ruhen zu lassen. Wo das durchaus nicht möglich ist, ist zum mindesten von 2 Uhr nachmittags ab die Arbeit einzustellen. Der Eintrittspreis zu der Abendveranstaltung wurde für Männer auf 50 Pfg. und für Frauen auf 30 Pfg. festgesetzt. Kinder haben freien Eintritt. In den Festausschuß wurden vier Genossen aus der Partei und der Vorstand des Ortsausschusses gewählt. Nähere Bekanntmachung erfolgt durch Handzettel. Genosse [illegible] erhob Beschwerde gegen einen Kollegen, der als Vorstandsmitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse fungiert. Bei der Wahl des 2. Vorsitzenden dieser Kasse stimmte dieser Kollege gegen den eigenen Kandidaten aus persönlichen Gründen und gab seine Stimme dem Kandidaten der Gegenseite. Es wurde beschlossen, den betreffenden Kollegen zur Verantwortung vor den Vorstand des Ortsausschusses zu laden. Ein zweiter Kollege hat bei der Wahl eines Krankenkassenangestellten einem zur erforderlichen Arbeit voll befähigten Genossen einen Unorganisierten vorgezogen. Auch dieser Kollege wird gebeten werden, seine Stellungnahme zu begründen. Es wurden dann Wahlfragen erörtert. Die nicht zur Partei gehörenden Beamten und Angestellten hatten geplant, eine eigne Liste aufzustellen. Die Angelegenheit ist zurückgezogen worden. Bei den Einigungsverhandlungen zwischen den ganz [illegible] Bürgerlichen und den Beamten und Angestellten gelang es den Bürgerlichen, diese einzufangen. Die Beamten, Angestellten und kleinen Gewerbetreibenden wollten ihre Liste als die der „wirtschaftlich Schwachen" oder auch als die der „Bürger 2. Klasse" gelten lassen. Nachdem die mächtigen Leute Salzwedels mit ihnen eine Liste zieren, wird dieser Wahlkorb wenige anlocken. Da diese Beamten wenigstens dreimal in 14 Tagen ihre Meinung änderten, legte sich als treffender Name für die neue Liste vielleicht „Liste der schwankenden Gestalten" aufdringen. Jeder denkende Salzwedler Wähler, der [illegible] zu den wirtschaftlich Schwachen gehört, sollte aus dieser Wahlkandidatenkomödie erkennen, daß er nur der Partei seine Stimme geben kann, die wirklich fest für die wirtschaftlich Schwachen eintritt, nämlich der Vereinigten sozialdemokratischen Partei. Ein Gutes hat die bürgerliche Einheitsliste gebracht: eine reinliche Scheidung der Geister. Hie Bürgertum und soziale Reaktion, hie Proletariat und sozialer Fortschritt. Nun wählt, ihr wirtschaftlich Schwachen, ihr Arbeiter, Angestellten und Beamten! Wollt ihr für euch und eure Familie eine bessere Lebensführung ermöglichen, so gebt den Sozialdemokraten, die für euch kämpfen, die Stimmen. Wollt ihr weiter „Bürger zweiter Klasse" bleiben, dann stimmt für die bürgerliche Einheitsliste. Die Wahl ist nicht schwer. Stärkt die Liste der Sozialdemokratie am 4. Mai. Trotz der „Einheitsliste" ist aber noch eine besondere Liste der Hausbesitzer erschienen. Herr Waldersdorf will sich mit dem völkischsozialen Freiheitsblock zusammentun und eine eigne Liste aufstellen. Es ist doch erstaunlich, wieviel Leute sich zu einem Stadtverordnetenmandat drängen. Zum Schlusse der Ortsausschußsitzung wurde eine zu erwartende Neuordnung im Verwaltungswesen der Erwerbslosenfürsorge und eine Schulfrage besprochen, ohne zu einer Entschließung darüber zu kommen. —

Stendal. Oeffentliche Frauenversammlung am Sonnabend den 26. April, abends 8 Uhr, im Lokal von Oeter, Karlstraße. Tagesordnung: „Wen wählen wir Frauen am 4. Mai?" Rednerin ist unsre Parteisekretärin Genossin Arning (Magdeburg). Frauen und Mädchen, Hinein in die Versammlung, sorgt für guten Besuch! —

Stendal. Die Maifeier wird von Gewerkschaften und Partei gemeinsam nach folgendem Programm durchgeführt werden: Morgenausflug nach dem Hölzchen. Umzug durch die Stadt, vorausgesetzt, daß die Genehmigung erteilt wird. Nachmittagsfeier im Bürgerpark, Festrede des Genossen Otten und verschiedene Unterhaltung. Abendveranstaltungen in Klinkaus Festsälen und bei Grothe, Elisabethstraße. Die Sportvereine haben ihre Mitwirkung zugesagt. Parteigenossen und Genossinnen, sorgt für Massenbesuch! —

Warenmärkte.

Magdeburger Viehmarkt.

Magdeburg, 23 April. Auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof wurden aufgetrieben: 506 Rinder, und zwar 86 Ochsen, 113 Bullen, 307 Färsen und Kühe. 58 Fresser. 578 Kälber. 267 Schafvieh usw., 2227 Schweine.

Bezahlt für 1 Pfund Lebendgewicht.

I. Rinder. A. Ochsen:		
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungejocht)	42 46	Gold-Pfg.
b) vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4 bis 7 Jahren	38 45	Gold-Pfg.
c) junge fleischige, nicht ausgemästete u. ältere ausgemästete	33 36	Gold-Pfg.
d) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	25 - 20	Gold-Pfg.
B. Bullen:		
a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	40 - 48	Gold-Pfg.
b) vollfleischige, jüngere	35 39	Gold-Pfg.
c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	30 - 38	Gold-Pfg.
C. Färsen und Kühe:		
a) vollfleischige ausgemästete Ferien höchsten Schlachtwerts	46—50	Gold-Pfg.
b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	42—46	Gold-Pfg.
c) ältere, ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen	30 - 42	Gold-Pfg.
d) mäßig genährte Kühe und Färsen	21—28	Gold-Pfg.
e) gering genährte Kühe und Färsen	18—22	Gold-Pfg.
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)	25—35	Gold-Pfg.
II. Kälber:		
a) Doppellender feinster Mast	—	Gold-Pfg.
b) feinste Mastkälber	60—70	Gold-Pfg.
c) mittlere Mast- und beste Saugkälber	50—60	Gold-Pfg.
d) geringe Mast- und gute Saugkälber	40—48	Gold-Pfg.
e) geringere Saugkälber	28—38	Gold-Pfg.
III. Schafe. A. Stallmastschafe:		
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel	44—48	Gold-Pfg.
b) ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe	33—42	Gold-Pfg.
c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe)	20—30	Gold-Pfg.
IV. Schweine:		
a) Fettschweine über 150 kg (3 Zentner) Lebendgewicht	62—65	Gold-Pfg.
b) vollfleischige von 120-150 kg (240-300 Pfd.) Lebendgewicht	60 63	Gold-Pfg.
c) vollfleischige von 100-120 kg (200-240 Pfd.) Lebendgewicht	57 59	Gold-Pfg.
d) vollfleischige von 80-100 kg (160-200 Pfd.) Lebendgewicht	53—56	Gold-Pfg.
e) vollfleischige unter 80 kg (160 Pfd.) Lebendgewicht	50—53	Gold-Pfg.
f) unreine Sauen	52—56	Gold-Pfg.

Verlauf u. Tendenz: Schleppend. — Ueberstand: 30 Rinder, — Kälber, 200 Schafe, — Schweine.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben. —

Magdeburger Produkten-Börse vom 23. April.

Die Preise verstehen sich in Goldmark. Weizen 8,20—8,40, Tendenz still. Roggen 7,10—7,30, Tendenz ruhig. Sommergerste 10—10,50, Tendenz still. Wintergerste —. Hafer 7,30—7,50, Tendenz stetig. Mais —. Viktoriaerbsen 11,00—12,00, Tendenz schwach. Alles für 50 Kilogramm netto frei Magdeburg oder benachbarter Stationen bei Ladungen von 300 Zentnern. Weizenmehl —. Roggenmehl —. Weizenkleie 5,20—5,40, Tendenz stetig. Roggenkleie 4,20—4,40, Tendenz stetig, für 50 Kilogramm ab Verladestation.

Weizenstroh, drahtgepreßt 1,60—1,70. Roggenstroh do., 1,60—1,70. Haferstroh, do. 1,50—1,65. Gerstenstroh, do., 1,50—1,65. Weizenstroh, bindfadengepreßt 1,20—1,30. Roggenstroh do. 1,20—1,30. Gutes Heu 2,30—2,40. Alles für 50 Kg. ab Verladestation der hiesigen Gegend in Waggonladungen.

Eßkartoffeln,
rote 2,80—3,00, gelbfleischige 4,20—4,40, weißfleischige 2,80—3,00 für 50 Kilogr.

Der Preis für Weißzucker
(ausschl. Verbrauchssteuer und Sack) beträgt für 50 Kilogramm netto ab Verladestelle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Zentnern u. prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen 26,00—26,50 Mk. für gemahl. Meliß.

Notierungen in Kolonialwaren.

Gemäß der Verkehrslage an der heutigen Börse in der Handelskammer zu Magdeburg wurden in Kolonialwaren und Landesprodukten folgende Preise für 50 Kilo bei Bezügen größerer Mengen im Verkehr zwischen Importeuren, Herstellern und Großhandel ermittelt:

(Die Preise verstehen sich in Goldmark.)

Mühlenfabrikate:	
Gerstengraupen, lose	14,50—15,00
Haferflocken	14,50—15,50
Hafergrütze	13,00—16,00
Weizengrieß	15,50—16,00
Maisgrieß	—
Maisstärkepuder	19,00—19,50
Kartoffelmehl	17,00—17,50
Schnittnudeln	19,50—24,50
Makkaroni	33,50—37,50
Hülsenfrüchte:	
Bohnen	19,00—22,00
Erbsen, Viktoria	14,60—25,00
Linsen	22,00—37,00
Reis:	
Burma-Reis	15,50—16,50
Tafel-Reis	22,00—26,00
Bruch-Reis	13,50—14,50
Früchte:	
Pflaumen	27,00—60,00
Korinthen	60,00—70,00
Rosinen	58,00—68,00
Sultaninen	65,00—80,00
Mandeln, süße	120,00—150,00
Mandeln, bittere	110,00—115,00
Gewürze:	
Pfeffer, schwarz	87,00—93,00
Pfeffer, weiß	120,00—126,00
Piment, Jamaika	65,00—72,00

Kaffee, roh:	
Guatemala usw.	190,00—300,00
Prima Santos	185,00—190,00
Superior Santos	170,00—183,00
Gerste, gebrannt	14,00—15,00
Kakaopulver	[illegible]0,00—128,00
Tee	250,00—390,00
Speiseöle	48,50—51,60
Mohnöl	— —
Rüböl, roh (Backöl)	41,00—43,00
Margarine	— —
Schmalz, am. Pur.	62,00—63,00
Marmelade	36,00—55,00
Kunsthonig	32,00—35,60
Corned beef, amerik. 12/6 lbs. je Kiste	31,00—33,00
Deutsches Büchsenfleisch, in Kisten zu 12 Dosen à 6 Pfund netto	— —
Heringe pro Tonne:	
Schottische	73,00
Norwegische	24,00—30,00
Holländische	— —
Deutsche	— —
Sirup:	
Zuckersirup	28,00—32,00
Speisesirup	— —
Rübensaft	25,00—26,00

Berliner Produkten-Börse vom 23. April.

An der Mittagsbörse wurden notiert ab Station (Preise in Goldmark, Mk. 4,20 = 1 Dollar Goldanleihe): Weizen, märkischer 170—177, pomm. 166—168. Roggen märkischer 132—139, pommerscher 128—131, mecklenburgischer —. Braugerste 170—190. Futtergerste 150—170. Hafer, märkischer 127 135. Weizenmehl 24,50—26,00, feinste Marken über Notiz. Roggenmehl 20,50—22,50. Weizenkleie 10,20. Roggenkleie 8,75—9,00. Raps 310. Leinsaat 410. Viktoriaerbsen 27—29. Kleine Speiseerbsen 16 18. Futtererbsen 13,50 14. Peluschken 11,50—13,00. Ackerbohnen 16 18. Wicken 12 14,00. Lupinen, blaue 12,50—13,00, gelbe 15,50—17,50. Seradella 12—14. Rapskuchen 11,50. Leinkuchen 22,00—23,00. Trockenschnitzel, prompt 9,50 9,60. Zuckerschnitzel —,— Torfmelasse, 30/70 Proz. 8,40 8,60. Kartoffelflocken 21,50—21,60. Getreide und Oelsaaten per 1000 Kg., das übrige per 100 Kg.)

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Hautjucken, Flechten, offene Füße

Krampfadern, auch veraltete Wunden heilt die milde und wohltuende Sanitätsrat Dr. Strahls Hautsalbe. In Orig.-Dosen à 1,00 u. 1,80 G.-M. zu haben: Magdeburg: Viktoria-Apotheke, Kaiserstraße 94b. Sonnen-Apotheke, Breiteweg 17.

Die dänische Arbeiterregierung.

Th. Stauning hat dem König die Ministerliste vorgelegt, die gemäß der dänischen Verfassung vom Staatsoberhaupt gutgeheißen werden muß. Die Liste hat folgende Zusammensetzung:

Th. Stauning Staats- und Handelsminister; Graf Karl Moltke Außenminister; F. J. Borgbjerg Arbeitsminister, Hauge Innenminister; K. Steinke Justizminister; C. Bramsnaes Finanzminister; Frau Nina Bang Unterrichtsminister; Pastor Dahl Kirchenminister; Bording Landwirtschaftsminister; L. Rasmussen Kriegsminister; Friis-Skotte Verkehrsminister.

Sämtliche Minister, mit Ausnahme des Außenministers, sind langjährige Mitarbeiter und aktive Mitglieder unsrer dänischen Bruderpartei; jeder hat auf seinem Gebiet eine große und tüchtige Arbeit ausgeführt. Das neue Ministerium ist in hervorragendem Grade ein Ministerium von Leuten, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind. Hauge war Holzarbeiter, Bording ist ein kleiner Landwirt, Rasmussen und Bramsnaes waren Buchdrucker. Friis-Skotte ist Eisenbahnbeamter. Steincke gilt als einer der hervorragendsten Juristen des Landes.

Es ist kein leichter Entschluß für unsre Bruderpartei gewesen, ohne eine Mehrheit im Reichstag die Regierungsmacht zu übernehmen. Das dänische Folketing hat 149 Mitglieder, wovon die Sozialdemokraten 55, die Radikalen (Demokraten) 20 stellen. Dieser Block hat demnach nur eine Stimme Mehrheit gegenüber den Konservativen und der Bauernlinken. Zwischen beiden Gruppen steht die eine Stimme des deutschen Vertreter. Unsre Parteigenossen sind jedoch alle geschulte Parlamentarier und mit der politischen Praxis gut vertraut, so daß man Grund zu der Annahme hat, daß sie sich trotz aller Schwierigkeiten behaupten werden. —

Nicht völkisch verrückt genug.

Den Deutschnationalen ergeht es jetzt wie den Kommunisten: sie haben den Teufel im Leibe, weil jedes Körnchen politischer Einsicht als Verrat an der heilige Idee des Irrsinns bezeichnet wird. Und da teutsche Heldensöhne nichts mit solchen Verrätern zu tun haben wollen, ist in vielen Bezirken ein allgemeines Abwandern zu den Deutschvölkischen zu verzeichnen. Wie die „Zeit" meldet, sind allein in Pommern 37 deutschnationale Ortsgruppen geschlossen zu den Deutschvölkischen übergetreten. Dort kreist der Wahnsinn noch ganz anders als bei den Deutschnationalen, dort fühlt man sich heimisch.

Mit dem trocknen Uebertritt zu den Deutschvölkischen hat es aber noch nicht sein Bewenden. „Verräter sollen um die Ecke gehen." Mord ist nun einmal völkisches Ideal. Und so ist es denn nicht weiter verwunderlich, daß der deutschnationale sächsische Landtagsabgeordnete Beutler neuerdings zahlreiche Drohbriefe aus völkischen Kreisen erhält, in denen ihm der Tod durch Erstechen oder Erschießen angedroht wird. Diese Tatsache verdient um so mehr Beachtung, als Doktor Beutler in der letzten Landtagssitzung erklärt hat, die Deutschnationalen würden die Deutschvölkischen noch regierungsfähig machen. Für diese Todsünde soll Beutler bluten.

Ferner beginnt eine deutschvölkische Offensive gegen den deutschnationalen Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Schwerin, v. Brandenstein. Dieser hat das fürchterliche Verbrechen begangen, bei der Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Haltung der Reichsregierung gegenüber dem Sachverständigen-Gutachten zuzustimmen. Nun soll er Farbe bekennen und versprechen, nie wieder vernünftig zu sein, oder die Deutschvölkischen, die in Mecklenburg Regierungspartei sind, kündigen ihm die Freundschaft. Das ist Brandenstein in der Form eines Fragebogens parteioffiziell angekündigt worden.

So geht der Kampf wider den Geist im völkischen Lager. Vorläufig auf Kosten der Deutschnationalen. Er würde aber auf Kosten des gesamten deutschen Volkes gehen, wenn dieser verbrecherische Blödsinn bei der Reichstagswahl am 4. Mai Erfolge buchen könnte. Denn das würde den „Völkischen" aller Richtungen sofoteinen willkommenen Anlaß zu reaktionären Handstreichen auf Republik und Volksrechte geben. —

Hitlers Garde vor Gericht.

Am Mittwoch begann vor dem Volksgericht München 1 der Prozeß wegen der Zerstörung der „Münchner Post", der Festnahme des Münchner Oberbürgermeisters und mehrerer sozialistischer Stadträte als Geiseln, sowie wegen Haussuchung bei dem Vizepräsidenten des Landtags, des sozialdemokratischen Fraktionsführers Abg. Auer, bei dem Hitler-Putsch. Es stehen insgesamt 40 Mitglieder des Stoßtrupps Hitler unter der Anklage der Beihilfe zum Hochverrat.

Mehrere der Beschuldigten, darunter der Führer des Stoßtrupps Hitler, Hauptmann Berchtold, und sein Adjutant, der schon aus frühern Verhandlungen bekannte Maurriche, sind allerdings flüchtig, so daß vor Gericht höchstens 36 Angeklagte erscheinen werden. Den Angeklagten stehen sechs Verteidiger zur Stelle, unter ihnen die Rechtsanwälte Kohl und Roder, die schon im Hitler-Prozeß tätig waren. Es werden ungefähr 18 Zeugen gehört werden. Von bekannten Unterführern der nationalistischen Bewegung befinden sich unter den Angeklagten der Leutnant Laforce, die Abteilungsführer des Stroßtrupps Hitler, Knobloch, Vallenbach und Schön, ferner der frühere Kriminalassistent Gerum.

Nach der Anklage ist der Stoßtrupp Hitler am 8. November abends alarmiert worden. Berchtold verwies darauf, daß jetzt die Stunde gekommen sei, die alle herbeigesehnt hätten. Er machte die Stoßtruppmitglieder auf das Unternehmen Hitlers aufmerksam, wobei er erklärte,

daß Hitler und Kahr sich geeinigt hätten.

Alle Mitglieder wurden auf Ehrenwort und Handschlag zu unbedingtem Gehorsam gegenüber ihren Führern verpflichtet. Unter Führung Berchtolds marschierte der Stoßtrupp dann zum Bürgerbräu, wo er das Unternehmen Hitlers durch Entfaltung der Machtmittel unterstützte und ermöglichte. Der Stoßtrupp war es bekanntlich, der den Bürgerbräusaal besetzte, Wachen aufstellte und ein schweres Maschinengewehr mit Schußrichtung auf die Versammlungsteilnehmer in Stellung brachte. Gerum zusammen mit andern Bewaffneten bahnte Hitler den Weg zum Podium und bewachte dann den Eingang des Nebenzimmers, in das sich Kahr, Lossow und Seißer begeben mußten. Abends marschierte der Stoßtrupp auf Befehl des Hauptmanns Göhring

zur „Münchner Post", um diese zu zerstören.

Die Straßenzugänge wurden abgesperrt, in den beiden Stockwerken des Gebäudes hauste die dritte Gruppe des Stoßtrupps unter Führung des Angeklagten Hutter nach der Anklage wie Vandalen. 380 einzelne Fensterscheiben, zahlreiche Türfüllungen und Schranktüren wurden zertrümmert, Schränke umgeworfen, Schubläden aufgerissen, Akten auf die Straße geworfen und verbrannt, eine Kasse mit mehreren Billionen Mark wurde ihres Inhalts beraubt, vier Schreibmaschinen sowie Vervielfältigungsapparate, Autoreifen und eine große Menge Schreibmaterial wurden entwendet und auf Anordnung Berchtolds in das Bürgerbräu geschafft. Gerum durchsuchte im Arbeitszimmer des Hauptschriftleiters Auer die fertigen Schriftstücke und

lieferte sie an Hitler persönlich ab.

Als das Zerstörungswerk im höchsten Gange war, gelang es einem Kriminalinspektor, Berchtold zu bewegen, seinen Trupp zum Abzug zu bringen. Etwa 15 bis 20 Mann unter Führung von Berchtold begaben sich dann mit Kraftwagen zur Wohnung Auers, um diesen festzunehmen. Der Schwiegersohn Auers wurde mit vorgehaltener Pistole aufgefordert, den Aufenthalt seines Schwiegervaters anzugeben und als Geisel festgehalten. Frau Auer wurde von den Bewaffneten mehrmals vor die Brust gestoßen und in ein Zimmer eingesperrt

Weitere Mitglieder des Stoßtrupps nahmen dann am 9. November

im Münchner Rathaus

aus einer Magistratssitzung heraus den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Schmid und die sozialistischen Stadträte fest und brachten sie zum Bürgerbräu, wo sie schließlich in den Zug der Bewaffneten, der in die Stadt marschieren sollte, eingereiht wurden, wobei der ausdrückliche Befehl gegeben wurde, daß, im Falle Reichswehr und Landespolizei auf den Zug feuern sollten, die Geiseln sofort zu erschießen oder — wie ein späterer Befehl besagte — niederzuschlagen seien. Vor dem Abmarsch des Zuges wurden die Magistratsmitglieder dann aber mittels Kraftwagen aus München heraus nach einem Dorfe gebracht, wo sie schließlich wieder freigelassen wurden. Weiter wird den Angeklagten ihre Teilnahme an der Entwaffnung einer Abteilung der Landespolizei zur Last gelegt.

Nach der Verlesung der Anklageschrift beantragt Justizrat Kohl im Namen des Angeklagten Maurer die Aussetzung des Verfahrens mit dem Hinweis, daß durch das

Eingreifen der englischen Regierung

Professor Quidde aus der Haft entlassen und die gegen ihn eingeleitete Strafverfolgung eingestellt worden sei. Damit sei die deutsche Justizhoheit beseitigt. Das Verfahren dürfe so lange nicht durchgeführt werden, bis die deutsche Justizhoheit wieder vollständig hergestellt sei. Sonst würden sich die Richter mitschuldig machen. — Das Gericht beschloß nach kurzer Beratung, den Aussetzungsantrag abzulehnen. In der Begründung erklärte der Vorsitzende, daß kein Mitglied des Gerichts sich irgendwie in seiner Entscheidung beeinflußt fühle. Hierauf beantragte der Staatsanwalt zur Behandlung einiger Punkte den Ausschluß der Oeffentlichkeit. Die weitere Verhandlung am Nachmittag fand dann hinter verschlossenen Türen statt.

Am Nachmittag beginnt das

Verhör der Angeklagten,

zunächst des Technikers Kallenbach, der als Unterführer im Stoßtrupp Hitler tätig war. Er bestätigt im wesentlichen sämtliche von der Anklage vorgebrachten Dinge, will aber nicht aktiv an der Zerstörung der „Münchener Post" und an den andern Verbrechen teilgenommen haben. Er will auch nicht wissen, wer diese im einzelnen vollbracht hat. Seine Leute hätten nur auf Befehl Gerums, d. h. der neuen Regierung, gehandelt. Denn es war allen klar, daß die neue Regierung antimarxistisch eingestellt war und deswegen erschien es notwendig, die „Münchener Post" zunächst einmal verschwinden zu lassen und die marxistischen Führer in die Hände zu bekommen. Die Legalität der Zerstörung der „Münchener Post" sei für ihn daraus hervorgegangen, daß die Landespolizei ordnungsgemäß seine Leute im Gebäude der „Münchener Post" abgelöst habe. Das Verhör der weitern Angeklagten ergibt nichts Bemerkenswertes, außer daß die Angeklagten versuchen, ihre im Vorverhör gemachten Angaben, die zum Teil sehr belastender Natur sind, rückgängig zu machen. Dabei unternimmt die Verteidigung einen Generalangriff auf den Ermittlungsbeamten, den Kriminalkommissar Becher, der teilweise in erpresserischer Weise vorgegangen sein soll. Der Vorsitzende läßt diesen Kriminalbeamten sofort als Zeugen rufen, und es entspinnt sich um dessen Zeugenaussage eine zweistündige Debatte. Die Verhandlung wird am Donnerstag weitergeführt. —

Maiaufruf der Internationale.

Vor fünfunddreißig Jahren hat der internationale Sozialistenkongreß in Paris die Maifeier eingesetzt, um für die Eroberung des Achtstundentags zu demonstrieren. Während eines Menschenalters sind wir in harten und zähen Kämpfen Schritt für Schritt diesem Ziele nähergekommen.

Heute geht der Kampf darum, das Eroberte zu verteidigen und den Achtstundentag international gesetzlich festzulegen. In den nächsten Monaten wird die Entscheidung in vielen Ländern fallen. Daher ist der 1. Mai in so hohem Maße wie nur je gewidmet der

Demonstration für den Achtstundentag.

Zehn Jahre sind vergangen, seit das Unheil des Weltkriegs zum Ausbruch kam. Zehn Jahre — aber der Friede ist noch immer nicht da. Noch bluten die Wunden, die der Krieg geschlagen, noch sind die zerstörten Wohnstätten nicht wiederaufgebaut, noch ist die Produktion nicht in vollem Gange, noch steht die Welt unter dem unmittelbaren Eindruck, daß außer den zwölf Millionen Toten, die dem Kriege zum Opfer gefallen sind, Millionen von Krüppeln, Millionen von Hungernden und Darbenden, Millionen von Arbeitslosen als

lebendige Zeugen gegen den Wahnsinn des Krieges

in unsrer Mitte sind. Und trotz alledem wagt sich der Gedanke an neue Kriege schon wieder hervor. Poincarés Ruhrbesetzung und Ludendorffs Revanchephantasien beweisen, wie wenig die Imperialisten auf beiden Seiten der Front gelernt haben. Und noch viel offener erörtert man die Möglichkeit eines Krieges auf dem Balkan, der schon einmal das Vorspiel der Weltkatastrophe gewesen.

Die Friedensdiktate der imperialistischen Sieger haben die Probleme nicht gelöst. Die Prinzipien der Demokratie, des Selbstbestimmungsrechts der Völker haben ihre Schuldigkeit als Propagandamittel im Kriege getan und sind nun zum alten Eisen geworfen. Gegenüber der unheilvollen Verblendung der Imperialisten wird die Arbeiterklasse in diesem Gedenkjahr immer wieder den Ruf erschallen lassen:

Nie wieder Krieg!

Vor sechzig Jahren wurde in London die Internationale des Weltproletariats gegründet. Zweimal ist sie geschlagen worden: dem Deutsch-Französischen Kriege von 1870 fiel der erste Versuch, dem Weltkrieg der zweite Versuch der internationalen Organisation des Proletariats zum Opfer. Aber immer von neuem drängt sich mit unwiderstehlicher Gewalt die Notwendigkeit der

internationalen Geschlossenheit der Arbeiterklasse

auf. Der Sozialistischen Arbeiterinternationale ist es in dem Jahre seit ihrer Gründung in Hamburg gelungen, die großen Massen der sozialistischen Arbeiterschaft in ihren Reihen zu sammeln und den Boden zu schaffen, von dem aus gemeinsame internationale Aktionen des Weltproletariats möglich werden. Als erste große Heerschau des sich wieder einigenden Weltproletariats rufen wir euch auf zur kraftvollen Demonstration am 1. Mai.

Für die internationale Festlegung des Achtstundentags!

Gegen Kriegshetze und Kriegsgefahr!

Für die internationale Aktion des sozialistischen Weltproletariats!

Für die Geschäftskommission der Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Friedrich Adler.

Notizen.

Zähes Ringen um den Achtstundentag der Werftarbeiter. Am Ostersonnabend hatten die Hamburger Werftbesitzer zur Arbeitsaufnahme auf den Werften am Mittwoch unter den von ihnen diktierten Bedingungen, die u. a. den Neunstundentag festsetzten, aufgefordert. Die seit 8 Wochen ausgesperrte Werftarbeiterschaft nahm am Dienstag in drei überfüllten Versammlungen zu diesem Diktat der Unternehmer Stellung und lehnte es einstimmig ab. Am Mittwoch morgen, an dem die Unternehmer die Betriebe geöffnet hatten, sammelten sich ausgesperrte Arbeiter an den Werfteingängen. Beim Signal zur Arbeitsaufnahme machten sie aber demonstrativ kehrt. Von etwa 15 000 Arbeitern haben nur 50 die Arbeit aufgenommen. Nach diesem Fehlschlag des Unternehmerdiktats bleibt abzuwarten, ob der Verband der Eisenindustriellen seine Drohung auf Aussperrung der Gesamtarbeiterschaft der Metallindustrie der Wasserkante wahr machen wird. —

Lohnerhöhung im Ruhrbergbau. Nach Verhandlungen mit den beteiligten Tarifparteien im Ruhrbergbau, die in Essen stattfanden, wurde am Mittwoch ein Schiedsspruch dahingehend gefällt, daß ab 14. April der tarifliche Zimmerhauer-Spitzenlohn von 4,70 auf 5,40 Mark erhöht wird; die übrigen Löhne ändern sich entsprechend. Die Parteien sollen sich bis nächsten Montag zu diesem Schiedsspruch erklären. —

Quidde und Macdonald. In der bürgerlichen Presse wird seit Tagen das Gerücht verbreitet, Professor Quidde sei auf Veranlassung der englischen Regierung aus der Haft entlassen worden. Nachdem auch der aus dem Hitler-Prozeß bekannte Justizrat Kohl im Verfahren gegen die Hitler-Gardisten auf das Gerücht Bezug genommen hatte, wird die Nachricht nunmehr amtlich widerrufen. Richtig ist, daß der englische Premierminister Macdonald sich am 28. März nach dem Geschick des Professors Quidde bei der deutschen Regierung erkundigt hat. Zu dieser Zeit war aber Professor Quidde nicht mehr in Haft, da der Haftbefehl schon am 21. März mangels Fluchtverdachts aufgehoben worden war. —

Todesurteile in Odessa. Nach einer Meldung der Londoner „Times" hat das Revolutionstribunal in Odessa vier Männer namens Kowalenka, Kniaskow, Molinati und Romarow sowie eine Frau Naidonowa wegen Spionage zugunsten Polens zum Tode verurteilt. Fünf andre Angeklagte erhielten langjährige Kerkerstrafen. Die Verurteilten sind zum größten Teil Offiziere. In Tiflis wurde der Direktor einer Landeskonsumgenossenschaft namens Gorgias wegen wirtschaftlicher Spionage zum Tode verurteilt. —

Depeschen.

Helfferich tot.

Wb. Bellinzona, 24. April. Der deutsche Konsul in Lugano teilt mit, daß aus den aufgefundenen Ausweispapieren festgestellt ist, daß sich Dr. Helfferich und seine Mutter unter den Opfern des Eisenbahnunglücks befinden. —

Bauarbeiteraussperrung in Berlin.

Wb. Berlin, 24. April. Wegen des Streiks der Berliner Zimmerleute infolge von Lohn- und Arbeitszeitdifferenzen haben die Berliner Bauunternehmer für Sonnabend die Aussperrung aller Arbeiter des Baugewerbes beschlossen. —

Landarbeiterstreik.

Wb. Berlin, 24. April. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts" aus Königsberg in Preußen sind in den Kreisen Königsberg und Fischhausen die Landarbeiter in den Ausstand getreten. Die Notstandsarbeiten wie die Viehwartung werden von den Streikenden ausgeführt, dagegen ist die Bestellungsarbeit auf den Feldern eingestellt. Die Technische Nothilfe hat ihre Mitglieder zur Ackerbestellung auf den bestreikten Gütern aufgerufen. —

Ein Grundstein gestohlen.

Wb. Berlin, 24. April. Am Ostersonntag fand in Darmstadt die Grundsteinlegung zweier katholischer Kirchen in Anwesenheit des Bischofs von Mainz statt. Wie das „Berliner Tageblatt" meldet, haben in der letzten Nacht unbekannte Täter einen Grundstein gestohlen. —

Belgien drückt auf Poincaré.

Paris, 24. April. Das Brüsseler Kabinett äußerte plötzlich den Wunsch, unverzüglich mit Poincaré zu verhandeln. Der Berichterstatter des Blattes sieht die Ursache in der Rede Macdonalds in York, in einer Unterredung des belgischen Außenministers mit dem belgischen Botschafter in London und in der Rede des Präsidenten Coolidge. Er glaubt, daß die belgischen Minister Theunis und Hymans bei Poincaré zum Ausdruck bringen werden, daß man die gebotene Gelegenheit, die deutsche Anleihe in Amerika zum Gelingen zu führen, bei den Haaren ergreifen müsse. England und Amerika müßten zu diesem Zwecke gewonnen werden.

Wenn die belgischen Minister mit Poincaré gesprochen haben, würden auch sie Gelegenheit suchen, mit Macdonald zu verhandeln. Sie würden bei ihm den französisch-belgischen Standpunkt vertreten, daß die Lockerung des wirtschaftlichen Druckes im Ruhrgebiet der Organisierung eines neuen Pfändersystems unterworfen werden müßte und daß die militärische Besetzung nicht verändert, sondern nur abgemildert werden könnte.

Unerreicht billig!

Elegante Damen-Halbschuhe in den entzückendsten Formen Lack — braun — schwarz usw.

Imit. Wildled.-Halbschuhe braun und schwarz 4.75

Herren-Stiefel Rindbox 9.90

Herren-Halbschuhe alle Preislagen

Ledersandalen 25 u. 26 2.50 23 u. 24 2.35

Kinder-Stiefel braun 21 u. 22 2.95 18–20 2.50

Kinder-Stiefel schwarz 23 u. 24 3.95 20–22 2.50 18–21 1.95

Weiße Schuhe – Sandalen – Turn-, Reise- und Hausschuhe – Pantoffel
größtes Sortiment.

Schuhwarenhaus
Albert Himmelstern
Buckau, Schönebecker Str. 94b

Achtung! Achtung!

Emaille-Verkauf

Verkaufe bis auf weiteres einen
großen Posten Emaille-Geschirr
zu spottbilligen Preisen. 246

Fritz Gärtner — bei — Silbermann
52 Halberstädter Straße 52.
Geöffnet: vorm. 9–12, nachm. 2–5 Uhr.

Zigarren
Stück von 5 ₰ an, jede Marke ein Schlager
Zigaretten
Stück von 1½ ₰ an, nur bekannte Marken
Tabake
50 Gramm von 20 ₰ an
Feinste Shagtabake von 30 ₰ an

Robert Freye
Zigarrenfabrik und Großhandlung
Buckau, Schönebecker Str. 94c
Reelle Bezugsquelle für Wiederverkäufer
Lagerbesuch lohnend!

Billigste Fleischofferte!

Freitag und Sonnabend offeriere:

Schweinefleisch	Pfund	60–95 ₰
Hammelfleisch	Pfund	65–85 ₰
Kalbfleisch	Pfund	55–75 ₰
Ochsenfleisch	Pfund	65–80 ₰
Gehacktes Rindfleisch	Pfd.	60–70 ₰

Richard Bosse, Gr. Marktstraße 20.

Zentralverband d. Zimmerer
Zahlstelle Magdeburg u. Umgegend

Am Freitag den 25. April
nachmittags 5 Uhr
im Diamantbräu
Gr. Mitgliederversammlung
Erscheinen sämtlicher Kameraden ist Pflicht.
261 Mit Gruß Der Vorstand.

Ortsgruppe Wilhelmstadt
des
Mieter-Vereins Groß-Magdeburg (E. V.).
Freitag den 25 April, abends 7½ Uhr
Mitglieder-Versammlung
in der Schule (Zeichensaal) Spielgartenstr.
Thema: 243
Stellungnahme der Mieter zu den Wahlen.
Eingeführte Gäste willkommen! Der Vorstand.

Wählen Sie richtig Bettwäsche

wenn Sie Ihren Bedarf an Bettwäsche usw. decken wollen.

Unsre 8 wirklich extra billigen Ultimotage in der Zeit vom 25. April bis 3. Mai 1924

bieten Ihnen eine besonders vorteilhafte Gelegenheit dazu. Ueberzeugen Sie sich bitte selbst von der Qualität und Billigkeit unsrer Artikel.

Deckbettbezüge	nur gute, haltbare Qualität, aus Nessel, Renforcé und Edeltuch	5.95	6.75	7.75 usw.
Kissenbezüge	in dazu passender Qualität	1.85	2.15	2.50 usw.
Bettlaken	cuve, kräftige Qualität, aus Nessel, Haustuch und Dowlas	2.75	3.50	4.25 usw.
Hemdentuche	in fein- und starkfädig	0.85	0.95	1.10 usw.
Linons u. Louisianatuche	für Leib- u. Bettwäsche	0.88	1.00	1.20 usw.
Inlette farbecht und federdicht	Kissenbreite	1.65	1.95	2.25 usw.
	Deckbettbreite	3.45	3.95	4.50 usw.
Handtücher	für Stube und Küche, in Gerstenkorn, Drell und Jacquard	0.88	1.00	1.25 usw.

Extra-Angebote! Extra-Angebote!

Ca. 200 Garnituren	Oberbett mit 2 Kissen aus prima Renforcé	Mk. 9.90
Ca. 200 Garnituren	Oberbett mit 2 Kissen aus bestem Edeltuch	Mk. 11.50
Ca. 200 Garnituren	Oberbett mit 2 Kissen aus prima Louisianatuch	Mk. 12.75
Ca. 200 Garnituren	Oberbett mit 2 Kissen aus bestem Linon	Mk. 14.50
Ca. 100 Deckbettbezüge	bunt, in vielen Mustern, aus besten Qualitäten, da einzeln, bedeutend herabgesetzt . 1. Wahl Mk. 7.90 2. Wahl Mk. 8.90	

Nur solange der Vorrat reicht. Zuvorkommendste Bedienung.
Geöffnet von ½9 bis ½7 Uhr.

Neue Ulrichstr. 4 **Meyer & Co.** Ulrichsbogen

Wo du hingehst — —

fragte die Freundin beim Kaffeetrinken und sandte zur reizenden Kränzchen-Wirtin, deren Kochkunst berühmt war:
„Dein Kaffee schmeckt uns immer am besten"
— „Ich gebe Dir den Rat, hole wie ich nur den bekannten unübertrefflichen **Derfla-Kaffee**; dieser Name des feinsten Bohnenkaffees ist patentamtlich geschützt allein für die Firma:

Alfred Beckmann
1: Auf dem Königshof 2: Breiteweg 35
167 gegenüb. Alte Ulrichst.

Extra billiges Angebot!

Empfehle in guten Qualitäten:

Zigarren . . . . von 7 Pf. an
Zigaretten goldgelb . 1½ Pf.
Rauchtabak . von 25 Pf. an
Schäg goldgelb. von 30 Pf. an
Schwarzer Krauser 25 Pf.
Kautabak . . . . . 15 Pf.

— Wiederverkäufer Rabatt. —

H. Ahlemann
Große Münzstraße 14
gegenüber der städtischen Sparkasse.

Große öffentliche
Mieter-Protestversammlung.

Sonntag den 27. April, vormittags 10 Uhr, im „Hofjäger", spricht **Reichstagsabgeordneter Silberschmidt (Berlin)** über

Die Ungerechtigkeit der Hauszinssteuer und die dritte Steuernotverordnung.

Mieter Magdeburgs! Der Feind steht vor den Toren. **Protestiert** gegen die **Hauszinssteuer.** Die Gegner der Mieter, die **Hausbesitzer** und **Steuerdrückeberger** jubeln.

Die freie Mietenwirtschaft

tritt ein, sie entlastet die Reichen und belastet die Armen. **Wehrt euch,** erscheint in Massen!

Mieterverein Groß-Magdeburg E. V.
Vorsitzender: Stadtrat W. Ritzschke.
Eintritt 30 Pfg. Mitglieder gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuchs 10 Pfg.

Die Schule beginnt!

Als besonders preiswert empfehle:

Schul-Anzüge
von 7.50 Mark an.
Einzelne
Knaben-Hosen
aus guten Stoffresten, Manchester, Pilot.

Ehrenfried Finke
Breiteweg 125/126, an der Katharinenkirche.

Beste u. billigste Bezugsquelle für **Sprechmaschin.** aller Art.
Reichhalt. Lager v. Schallplatten, Künstlerplatten — neuste Schlager. Sämtliche Zubehörteile billigst.
Müllers Sprechmaschin-Haus, G. m. b. H.
nur Apielstraße 6,
gegenüb. Walhallatheater.
Eigne mech. Reparaturwerkst.

Jeder Radfahrer
der genußreiche Wanderfahrten in die Umgebung Magdeburgs unternehmen will
kauft sofort
Franz Heimbergers
„Auf stählernem Roß".
20 Wanderfahrten. Mit einer Uebersichtskarte und vielen Kartenskizzen. — Zu beziehen durch jede Zeitungsträgerin und durch die
Buchhandlung Volksstimme,
Magdeburg, Gr. Münzstraße 3.

Gehen Ihre Uhren nicht?
Reparaturen gut u. billig. Fr. Pöllnitz, Uhrmacher, Schönebecker Straße 9a. 5

Klucowasch ist wohlbekannt Ueberall in Stadt und Land.

ZdA

Zentralverband der Angestellten
Große Münzstraße 7

Die Jugendabteilung im Zentralverband der Angestellten ladet alle männlichen und weiblichen

Kaufmanns-Lehrlinge

und deren Eltern zu einer am Sonntag den 27. April 1924, nachmittags 5 Uhr, in der Aula der Viktoriaschule, Fürst-Leopold-Straße (an der Sternbrücke) stattfindenden

Jugend-Feierstunde

ein. — Darbietungen: Musik, Gesang, Rezitationen und Ansprache: „Warum gehörst du zu uns?" — Eintritt frei.

Jugend-Abteilung
in Zentralverband der Angestellten, Magdeburg.

KVM

Konsumverein
für Magdeburg und Umgegend. E. G. m. b. H.

Frisch eingetroffen:

Ia. Rinder-Gefrierfleisch

Kochfleisch 45 ₰, Roastbeef 55 ₰, Braten u. Gehacktes 70 ₰ pro Pfd.

Frisches Schweinefleisch

prima Qualität, Bauch, Nacken, Karbonade 90 ₰ pro Pfund.

Außer in den Schlachterläden findet der Verkauf des Schweinefleisches noch in folgenden Lagern statt:

Alte Neustadt: Magdeburger Straße (Zentrale), Ottenbergstraße 14, Ottenbergstraße 48, Hohepfortestraße
Sudenburg: Westerhüser Straße, Kurfürstenstraße, Wolfenbütteler Straße, Halberstädter Straße 120, Gartenstadt Neuerm
Altstadt: Georgenstraße, Altes Brückter, Peterstraße, Otto-von-Guericke-Straße 58
Wilhelmstadt: Olvenstedter Straße, Lützowstraße
Buckau: Neue Straße 14, Sudenburger Straße 17
Südost in sämtlichen Lagern
Ferner in den Lagern in Cracau, Roßlauer Straße, Turmschanzenstraße, Diesdorf.

Fleisch- und Wurstwaren

in bekannter Güte und unter billigster Preisstellung.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 24 April 1924.

Der Schrebergärtner am 4. Mai.

Es wird viel von Volk und Vaterland geschwätzt in „nationalen" Versammlungen und Zeitungen. Ob freilich das Volk etwas vom Vaterland besitzt, danach wird nicht gefragt. Tatsächlich haben von den Millionen arbeitender Männer, die „Haus, Herd und Land" verteidigt haben, sehr viele nicht einmal ein Heim, in dem sie leben können. Die Sozialdemokratie hat nicht geschwätzt, sie hat gehandelt. Ihr Ziel war, dem deutschen Volke praktisch das deutsche Land zu erobern. Die erste Tat war die Aufnahme des Artikels 155 in die Weimarer Verfassung, der zur Befriedigung des Wohnbedürfnisses Enteignung des Grundbesitzes, Förderung der Siedlung vorsieht. Die Parteien der Schiele und Martin und der deutschvölkischen Großagrarier haben mit allen Ränken und Schlichen die Durchführung zu verhindern gesucht. Die Sozialdemokraten in den Ländern und Gemeinden hatten einen dauernden schweren Kampf zu führen, um den kleinen Leuten ein Stück Erde, eine gesunde Unterlage für die Hauswirtschaft zu verschaffen. Neben den Widerständen der Interessenten und Grundbesitzer waren allgemein-volkswirtschaftliche Hindernisse zu überwinden. Die Sozialdemokraten verfolgten aber unbeirrt ihr Ziel. Sie stellten zur Ergänzung des Siedlungsartikels in der Verfassung einen Antrag, der Richtlinien für die praktische Ausführung gibt. Wir entnehmen diesem Antrag folgende Sätze, die sich im besondern auf erpachtete Gartenparzellen beziehen:

Zur Versorgung der landbedürftigen Bevölkerung mit Pachtland ist ein Kleinpachtlandgesetz für das ganze Reich zu erlassen (§ 8 der Kleingarten- und Kleinpachtschutzordnung), wie solche Gesetze bereits in Braunschweig, Hamburg, Lippe, Schaumburg-Lippe und Bremen mit gutem Erfolg erlassen worden sind.

Die bestehenden Kleingärten sind zu schützen, die Anlage neuer Kleingärten ist zu fördern. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen ist die dauernde Anlage von Kleingärten von vornherein zu berücksichtigen.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände sollen verpflichtet sein, bei vorhandenem Bedürfnis für Heimstätten- und Gartenland besondere Teile ihres Gebiets zu Siedlungsbezirken zu erklären. Innerhalb dieser Bezirke sollen sie das Recht haben, die zum Bau von Heimstätten, zur Anlage von Gärten und für öffentliche Zwecke notwendigen Grundstücke, falls sie sie nicht freihändig erwerben können, zu enteignen. Die Entschädigung ist auf Grundlage des Steuerwerts der Grundstücke zu berechnen. Die Enteignung von kleinem Grundeigentum, das der Eigentümer selbst gärtnerisch oder landwirtschaftlich nutzt, soll innerhalb dieser Bezirke nur zulässig sein, wenn Grundstücke von gleicher Ertragsfähigkeit als Entschädigung angeboten werden. Zur Durchführung solcher Heimstätten- und Gartenlandpolitik steht den Gemeinden (Gemeindeverbänden) das Vorkaufsrecht und in allen Fällen des dringenden öffentlichen Bedürfnisses insbesondere zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Anlage von Bebauungsplänen das Enteignungsrecht zu.

Durch ein alsbald zu erlassendes Bodenbewertungsgesetz ist auf der Grundlage des Steuerwerts eine Norm aufzustellen, die für alle aus der Siedlungsgesetzgebung entspringenden Enteignungen und Verkaufsbetätigungen maßgebend ist.

Dieser Antrag wurde im alten Reichstag gestellt, von den bürgerlichen Parteien aber abgelehnt. Die sozialdemokratischen Stimmen im Reichstag reichten nicht aus, um den Antrag durchzusetzen. In den Einzelstaaten und Gemeinden, wo Sozialdemokraten über ausreichenden politischen Einfluß verfügen, hat man trotzdem im Sinne dieses Antrags zu handeln gesucht. In Anhalt hat man ein Grundwertsteuergesetz geschaffen, das nicht nur eine tiefgehende Reform des Steuerwesens bedeutet, sondern auch eine Regelung der Preisbestimmung im Handel mit Grund und Boden. Außerdem sind dort 22 000 Morgen Land kleinen Leuten vermittelt worden.

In jeder Gemeinde wurde von den Sozialdemokraten dahin gewirkt, daß Land für Kleinpächter und Kleingärtner zur Verfügung gestellt werden konnte. In einer Großstadt wie Magdeburg stellen sich solch einem Bestreben naturgemäß die größten Hindernisse entgegen. Erstens steht hier Land nur in begrenztem Umfang zur Verfügung, zweitens verdrängt die Stadt selbst, die beständig im Wachsen ist, manch einen Kleingärtner von seinem Platz. Aber die Tatsache ist nicht aus der Welt zu bringen, daß sich die Zahl der Schrebergärten in Magdeburg verdreifacht hat in den letzten 5 Jahren. Sie ist gestiegen von etwa 7000 auf 20 000. Um jede neue Parzelle mußte gekämpft werden. Wenn die Sozialdemokraten in den betreffenden Kommissionen nicht mit aller Kraft für die Kleingärtner eingetreten wären, hätte es die Parzellen nicht gegeben.

Wenn am 4. Mai in der Reichstagswahl und in der Stadtverordnetenwahl die bürgerlichen Parteien siegen, ist Schluß mit der Bodenreform und dem Schutz des Kleingartenpächters. Die Schrebergärtner mögen das bedenken und am 4 Mai auf den Wahlzetteln die richtige Partei ankreuzen. Auf beiden Stimmzetteln ist sie in der Ecke oben rechts angegeben: die Vereinigte Sozialdemokratie. —

Rüstet zur Maifeier

Morgens 8 Uhr

allgemeiner Spaziergang nach dem Klosterbergegarten.

Vormittags von 9 bis mittags 1 Uhr

Konzert — Spielen der Kinder auf der Wiese — Sportliche Vorführungen.

Teilnehmerkarten à 30 Pfennig sind bei den Vertrauensmännern, Buchhandlung Volksstimme und im Sekretariat, Große Münzstraße 3, zu haben.

Die Gebühren für Einäscherungen.

Von der Pressestelle des Magistrats wird uns geschrieben:

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung Berlin, Bezirksleitung Magdeburg, hat vor kurzem bekanntgegeben, daß er die Leichen seiner hier verstorbenen Mitglieder zur Einäscherung wieder den Krematorien Dessau und Braunschweig zuführen wird mit der Begründung, daß die hier zur Erhebung kommenden Einäscherungsgebühren zu hoch seien. Zur Klarstellung des Sachverhalts ist folgendes anzuführen:

Es mag zutreffen, daß in andern Krematorien niedrigere Gebührensätze erhoben werden. Dies wird namentlich in solchen Feuerbestattungsanlagen der Fall sein, in denen täglich eine größere Anzahl von Verbrennungen stattfinden, wodurch ohne weiteres die Rentabilität der Anlage gesichert ist. Bei der bisher noch sehr geringen Inanspruchnahme unsrer hiesigen neuen Anlage sieht sich der Magistrat gezwungen, zunächst die Gebühr noch in solcher Höhe zu erheben, wie sie gesetzmäßig vorgeschrieben ist. Nach § 4 des preußischen Feuerbestattungsgesetzes vom 14. September 1911 sollen die Einäscherungsgebühren so bemessen sein, daß sie die Kosten der Errichtung einschl. Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals sowie die Erhaltung und die Verwaltung der Anlage decken. Es ist daher nicht angängig, die Gebühren willkürlich festzusetzen. Gesetzlich unzulässig ist es aber, die Gebühren so zu bemessen, daß die Kosten der Feuerbestattung unter die der Erdbestattung herabsinken.

Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß die Einäscherungsgebühren in Dessau für Auswärtige — und als solche kommen die von Magdeburg nach dort übergeführten Leichen in Betracht — wesentlich höher sind als hier. Hinzu treten bei auswärtigen Verbrennungen die Transportkosten, die sich für eine Ueberführung mit Kraftwagen nach Dessau auf etwa 100 Goldmark, nach Braunschweig auf 150 Goldmark, mit der Eisenbahn nach Dessau auf 55 Goldmark, nach Braunschweig auf etwa 75 Goldmark stellen. Es ist weiter zu berücksichtigen, daß für die Angehörigen, die an der Trauerfeier teilzunehmen beabsichtigen, ebenfalls noch Reisekosten und sonstige Ausgaben entstehen, die weitern werden durch die Rückführung der Aschenreste wieder neue Kosten erwachsen, die bei Einäscherungen am Orte wegfallen dürfte somit als erwiesen gelten können, daß die Einäscherung hier Verstorbener im hiesigen Krematorium auf dem Westfriedhof weit billiger zu stehen kommt, als in einer auswärtigen Feuerbestattungsanlage.

Es ist selbstverständlich, daß bei voller Ausnutzung des Betriebes des Magdeburger Krematoriums eine Verbilligung der Kosten erreicht werden kann. Sobald die Inanspruchnahme des hiesigen Krematoriums reger wird, wird auch der Magistrat nicht abgeneigt sein, eine Revision der Gebührenordnung in Erwägung zu ziehen. —

Die unberechtigt hohen Preise.

Die Preise für die Industrieprodukte stehen heute trotz der niedrigen Löhne immer noch über Friedenspreis. Die deutschen Produzenten entschuldigen diese Tatsache stets mit dem Hinweis auf die Weltmarktpreise. In einem längern Artikel des Handelsteils der bürgerlich-kapitalistischen „Vossischen Zeitung" setzt sich ein Mitarbeiter dieses Blattes mit diesem sehr bequemen Hinweis auseinander und schreibt unter der Ueberschrift „Das Dogma der Weltmarktpreise" u. a.:

Schließlich ist doch die Intelligenz und Tüchtigkeit des deutschen Kaufmanns in den letzten 10 Jahren nicht geringer geworden. Viel eher scheint es sich hier um eine gewisse Bequemlichkeit, um ein Nachgeben gegenüber Faktoren, deren Ueberwindung mit Schwierigkeiten verbunden ist, zu handeln. Es ist heute zudem viel leichter, das Risiko der Konjunktur auf den Konsumenten abzuwälzen. Der Wettbewerb ist in Deutschland, namentlich infolge der Kriegswirtschaft, welche die einzelnen Wirtschaftskörper fester denn je zuvor zusammenschloß, viel geringer geworden, um nicht zu sagen, völlig ausgeschaltet. Es gibt nur wenige Betriebe, sei es kaufmännischer oder industrieller Art, deren Trachten darauf geht, durch geschickte Operationen beim Einkauf oder andre geeignete Maßnahmen die Konkurrenz zu überflügeln. Das Dogma der Weltmarktpreise wird nachgebetet, und die Folgen hat der letzte Verbraucher zu tragen.

Und darüber hinaus gewinnt man vielfach den Eindruck, daß von deutscher Seite nicht einmal der Versuch gemacht wird, die Preise auf den Weltmärkten in Käufers Interesse zu beeinflussen. Wer die ausländischen Berichte über die Vorgänge auf den verschiedensten Märkten und Gebieten des Welthandels aufmerksam verfolgt, muß zu seinem Erstaunen erfahren, daß alle andern als Bieter auftretenden Länder von einem leisen Schauer erfaßt werden, wenn sie erfahren, daß die Deutschen als Käufer im Markte sind. So bekannt ist bereits die Nachgiebigkeit deutscher Einkäufer gegenüber den Forderungen der Eigner, daß in manchen Fällen ihre Anwesenheit genügt, um die Preise in die Höhe zu treiben. Um nur ein Beispiel anzuführen, wird von der letzten Sumatra-Tabakeinschreibung in Amsterdam berichtet, daß zu den dortigen Preistreibereien deutsche Firmen mit ihrem dringlichen Bedarf viel beitrugen, so daß phantastisch hohe Preise erzielt wurden. So kommen dann die beweglichen Klagen über hohe Weltmarktpreise zustande.

Also immer feste drauf los. Man gibt sich gar keine Mühe, den Weltmarktpreis zu drücken, sondern zahlt jede Forderung in der Voraussicht, daß sich alles wieder auf die deutschen Verbraucher abwälzen läßt. Dann diktiert man den Preis, wozu also sich unnötig in geistige Unkosten stürzen. Sehr richtig sagt der Artikel der „Vossischen Zeitung" zum Schluß, daß die Preise zu einem guten Teil so hoch sind, weil in Deutschland von den Produzenten so unüberlegt gewirtschaftet wird. Wenn damit Schluß gemacht wird, wenn rationell und planmäßig gewirtschaftet wird, ist sehr wohl und ohne große Schwierigkeiten eine Herabsetzung der Preise für die Industrieprodukte möglich. —

Staatsanwalt Jordan.

Roman von Hans Land.

(18. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Das Erlebnis, das Herta Heckers Namen trug, fing an, verheerende Wirkung in Jordans gesamtem Leben zu betätigen. Es raubte ihm den Schlaf, hielt seine Nerven in peinvoll zitternder Unruhe, stahl ihm jede Festigkeit, die vordem sein verläßlichster Panzer im Kampfe des Lebens gewesen.

Es fraß an Jordans Herzen, daß er Beleidigungen entehrendster Art von einem Manne erlitten und sühnelos mit sich herumschleppte. Er fühlte sich entwurzelt, haltlos, erschlafft, wenn neue Akten auf seinen Arbeitstisch gelangten. Denn auch in seiner Amtsführung war er unsicher geworden.

Er führte die Anklagen jetzt schlaff und ohne Fanatismus. Da er immer in der Befürchtung war, zu große Strenge anzuwenden, entglitt ihm die Unbeirrbarkeit des Urteils.

Seine Hand war unsicher geworden. Der Fluch des jungen Malers wirkte sichtlich stark.

Diese Gemütsverfassung sah heute — acht Tage nach Empfang des Malerbriefes — schon einem Niederbruch verzweifelt ähnlich. Rosalindens scharfes Auge entdeckte rasch den fortschreitenden Verfall. Sie alarmierte den Arzt, der eine Nervenschwäche diagnostizierte und einen Winterurlaub verordnete.

Jordan ergab sich drein und forderte einen dreiwöchigen Urlaub zu Weihnachten. Aber bis dahin waren noch gute fünf Wochen, und auch dieser Termin erschien dem Bedrängten so völlig entrückt und unerreichbar fern. . .

Aus der Verstörung seiner Seele aber kristallisierte sich wie aus brodelnden Hexendämpfen ein fressende, brennende, bohrende Sehnsucht nach dem Gegenstande, der Ursache — dem Anlaß all dieser blutigen Wirrnis — nach Herta Hecker selbst.

Oft war Jordan daran, direkte Nachforschungen nach dem Verbleib des Mädchens anzustellen, die veränderte Adresse ihres Vaters herauszubekommen, aber die Willensschwäche, die wie ein entnervendes Fieber über ihn gekommen war, hielt ihn auch von diesem Schritte und dessen Ausführung ab.

So oft er in schlaflosen Nächten zu dem Entschluß kam, Herta Hecker in Berlin aufspüren zu lassen, der graue Morgen, der diesen Nächten folgte, ließ ihn dann jedesmal von jedem Schritte zaghaft abstehen.

Denn wie Jordan auch nach einem Wiedersehen mit Herta Hecker dürstete, in gleicher Weise zitterte er davor. Denn er ahnte, daß von diesem Mädchen eine feindliche Kraft gegen ihn ausging.

Der Tag, an dem er ihr zum ersten Male an Gerichtsstelle begegnet war, war ihm zum Wendepunkt seines Schicksals geworden. Wie ein Dämon war sie in sein Leben eingedrungen und hatte darin mit teuflischer Gewalt zu zerstören begonnen.

Er fürchtete sie. Das fühlte er.

Es geschah ihm nun, daß er im Straßengewühl der Weltstadt jäh zusammenfuhr, wenn aus den drängenden Massen eine hochgewachsene Blondine auftauchte und seinen Weg kreuzte. Dann stockte ihm der Atem, und sein Herz klopfte ihm bis in den Hals hinauf.

Und dennoch — jedesmal, wenn seine Angst ihn getäuscht — und eine Fremde — Unbekannte — Niegesehene, nur in den Umrissen Aehnliche an Stelle Herta Heckers vorüberzog — dann ergriff Enttäuschtheit und tiefe Traurigkeit von ihm Besitz. In jedes vorüberrasende Automobil warf er spähende und suchende Blicke. Immer glaubte er, die Gesuchte plötzlich zu sehen.

Ja — er sehnte sich krank nach ihr und zitterte zugleich vor einer Begegnung.

Denn Jordan wußte vorerst nicht im entferntesten, in welcher Weise er sich bei einem etwaigen Zusammentreffen mit dem Mädchen verhalten, wie er ihr überhaupt nahen sollte. Das Gefühl der Verantwortlichkeit für ihr ferneres Schicksal formte ihm endlich einen Plan für sein ferneres Verhalten.

Er gedachte die Adresse des Vaters ausfindig zu machen und durch dessen Vermittlung der Herta einen Brief zuzustellen, der eine Verbindung zwischen ihm und ihr anbahnen sollte.

Eine Verbindung? Welcher Art?

Nun eben zu dem Zwecke, diesem Verantwortlichkeitsgefühl nachzugeben und Schritte zu ermöglichen, die ihm entsprächen.

Jordan konnte nur den Versuch wagen, das Mädchen zu einer Rückkehr zu ihrem Verlobten nach Budapest zu veranlassen.

Versuchen konnte er das. Dies wäre auch ein Schritt, der Jordans Position gegenüber dem Ungarn bezeichnete und festlegte.

Er — der Staatsanwalt — ließ sich von den leidenschaftlichen Verwünschungen eines Unglücklichen nicht in Harnisch bringen. Er nahm sie als die Aeußerungen eines vor Weh und Leid Fassungslosen mit Achselzucken hin.

Aber anstatt auf die Tonart eines Rasenden einzugehen, versuchte der Ueberlegenere, der Reifere, soviel an ihm war, an dem Geschehenen nach Möglichkeit wieder gutzumachen.

Es war eine gute Tat — trotz alledem, wenn er versuchte, den Riß zwischen dem jungen Paare wieder zuzuziehen und die Getrennten wieder zu vereinigen.

Mochte Herr Lokatos das immerhin als ein Zeichen der Furcht und der Schwäche auf Jordans Seite deuten.

Gelang der Plan, so würde der Ungar dennoch vermutlich für Jordan ein ebenso überschwengliches Dankgefühl empfinden wie heute giftigen Haß. Gelang es nicht, so hatte Jordan das Seinige getan, eine unglückliche Geschichte in ihrer schlimmsten Konsequenz noch zum Guten zu lenken und ein gefährdetes junges Ding vom Abgrund zu retten.

Hier war ein Plan, hier war ein Weg.

Aber Jordan ging ihn nicht.

Auch hier wieder nahm die Zwiespältigkeit seines Empfindens ihm jede Kraft zum Entschluß. Denn Jordan war sich klar, daß er alles das sich nur vorspiegelte.

Bei Gott. — Er wäre der rechte Brautwerber für den Maler gewesen, er, der doch selber dieses Mädchen heiß begehrte.

Denn was sonst war es wohl, als Begehren, daß der Gedanke, Herta war wieder in der Stadt, ihm alle Ruhe nahm.

Es war so, es war so — er dürstete nach ihr.

Dieses Martyrium war über ihn gekommen.

Das war das einzige, was in der Wirrnis seines ganz verstörten Seelenlebens klar und erkennbar geblieben war.

Je klarer aber diese Leidenschaft sich nun herausgebildet hatte, um so tiefer bangte Jordan vor dem Augenblick, da er dem Mädchen gegenübertreten würde.

Welche Marter würde sie wohl über ihn verhängen, wenn sie erst wüßte und erführe, daß ihr Macht über ihn gegeben sei? Ueber diesen Mann, den sie wohl sicherlich am glühendsten unter allen Menschen auf Erden haßte.

Sah Jordan sie nicht wieder, so hatte er die Hoffnung, dieses Bangens wieder ledig und frei zu werden.

Sah er sie wieder — das fühlte er — so war es um seinen Widerstand geschehen.

Welch ein Schicksal traf ihn da?

O, wenn er das bedachte — so recht klar und ruhig bedachte, ein sehr logisches und fast mathematisch folgerichtiges. Aus einer Beamten- und Offiziersschicht entsprossen — auch waren viele Geistliche in der Familie — hatte Jordan zeitlebens in der strengsten Korrektheit gelebt. Er heiratete bereits als Referendar diese ebenso korrekte, kühle und bigotte Rosalinde.

Nie im Leben hatte Jordan das kennengelernt, was die Menschen Rausch und Leidenschaft nennen. Das waren ihm immer teuflische Kräfte gewesen, die man am besten mied.

In seiner langen Laufbahn bei den Strafkammern hatte Jordan gesehen, wie dicht neben den Leidenschaften die Verirrungen standen und oft hinter dem Rausche das Verbrechen kam. Und dennoch — jetzt, in seinen reifen Jahren, kam oft der Angstgedanke über ihn, daß er am Leben vorübergegangen sei, daß er das Beste versäumt habe.

Nun meldete sich der Abtrieb. Das Alter kam, die Tage neigten sich — und ehe die Sonne ganz gesunken war, lockte das Leben noch einmal mit Zaubergewalt.

In Herta Heckers Erscheinung lockte es ihn — nun endlich einmal zu kosten, was die andern alle glühend genossen.

Dies war der Zauber, der ihn hier bannte.

Er sah's, er fühlte es, er erkannte es mit aller scharfen Klarheit. Die Klippe seines Lebens türmte sich kantig und riffig vor ihm auf. Sollte er an ihr zerschellen? —

Nein — die Gefahr erkennen, das hieße sie auch überwinden. Er wollte, er würde Herta nicht wiedersehen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Beschlagnahme von Stahlhelmen.

Durch Verfügung des Ministers des Innern vom 5. März dieses Jahres wurden die preußischen Polizeibehörden angewiesen, Stahlhelme, die sie im Besitz von Privatpersonen, insbesondere bei Versammlungen und Umzügen anträfen, sicherzustellen. In einer Kleinen Anfrage deutschnationaler Landtagsabgeordneter wurde zu dieser Verfügung des preußischen Innenministers ausgeführt, die Sicherstellung von Kriegsgerät sei in erster Linie Sache der Reichsbehörden und nicht des preußischen Ministeriums des Innern. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es die Verfügung „rechtlich für ausreichend begründet und sachlich für gerechtfertigt und zum Schutze des Freistaates Preußen für erforderlich" halte. Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt, beantwortet der Minister des Innern die Anfrage folgendermaßen:

Die Fragesteller übersehen, daß die Verfügung vom 5. März 1924 im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen ergangen ist, der als Nachfolger in die entsprechenden Zuständigkeiten des Reichsschatzministers gemäß § 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 31. März 1922 berechtigt ist, die Polizeibehörden der Länder um Sicherstellung von im Privatbesitz befindlichen Heeresgut zu ersuchen. Einem solchen Ersuchen ist durch die Verfügung entsprochen worden. Stahlhelme in Privathand müssen nach Auffassung des Reichsministers der Finanzen auch bei rechtmäßigem Erwerb beschlagnahmt werden. —

Eheschließung und Wohnungsnot.

Alljährlich wird die Bevölkerung statistisch erfaßt und dabei wird auch festgestellt, wie hoch der Prozentsatz der Verheirateten in der Bevölkerung ist. Wie das preußische Statistische Landesamt jetzt in seiner „Statistischen Korrespondenz" mitteilt, kamen in Preußen auf 100 Personen der mittlern Jahresbevölkerung 1900: 35,09 Verheiratete, 1910: 35,65, 1913: 35,94, 1914: 35,85, 1915: 35,58, 1916: 35,21 und 1917: 35 verheiratete Personen. Dann ging die Zahl 1918 auf 34,78 herab, um nach dem Kriege wieder zu steigen. 1919 auf 36,38, 1920 37,59, 1921 auf 38,04, 1922 auf 39,65 und 1923 auf 39,69 Verheiratete unter 100 Personen der Bevölkerung. Der Anteil der Verheirateten ist also gegen die Vorkriegszeit wesentlich gestiegen, und zwar seit der Vorkriegszeit um ein Siebentel. Also eine regelmäßige Zunahme der Zahl der Verheirateten Jahr für Jahr und dann zehn Jahre lang ein völliges Ruhen der Bautätigkeit! Die Zahlen nach Stadt und Land zu trennen, ist erst nach der neuen Volkszählung möglich, doch wird das Bild dann nur noch deutlicher werden, da sich Veränderungen in den Städten immer stärker bemerkbar machen als auf dem Lande.

Bezeichnend für die Wohnungsnot ist im Vergleich mit den eben gemachten Angaben der geringe Reinzugang an Wohngebäuden, der nach der Reichsstatistik in 42 deutschen Großstädten im zweiten Vierteljahr 1923 nur 2237 betrug. Es waren immerhin bereits 25 Prozent Wohngebäude mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Und auch unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl hat sich die Zahl der fertiggestellten Wohnungen im zweiten Vierteljahr 1923 gebessert.

Wie gering trotzdem der Reinzugang an Wohnungen im zweiten Vierteljahr 1923 war, zeigt uns die Feststellung, daß dieser Reinzugang betrug in Aachen 179, Dresden 198, Duisburg 346, Erfurt 65, Frankfurt a. M. 179, Hannover 51, Karlsruhe 176, Leipzig 286, Magdeburg 25, Mainz 156, Mannheim 150, Nürnberg 294 und Stuttgart 252 Wohnungen.

Wenn wir feststellen wollen, in welchem Maße der Wohnungsnot entgegengewirkt worden ist, so müssen wir die Zahl der hergestellten Wohnungen mit der Einwohnerzahl vergleichen. Und dann finden wir, daß Lübeck allen Städten voranmarschiert. Während nämlich im Reichsdurchschnitt auf 1000000 Einwohner nur 42 neue Wohnungen gekommen sind, betrug die Zahl in Lübeck 179. Es folgen Kassel mit 153, Mainz mit 145 und Duisburg mit 142 neuen Wohnungen auf 100000 Einwohner. Und dann ist für uns Sozialdemokraten noch die Feststellung des Reiches lehrreich, daß die gemeinnützige Bautätigkeit an der Erstellung im zweiten Vierteljahr 1923 mit 66 und im ersten Vierteljahr 1923 gar mit 72 Prozent beteiligt war. —

— **Monatliche Vorauszahlung der Beamten-Gehalte.** W.B. meldet: Obgleich die Finanzlage des Reiches immer noch sehr gespannt ist, hat sich der Reichsminister der Finanzen doch entschlossen, den Reichsbeamten am 30. April die Bezüge wieder für einen ganzen Monat im voraus zahlen zu lassen. Er glaubt, die Verantwortung für diese Maßnahmen trotz der noch bestehenden Schwierigkeiten im Interesse der Beamtenschaft auf sich nehmen zu müssen. —

— **Aussperrung der Zimmerer.** Von der Leitung des Zimmererverbandes wird uns geschrieben: Nach Berichten der bürgerlichen Presse ist es unbedingt erforderlich, bei Streiken der Maurer die Zimmerleute zu entlassen. So ist es auch auf den Entlassungsscheinen begründet. Inwieweit diese „Begründung" zutrifft, zeigt folgender Fall: An der Halle Land und Stadt werden Ställe gebaut. Die Maurerarbeiten führt die Bauhütte aus, die die Forderungen der Maurer bewilligt hat und sie weiter beschäftigt. Die Firma Hyerott führt die Zimmerarbeiten aus, hat aber ungeachtet dessen, daß die Maurerarbeiten weitergeführt werden, ihre Zimmerleute mit genannter Begründung entlassen. In allen andern Zimmereigeschäften liegt keineswegs Arbeitsmangel wegen Streiks der Maurer vor, vielmehr könnten jetzt sämtliche Geschäfte ihre Leute noch einige Wochen beschäftigen. Aus diesen Ausführungen geht zur Genüge hervor, wie besorgt die Herren Unternehmer um den Frieden im Baugewerbe sind. Die Zimmerer Magdeburgs, die das Lohnabkommen in Halle anerkannt hatten, behalten sich vor, zu gegebener Zeit diesen Rechtsakt der Unternehmer zu beantworten. —

— **Eine neue Eilgüterzugverbindung.** Nach Mitteilung der Verkehrsstelle der Reichsbahndirektion Magdeburg ist seit dem 23. April 1924 zwischen Hannover und Magdeburg über Braunschweig eine neue Eilgüterzugverbindung eingelegt worden, die nicht nur örtliche Bedeutung hat, sondern ein wichtiges Bindeglied für eine durchgehende Eilgüterverbindung darstellt. Der neue Eilgüterzug 6243 fährt abends zwischen 10 und 11 Uhr von Hannover ab. Er nimmt hier den Anschluß von den aus den Richtungen Bentheim-Osnabrück und Hamm-Bielefeld ankommenden Eilgüterzügen auf und trifft in der 4. Stunde vormittags in Magdeburg ein. In Magdeburg findet Wagenübergang auf den durchgehenden Eilgüterzug Hamburg—Leipzig Nr. 6197 statt, der in Halle in der 8. Stunde eintrifft und Anschluß an den Eilgüterzug 6144 von Berlin über Halle-Nürnberg nach München hat. —

— **Die Auszahlung der Militärrenten** für den Monat Mai erfolgt am 29. April. Zahlstellen und Zahlzeiten wie bisher. Empfangnahme der Beträge gegen Vorzeigen der Rentenausweise. Die an diesem Tage nicht abgehobenen Beträge können am 1., 2., 3. und 5. Mai beim Versorgungsamt Magdeburg, Zimmer 48, in Empfang genommen werden. Am 30. April ist die Kasse für Abhebung der Rentenbezüge geschlossen. —

— **Die Erhebung der vorläufigen Steuer vom Grundvermögen.** Auf eine Kleine Anfrage im Landtag, welche die Behandlung besonderer Ausnahmefälle gemäß § 14 des Gesetzes über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen zum Gegenstand hatte, erteilt, dem „Amtlichen Preußischen Pressedienst" zufolge, der Finanzminister die folgende Antwort: „Die nach dem Gesetz vom 14. Februar 1923 zu erhebende vorläufige Steuer vom Grundvermögen ist eine Realsteuer, d. h. sie ist eine auf dem Grundstück ruhende Last. Das Bestehen der Steuerpflicht und die Höhe der Steuer hängen nur von dem Umfang und dem Wert des Grundstücks ab und können durch persönliche ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse des Grundstückseigentümers nicht beeinflußt werden. Aus diesem Grunde können für den im § 14 des Gesetzes vorgesehenen Erlaß der Steuer nur solche Gründe maßgebend sein, die durch die Verhältnisse des Grundstücks (aber nicht des Eigentümers) begründet sind. Ein Erlaß aus persönlichen ungünstigen wirtschaftlichen Gründen kann aus § 14 des Grundvermögenssteuergesetzes nicht hergeleitet werden. Sollte jedoch die Zahlung der Grundvermögenssteuer das wirtschaftliche Bestehen eines Steuerschuldners gefährden, so ist durch meine Rundverfügung vom 7. Februar d. J. bereits angeordnet, daß die Steuer einstweilen zu stunden ist. Insbesondere sind bei landwirtschaftlichen Grundstücken die Betriebsmittel und Vorräte, welche zur Fortführung der Wirtschaft bis zur nächsten Ernte erforderlich sind, bei Zwangsvollstreckungen frei zu lassen. Diese Gesichtspunkte werden insbesondere bei schwerkriegsbeschädigten Landwirten berücksichtigt werden. —

— **Gegen den Antisemitismus.** Der Zentralverband der Angestellten fordert seine Mitglieder auf, in jedem Orte und zu jeder Zeit dem Antisemitismus, der sich durch die dauernde Verhetzung auch in den Kreisen junger Angestellter bemerkbar macht, entgegenzutreten. Der Z. d. A. beurteilt jeden Arbeitgeber nur nach seinen Handlungen ohne Rücksicht auf seinen Glauben und seine politische Einstellung. Die antisemitische Bewegung ist eine Gefahr für die ruhige Wirtschaftsentwicklung Deutschlands und dient nur dazu, die Lage der Angestellten, die schon traurig genug ist, weiter zu verschlechtern. —

× **Handel mit Druckschriften auf öffentlichen Straßen und Plätzen.** Wer auf öffentlichen Wegen, Straßen Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten Druckschriften oder andere Schriften oder Bildwerke ausrufen, verkaufen, verteilen, anheften oder anschlagen will, bedarf dazu, wie aus dem Polizeipräsidium mitgeteilt wird, der Erlaubnis der Ortspolizeibehörde. Ausgenommen hiervon ist die Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken in der Zeit der Bekanntmachung des Wahltages bis zur Wahl, wozu eine polizeiliche Erlaubnis nicht erforderlich ist. Der Vertrieb der Druckschriften darf örtlich und zeitlich nur nach Maßgabe der im Erlaubnisschein angegebenen Form ausgeübt werden. Eine Stellvertung ist unzulässig. Als Ausnahme von der völligen Sonntagsruhe ist durch Verfügung des Regierungspräsidenten in Magdeburg, der Straßenhandel mit Druckschriften auch an Sonn- und Festtagen in der Zeit zwischen 11 bis 1 Uhr mittag und außerdem an den Sonn- und Festtagen, an denen in Magdeburg Pferderennen stattfindet, in der Zeit zwischen 1 bis 2 Uhr mittags zugelassen worden. —

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Betriebsobleute. Die Maifeierkarten können sofort aus dem Sekretariat abgeholt werden. Kein Betrieb oder Werkstatt darf ohne Maifeierkarten sein.

— **Die Demokraten** ließen am Mittwoch den Staatsminister außer Dienst Dernburg sprechen. Er nahm mit Entschiedenheit Stellung gegen die Völkischen und Deutschnationalen, aber auch gegen die Volkspartei, die er die Partei der feinen Leute nannte. Mit aller Deutlichkeit und Schärfe wandte er sich gegen den patriotischen Unfug der Kriegshetzer und wies auf die katastrophalen Folgen der Propagierung der Revancheideen hin. „Ich hasse das Wort „national", sagte Dernburg. Nach all dem furchtbaren völkischen Unsinn und dem nationalistischen Kraftmeiertum, das sich zum Schaden unsers Volkes und Landes in aller Oeffentlichkeit in bürgerlichen Wahlversammlungen bisher breitmachte, war erfrischend, daß endlich mal ein Bürgerlicher den Mut hatte, gegen den nationalistischen Unfug öffentlich Stellung zu nehmen. Und bezeichnend war es, daß die Völkischen und Deutschnationalen es nach dieser derben Lektion nicht wagten, den großen Mund aufzumachen. Auch auf den Volksparteiler Dr. Lotz wirkte die Rede Dernburgs heilsam, er schüttelte sogar seinem Generalsekretär Dr. Ludwig wegen dessen antisemitischer Einstellung ab und stimmte in die Verurteilung der deutschnationalen und völkischen Kampfesweise ein. Und das will für Dr. Lotz viel heißen. Beinahe scheint es so, als ob sich die wenigen einsichtigen Bürgerlichen endlich klar werden, daß sie gegen die deutsche Schmach des Antisemitismus Front machen müssen, ehe es zu spät ist. —

— **Volkshochschule.** In der nächsten Woche beginnen folgende Lehrgänge. In der Luisenschule abends 8 Uhr: Dienstag den 29. April, Dr. Goldstein: „Ausgewählte Kapitel aus den Erscheinungen des Seelenlebens", 2. Teil; Frau Sommerlad: „Die soziale Frage in der schönen Literatur". Mittwoch den 30. April, Dr. Köstlin: „Goethes Dramen"; Direktor Grutz: „Grundzüge des deutschen Bankwesens; Lehrer Busch: „Einführung in die Berechnung der Zahnräder". Donnerstag den 1. Mai, Studienrat Dr. Lammert: „Geschichte des Klosters U. L. F.". Freitag den 2. Mai, Pfarrer Görnandt: „Das evangelische Kirchenlied in der Geschichte der Literatur und der Frömmigkeit". In der Annaschule abends 8 Uhr: Freitag den 2. Mai, Frau Reichelt und Frl. Dr. Röttig: „Englisch für Anfänger" (Forts.). In der Kaufmännischen Lehranstalt, Grünearmstraße 14 abends 8 Uhr: Freitag den 2. Mai, Dipl. Handelslehrer Dr. Schöndube: „Währung und Zahlungsbilanz". In der Realschule, abends 8 Uhr, Mittwoch den 30. April Mittelschullehrer Schiriath: „Die Kunst, lautrichtig und — schön zu sprechen und zu lesen." Sonnabend den 3. Mai Gymnasiallehrer Schnabel: „Die Florengebiete von Magdeburg und Umgebung und Anleitung zum Sammeln und Präparieren von Pflanzen. —

— **Frühere Oeffnung der Postausgabeschalter.** Während der Sommermonate (1. Mai bis 30. September) werden die Brief- und Paketausgabeschalter bei dem Hauptpostamt und den Postämtern in Magdeburg-Buckau, Neustadt und Sudenburg bereits um 7 Uhr früh geöffnet. —

— **Stromunterbrechung in der Wilhelmstadt.** Das städtische Elektrizitätswerk ist wegen dringender Reparaturarbeiten gezwungen, für den Stadtteil Wilhelmstadt und für Diesdorf die Stromlieferung am Sonntag den 27. April 1924 von 7 Uhr vormittags bis 11 Uhr mittags zu unterbrechen. —

— **Das „verrückte" Denkmal.** Mit dem heutigen Tage verschwindet das vor dem Stadttheater befindliche Immermann-Denkmal, um im nördlichen Glacis an einer besonders stimmungsvollen Stelle wieder aufgebaut zu werden. Eine Veränderung der Form des Denkmals tritt nicht ein. —

× **Leiche gelandet.** Die Leiche einer unbekannten männlichen Person im Alter von etwa 40 Jahren landete am 19. d. M. am rechten Ufer der Stromelbe. Sie wird beschrieben: etwa 1,66 Meter groß, graumeliertes Haar, bekleidet mit dunklem Winterüberzieher, englischlederner Hose, dunklem Jackett, weißem Hemd mit Einsatz, schwarzem [illegible], am Mittelfinger der linken Hand befand sich ein goldner Ring mit einem schwarzen Stein. Angaben, die zur Feststellung der Persönlichkeit führen können, erbittet die Kriminalpolizei. Die Leiche befindet sich auf dem Westfriedhof. —

× **Gestohlen** wurden: aus einem Schaufenster in der Großen Diesdorfer Straße nach Zertrümmern der Scheibe elektrische Plätten, Lampen, Zigarrenanzünder; aus einem [illegible] am Schützenhaus [illegible] ein wertvoller [illegible]. —

Theater, Konzerte, Vorträge ɾc.

Stadttheater. Freitag (4. Anrechtsabend): Der Rosenkavalier. — Sonnabend (5. Anrechtsabend): Othello. — Sonntag (6. Anrechtsabend): Der Bettelstudent. —

Wilhelm-Theater. Freitag (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Musik): Der [illegible]. — Sonnabend (Vorstellung für die Volksbühne): Bürger Schippel. — Sonntag (Vorstellung für die Gesellschaft f. Theater und Musik): Bürger Schippel. —

Aus der Jugendbewegung.

Arbeitsgemeinschaft republikanischer Jugend.

Die immer mehr um sich greifende Verhetzung weiter Kreise der deutschen Jugend durch unverantwortliche Kräfte aus dem Lager der Völkischen hat schon in vielen Orten zur Bildung von sogenannten republikanischen Jugendkartellen geführt. Auch in Magdeburg fand eine Besprechung zwischen Vertretern von Jugendverbänden statt, die entschieden den Kampf aufnehmen wollen gegen nationalistische Jugendverbildung und nationalistische Verhetzung. An der Besprechung waren folgende Organisationen beteiligt: Demokratische Jugend, Jungdemokraten, Jugendbund Schwarzrotgold, Arbeiterjugend, Jungsozialisten, Wanderscharen, Naturfreunde, Internationaler Jugendbund, Jugendabteilungen des Z. d. A., des Metallarbeiterverbandes, des Buchdruckerverbandes und das freigewerkschaftliche Jugendkartell. Die Aussprache ergab Einmütigkeit in dem Willen, die Reichsverfassung von Weimar zu schützen und für ihre Anwendung im freiesten Sinn einzutreten. So wie die Gesetzgeber das Verfassungswerk angewandt wissen wollten, soll es dem deutschen Volk erhalten bleiben. Die Jugend hat um ihrer selbst willen das größte Interesse daran, denn nur dann ist es ihr möglich, zu voller Kraftentfaltung sich zu entwickeln. Alle freiheitlichen, politischen und sozialen Errungenschaften des neuen Deutschlands sind wertvolle Lebensgüter der deutschen Jugend, weshalb es gilt, die Kräfte zu sammeln, die bereit sind, dafür einzutreten.

Als Ergebnis der Besprechung, die auf Einladung des Sozialistischen Arbeiterjugendbundes erfolgte, wurde ein fünfgliedriger Ausschuß gewählt, der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft republikanischer Jugendverbände vorbereiten soll und bis zur endgültigen Schaffung einer solchen auch eventuell notwendige Maßnahmen in die Wege leiten muß. Als nächste Hauptaufgabe wird allgemein der Kampf gegen die nationalistische Jugendverhetzung, die so unerfreuliche und schädliche Folgen gezeitigt hat und noch zeitigen wird, aufgenommen werden.

Diese Zusammenfassung aller positiven Kräfte der Jugendbewegung ist sehr zu begrüßen. Es ist zu hoffen, daß der Erfolg nicht ausbleibt. —

Bücherschau.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin, erschien: **Das Kind und der Sozialismus**, eine Betrachtung von Max Winter. Diese Schrift des österreichischen Genossen bietet viel mehr, als ihr bescheidener Titel zu versprechen scheint. Es ist eine Anklage- und Aufklärungsschrift, die in erster Linie jedes sozialdemokratische Elternpaar lesen sollte. Daß ihre Lektüre auch andern nützen würde, versteht sich von selbst. — Im Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau hat Karl Vorländer eine **Geschichte der sozialistischen Ideen** erscheinen lassen. Die Darstellung, die aus Vorlesungen hervorgegangen ist, mußte kurz gehalten werden, so daß man besser von einem Abriß der Geschichte dieser Wissenschaft sprechen sollte. Er reicht vom 8. Jahrhundert vorchristlicher Zeit bis zum Görlitzer Programm und ist als fleißige, instruktive Arbeit zu bewerten. Preis gebunden und mit guten Bildern sozialistischer Vorkämpfer geschmückt 2,50 Mark. — Romain Rolland hat über **Mahatma Gandhi**, den Messias der Inder, ein Buch geschrieben, das im Rotapfel-Verlag in München erschienen ist. Das Leben Gandhis, der 300 Millionen Menschen erweckt hat, gleicht äußerlich dem des Nazareners. Auch Gandhi ließ die Welt und ihre Wirrnis. Aus einer angesehenen Umwelt stammend, verwirrte auch ihn die Eitelkeit der Welt, bis er alles abtat, was seine Schultern drückte, und sich zu einem der Aermsten des Volkes machte. Die Bekanntschaft mit diesem Manne vermittelt das Buch Rollands, aber zugleich eine Geschichte der indischen Freiheitsbewegung gegen England. Und schon aus diesem Grunde von höchstem Interesse. Broschiert kostet das Buch 2 Mark. — Der Arbeiterjugend-Verlag in Berlin hat noch **Maispiel für die Arbeiterjugend** von Hedwig Rowe herausgegeben. 32 Seiten. Preis 0,30 Mark. — Im Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114, erschien **Der Hitler-Ludendorff-Prozeß** als 4. Band der von Robert Breuer herausgegebenen Serie „Politische Prozesse". Im gleichen Verlag als Werbematerial für die Reichstagswahlen **Nieder mit den Beamten!** Preis 30 Pfg. -

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 20 Goldpfennige, aufgenommen.

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuiller-Verband. Sonnabend den 26. April, abds. 7 Uhr, Mitgliederversammlung im „Bürgerhaus", Stephansbrücke 38.

Gartenbau-Verein von 1845. Kostenloser Besuch der Gruson-Gewächshäuser am Sonntag den 27. April, vormittags 10 Uhr. Treffpunkt am Eingang. Gäste willkommen. [44

Kaufmannslehrlinge. Sonntag den 27. April, nachmittags 5 Uhr, Jugend-Feierstunde für kaufm. Lehrlinge und Eltern in der Aula der Viktoriaschule, Fürst-Leopold-Straße (an der Sternbrücke). [46

Diesdorf. Eine Sitzung der Funktionäre der Arbeiterjugend, der Arbeitervereinsvorstände, Freunde und hilfsbereiter Parteigenossen und -genossinnen findet heute Donnerstag abend 8 Uhr im Jugendheim statt. Die Wohltätigkeitsveranstaltung für unsre alten Leute am kommenden Sonnabend soll besprochen werden.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

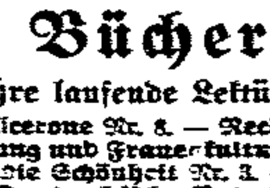
Elbe.			Fall	Wuchs
Pardubitz	23. 4.	—	—	—
Brandeis	„	—	—	—
Melnik	„	—	—	—
Leitmeritz	„	+ 1,20	—	—
Aussig	„	+ 1,61	—	—
Dresden	„	+ 0,02	—	—
Torgau	„	—	—	—
Wittenberg	„	+ 3,50	—	—
Roßlau	24. 4.	+ 3,04	0,08	—
Aken	„	—	—	—
Barby	„	+ 3,25	0,02	—
Magdeburg	„	+ 2,60	—	0,01
Tangermünde	23. 4.	+ 3,70	—	—
Wittenberge	„	+ 3,23	—	—
Lenzen	„	—	—	—
Dömitz	„	—	—	—
Dalchau	„	—	—	—
Boizenburg	„	—	—	—
Hohnstorf	„	+ 2,69	—	—

Mulde.			Fall	Wuchs
Düben	23. 4.	+ 1,55	—	—
Saale.				
Grochlitz	24. 4.	+ 1,88	—	—
Trotha Utp.	„	+ 2,70	—	—
Bernburg Utp.	„	+ 2,04	—	0,12
Calbe Oberpeg.	„	+ 1,88	—	—
Calbe Unterpeg.	„	+ 1,91	—	0,01
Grizehne	„	+ 1,94	—	0,01
Havel.				
Brandenburg Oberpegel	23. 4.	—	—	—
Brandenburg Unterpegel	„	—	—	—
Rathenow Oberpegel	„	+ 1,46	0,06	—
Rathenow Unterpegel	„	+ 1,10	0,02	—
Havelberg	„	+ 3,25	—	0,04

Wettervorhersage.

Freitag den 25. April: Nach verbreiteten Regenfällen wolkiges, sehr mildes Wetter mit Neigung zu einzelnen leichten Regenschauern. —

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)



Mein Bücherbrett.

Ihre laufende Lektüre.

Kosmos Nr. 4. — **Cicerone** Nr. 8. — **Reclams Universum** Nr. 28, 29 — **Deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur** Heft 2. — **Wells' Weltgeschichte** Lieferung 3. — **Die Schönheit** Nr. 3. — **Erfurter Führer** Nr. 1. — **Jugend** Nr. 7 8, 9. — **Der praktische Ratgeber in Obst- und Gartenbau** Nr. 10/11. — **Technik für Alle** Nr. 1. — **Der Vorhof**, ein Führer zum guten Buch, Heft 1. — **Gartenschönheit** Nr. 4. — **Die schaffende Frau** Nr. 50. — **Die grüne Fahne.** Monatschrift für jugendliche Weltanschauung. Nr. 1. — **Der Bücherwurm**, für Bücherfreunde, Nr. 1. — **1000 Worte Englisch**, Lieferung 6. —

Für unsre Kolporteure!

Umbestellungen müssen bis spätestens Mittwoch in unsern Händen sein, da wir später eingehende nicht mehr berücksichtigen können.

Alle hier aufgeführten Bücher und Zeitschriften sind zu beziehen durch die Buchhandlung Volksstimme.

Kleine Chronik.

Ein netter „Aufseher“. In München wurde auf Anzeigen hin ein Aufseher festgenommen, der unter der Angabe, er suche Haushälterinnen, junge Mädchen in eine Baracke lockte, dort unter Gewaltanwendung einsperrte und unter Todesandrohung nötigte, ihm willens zu sein. Dabei gebrauchte er Aeußerungen, als ob er bei einem Widerstande die Leiche auf dem freien Platze hinter der Baracke vergraben würde, wo bereits die andern liegen. Bisher kommen 14 Mädchen in Betracht. Das hinter der Baracke liegende Ackergelände wurde ohne Erfolg genau durchsucht. Der Aufseher wird sich wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen zu verantworten haben. —

Mordversuch in der Sächsischen Schweiz. Zwei junge Männer, die mit einem 24jährigen Hausmädchen aus Berlin während der Osterfeiertage einen Ausflug in die Sächsische Schweiz unternommen hatten, überfielen auf dem Rückweg nach Pirna in der Nacht zum Dienstag das Mädchen in der Nähe des Ulanendenkmals bei Pirna. Sie schlugen es mit einem Totschläger blutig und warfen es in die Elbe. Das Mädchen suchte das Ufer zu erreichen und hielt sich am Gebüsch der Uferpflanzen fest. Dabei schossen die beiden mit einem Revolver auf die im Wasser Treibende, ohne sie jedoch zu treffen. Sie warfen auch Steine nach ihr, die sie erheblich verletzten. Schließlich rettete ein Bewohner, der den Vorfall bemerkt hatte, das Mädchen, das nach dem Krankenhaus gebracht wurde. Die Verletzte soll sich außer Lebensgefahr befinden. Ihre Begleiter waren geflüchtet. Man nimmt an, daß die Burschen das Mädchen ums Leben bringen wollten, weil es von verschiedenen Straftaten der beiden wußte. —

Die Verlobungsfeier ohne Bräutigam. Im Hause des Handwerksmeisters B. in Berlin ging es hoch her. Die Wohnungstür war mit Girlanden bekränzt, und in der Wohnung selbst war die ganze Verwandtschaft und Freundschaft versammelt, um die Verlobungsfeier der Tochter mit dem Herrn „Doktor“ zu feiern. Alles war beisammen, die Tafel festlich gedeckt, aber der Bräutigam blieb aus. Jetzt stellte sich heraus, daß man einem Hochstapler und Heiratsschwindler zum Opfer gefallen war. Der Dentist Richard Heidt hatte sich als Zahnarzt Dr. Heidt ausgegeben, und der Meister hatte dem „Herrn Doktor“ gern die Hand seiner Tochter gegeben. Zu der Verlobung hatte Heidt selbst die Einladungskarten drucken lassen, und er hatte es sich auch nicht nehmen lassen, auf eigne Kosten eine große Verlobungsfeier vorzubereiten. Allerdings mußte der Schwiegervater hinterher alles bezahlen. Mit dem Bräutigam waren auch eine goldene Uhrkette und ein Zahngebiß des Schwiegervaters, dessen goldene Brücke der künftige Schwiegersohn reparieren wollte, verschwunden. Die 10. Strafkammer des Landgerichts 1 verurteilte Heidt zu 3 Monaten Gefängnis und 50 Goldmark Geldstrafe. —

Gastod einer Mutter mit ihren zwei Söhnen. Eine schreckliche Familientragödie hat sich im Hause Eberthstraße 50 in Berlin ereignet. Auf dem zuständigen Polizeirevier erschien der Eigentümer des genannten Hauses und teilte mit, daß er die bei ihm wohnende Familie Lindner tot in ihrer gaserfüllten Wohnung aufgefunden habe. Polizeibeamte begaben sich an den Tatort und fanden die 40 Jahre alte Frau Liesbeth Lindner sowie deren beide Söhne, den 15jährigen Georg und den 11jährigen Oskar tot auf. Frau Lindner hatte sich und ihre beiden Söhne mit Gas vergiftet. Nach Aussagen von Hausbewohnern, die zurzeit noch vernommen werden, soll Frau Lindner hochgradig hysterisch gewesen sein und mit ihren beiden Kindern viel Aerger gehabt haben, so daß sie bereits wiederholt Selbstmordgedanken geäußert hatte. Die drei Leichen wurden polizeilich beschlagnahmt. Der Ehemann Oskar Lindner, der Kriegsinvalide ist, befindet sich in einer Berliner Klinik. —

Vier schwere Kirchendiebstähle in acht Tagen. Nicht weniger als vier Kirchendiebstähle innerhalb des Zeitraums einer Woche brachte der wegen Diebstahls häufig vorbestrafte Arbeiter Otto Dornbusch aus Dessau zuwege. Sein Gehilfe dabei war sein Bruder Paul Dornbusch, der auch schon Rückfallsdieb ist. Am 3. November v. J. drang Otto Dornbusch mittels Dietrichs in die katholische Kirche in Dessau ein, packte dort Altardecken, Wäsche, silberne Leuchter u. a. m., die er in den Schränken fand, zusammen; er muß dann aber gestört worden sein, denn er verließ fluchtartig die Kirche unter Zurücklassung der erhofften Beute. Am 7. November drang er in die Kirche des Nachbardorfes Törten ein, stahl dort vier Altardecken und ein Sammelbecken und erbrach selbst die Leichenhalle. Am 8. November wurde die Johanniskirche in Dessau heimgesucht, wo viel wertvolles Altargerät gestohlen wurde, schließlich brachen Otto Dornbusch und sein Bruder Paul noch in zwei Nächten, 9. und 10. November v. J., in die Dessauer Schloß- und Stadtkirche St.-Marien ein. Sie fanden bei der Durchstöberung der Sakristei 25 Flaschen Abendmahlswein, den sie in einen abgerissenen Vorhang einwickelten und dann abtransportieren suchten. Dabei wurden sie aber von der Polizei überrascht, die den Lichtschimmer aus der Kirche bemerkt hatte. Die Einbrecher ergriffen die Flucht, bombardierten dabei die verfolgenden Beamten mit den Weinflaschen, die Beamten schossen auf die Fliehenden und verletzten den Paul Dornbusch; auch der Otto Dornbusch wurde gefaßt. Das Gericht in Dessau verurteilte ihn zu 10 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, seinen Bruder zu 4 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust. —

Großfeuer in Kottbus. Ein Lagerraum der Peitzer Flachsbereitungsanstalt, in dem die Gesellschaft 600 Zentner Flachs untergebracht hatte, wurde durch Großfeuer vollständig vernichtet. Gleichzeitig verbrannten 120 Zentner Heu, Roggen und Hafer, sowie zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen. Es wird Brandstiftung vermutet. —

Kurze Freude. Einen tragischen Tod fand der 43 Jahre alte Arbeiter Gustav Kulsch aus Juditten bei Königsberg. Nachdem er mehrere Wochen hindurch ausgesperrt gewesen war, fand er jetzt in einem am Pregel gelegenen Betrieb wieder Arbeit. In der Freude darüber ging er nach Schluß mit Arbeitskollegen in eine Wirtschaft, um etwas zu trinken. Abends verließ er das Lokal. Anscheinend hat er dann in der auf dem Holsteiner Damm am Pregelufer herrschenden Dunkelheit den Weg verloren und ist in den Strom gestürzt und ertrunken. Am andern Morgen fand man die Leiche. Der Verunglückte hinterläßt eine Familie in den traurigsten Verhältnissen. —

Die Bergung der Scapa-Flow-Flotte. Die Verhandlungen über die Bergung der im Juli 1919 in Scapa-Flow versenkten Flotte sind zum Abschluß gebracht. Cox wird sofort nach den Osterferien mit den Bergungsarbeiten beginnen, die sich zunächst auf 24 Torpedobootszerstörer und auf die Schlachtschiffe „Hindenburg“ und „Seydlitz“ erstrecken werden. Der Rest der 74 in Scapa-Flow versenkten deutschen Schiffe soll erst geborgen werden, wenn der erste Bergungsversuch sich erfolgreich erwiesen hat, was noch nicht feststeht, da man sich besonders, was „Hindenburg“ und „Seidlitz“ betrifft, vor eine gänzlich neue Aufgabe gestellt sieht. Die Arbeit selbst werde mit Hilfe des von Deutschland abgelieferten Schwimmdocks für Unterseeboote ausgeführt werden. Zwölf Taucher werden 12 Monate die Lecks der „Hindenburg“ zustopfen, deren Wasser ausgepumpt werden soll. Die Vorbereitungsarbeiten haben bereits 30 000 Pfund (600 000 Goldmark) verschlungen. —

Eine eigenartige Sportleistung. Im „Petit Parisien“ berichtet Norbert Casteret von einer unterirdischen Schwimmreise zur Erforschung der Grotten in der Nähe des Dörfchens Montespan im Departement der Obern Garonne. Er hatte in 5 Stunden 3 Kilometer unterirdisch durchschwommen und durchwatet. Seine Angaben, eine prähistorische Höhlenwohnung entdeckt zu haben, fanden Bestätigung durch den Fund zahlreicher primitiver Bildwerke und Reliefs von Tieren. Casteret erhielt von der Akademie der Wissenschaften für seine Forschungsarbeit eine Auszeichnung sowie von der Sport-Akademie die große goldene Medaille zur Anerkennung der gefährlichen sportlichen Leistung. —

Das Eisenbahnunglück bei Bellinzona.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch um [illegible] stießen, wie wir schon kurz meldeten, in dem Bahnhof von Bellinzona, der Hauptstadt des Kantons Tessin, zwei Expreßzüge der Gotthardbahn in voller Fahrt zusammen. Das Unglück geschah dadurch, daß der von Zürich über Luzern nach Italien fahrende D-Zug infolge Ueberfahrens des auf Halt! stehenden Einfahrtsignals auf den entgegenkommenden Mailänder Schnellzug auffuhr. Beide Züge hatten je zwei elektrische Maschinen und führten außerdem Heizwagen mit. Besonders der Mailänder Zug war sehr stark besetzt mit Reisenden, die von der Osterfahrt nach Italien zurückkehrten. Nach der italienischen Paßkontrolle fuhren mit ihm u. a. 45 Deutsche, 15 Schweizer, 52 Italiener, darunter der italienische Gesandte in Kopenhagen, 4 Amerikaner usw.

Das Unglück wurde besonders folgenschwer dadurch, daß unmittelbar nach dem Zusammenstoß in einem deutschen Wagen mit Gasbeleuchtung eine Gasexplosion erfolgte und nicht weniger als vier Wagen völlig verbrannten. Der an der Spitze des Mailänder Zuges laufende durchgehende Wagen nach Berlin ist vollkommen verbrannt; aus ihm soll nur ein einziger Reisender gerettet sein. Bis Mittwoch nachmittag sind über 30 Tote und 60 Schwerverletzte festgestellt worden. Unter den Opfern befinden sich auch die Lokomotivführer der vier Maschinen und die Heizer der Heizwagen. Auch mehrere Deutsche sind Opfer der Katastrophe. Ein großer Teil der Opfer konnte noch nicht festgestellt werden, da die Leichen völlig verkohlt sind. Der materielle Schaden ist außerordentlich groß, allein die vier elektrischen Lokomotiven haben etwa 4 Millionen Frank gekostet.

Die mittelbare Ursache des Unfalls war eine Unregelmäßigkeit im Fahrplan. Der Schnellzug Mailand—Zürich hatte, offenbar wegen des starken Oster-Rückreiseverkehrs aus Italien und wegen der dadurch verzögerten Gepäckkontrolle und Paßrevision in Chiasso, eine volle Stunde Verspätung, während der Schnellzug aus Zürich nahezu pünktlich fuhr. Außerdem hatte der Mailänder Zug einen Vorzug gehabt. Die Kreuzung dieser Züge muß im regelmäßigen Betrieb nördlich der kleinen Knotenstation Biasca erfolgen.

Die Tragik der Umstände wollte es ferner, daß der Aufprall auf einem eingleisigen Abschnitt des großen Verkehrswegs erfolgte. Die Arbeiten zum zweispurigen Ausbau, die aus Ersparnisgründen viel zu spät begonnen haben, sind in vollem Gange. Im fahrplanmäßigen Verkehr erfolgt die Vorbeifahrt der Nachtschnellzüge stets auf dem zweigleisigen Teile Biasca—Faido usw., der nördlich keine Unterbrechung findet.

Der Italienzug hat selten erhebliche Verspätung. Deshalb hat der getötete Führer des Züricher Zuges in der verhängnisvollen Nacht wohl auch angenommen, daß der Zug schon die Strecke passiert hatte, und sorglos den Bahnhof Bellinzona berührt, wo er gewohnheitsmäßig freie Fahrt am Signal fand. Da inzwischen der Vorschnellzug Chiasso—Zürich im Plane des Hauptzugs vorbeigesaust war, wird er wahrscheinlich diesen Zug für den Hauptzug gehalten haben. Das Gefahrensignal blieb also unbeachtet und so war der Zusammenstoß unvermeidlich.

Der auf der Talfahrt begriffene Zug aus Mailand hatte etwa 75 Kilometer Geschwindigkeit, während der Gegenzug mit 40 Kilometern ausfuhr. So erklärt es sich, daß die Wirkung des Anpralls hauptsächlich jenen Zug heimsuchte.

Die Auffindung und Untersuchung der zum größten Teile völlig verkohlten und unter den Wagentrümmern verborgenen Leichen gestaltet sich überaus schwierig, so daß sich noch immer die genaue Zahl der Toten und ihre Namen nicht feststellen lassen. Unter den bereits geborgenen Leichen ist ein Dr. Fröhlich, Chemiker aus Reichenberg in Böhmen, identifiziert worden. Die sämtlichen Toten und Verwundeten befanden sich in dem von Mailand kommenden Zuge Nr. 51, während die Reisenden des vom Gotthard herunterkommenden Basel-Züricher Expreßzugs gänzlich unverletzt geblieben sind. —

An Lungen-, Hals- und Asthmaleidenden

ist unser nach streng wissenschaftlichen Grundsätzen hergestellter

Dr. Cl. Wagners peruv. Lungenbalsam „Nymphosan“

(gef. gesch.) von Aerzten mit bestem Erfolge erprobt und glänzend beautachtet worden. Kein Kreosot, kein Guajacol, sondern einzigartig und neu in Zusammensetzung, überraschend in der Wirkung, daher die begeisterten Anerkennungen von Leidenden. Bestandteile: Bals. Myr. cps. 3 %, Na. br. 2 %, Malt. 24 %, Sacch. 16 %, f. em ls. Preis der Flasche Mk. 3.00. Erhältlich in allen Apotheken. Wo nicht, wende man sich an den Alleinhersteller: Nymphosan-Akt.-Ges., München — Nymphenburg A 6. A199

Cornucoll das flüssige Hühneraugenmittel. Nur echt **Hof-Apotheke** Breiteweg 158 Am Ulrichsbogen

Für die uns in so reichem Maße erwiesenen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten anläßlich unsrer **silbernen Hochzeit** sagen wir hiermit allen unsern herzlichsten Dank. 250

Karl Sidow und Frau
Emmi geb. Beck.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief am 23. April früh 12¼ Uhr meine liebe, unvergeßliche Frau, unsre Schwägerin und Tante, Frau 259

Emma Holze geborne Fromm

im 44. Lebensjahr. Im allergrößten Schmerz zeigen dies betrübt an im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Heinrich Holze nebst Pflegekind Anneliese Holze.

Die Beerdigung findet am Sonnabend den 26. April, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhaus, M.-Südost, Holsteiner Straße 33, aus statt.

Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe unsers lieben Entschlafenen, dem Rohrleger
Fr. Brinkmann
sagen wir allen Verwandten, den Kollegen vom Gas- u. Wasserwerk, den Bewohnern des Hauses Ankerstraße 11 und Gartenbauverein Siedlungsheim herzlich Dank. 266
Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Kosel.
Egeln.

Zahle
enorm hohe Preise für sämtl. neue u. gebrauchte Wäsche, Herr.- u. Dam.-Garderob., Bett., Schuhe, Stief., feldgr. Uniformen und dergl. **Gruner, Margaretenstraße 7.** Telephon 2814.

Kartoffel-Flocken, Gerstenschrot, Reisfuttermehl, Trockenschnitzel, Fischmehl, Lupinenschrot verkaufen ab Lager
Gustav Bauer & Co., Kastanienstraße 50.

Zirkus- **Z.L.** **Lichtspiele.**

Der Film der Zeit:

Die Hermannsschlacht

Histor. Gemälde aus Deutschlands ersten Freiheitskämpfen.

Der herrliche vaterländische Stoff hat durch Dr. Leo König eine ungemein packende und poetische Formung erhalten.
Aus der Kritik der **Leipziger Neuesten Nachrichten.**

Der Höhepunkt des Films aber sind die Worte, die auf dem ragenden Schwert des Cherusker Fürsten eingegraben sind: „Deutschlands Einigkeit meine Stärke, meine Stärke Deutschlands Macht!“
Deutsche Tageszeitung (Berlin).

Auf der Bühne: Rolf Randels Ensemble

Ah, da staune ich!

der neue Operetten-Sketch.

Möbelausstattung: Bauch, Mook & Co.
Beleuchtung: Joseph Kleindienst — — —

Jugendliche halbe Preise

Beginn werktags 6 Uhr. **Beginn Sonntags 4 Uhr.**

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt.

Todesfälle. 24. April Ruth, T. des Eisenbahnanwärters Otto Stahnke, 1 M. Spediteur Johannes Dehne, 53 J. Witwe Marie Barby geb. Menz, 75 J. Elsbeth geb. Brandes, Ehefrau des Kaufmanns Eduard Fechner, 45 J. Privatmann Markus Hirsch Simal, 66 J.

Magdeburg-Buckau.

Todesfälle. 17. April Elektromonteur Erich Fleischer, 49 J. — 18. April. Witwe des Feldaufsehers Otto Stange, Anna geb. Schlitter, 76 J. — 20. April. Schneiderin Martha Richter, 27 J. — 21. April. Emilie geb. Engers, Ehefrau des Arbeiters Karl Klein.

Bloxka flüssig ist das mit erstaunlicher Sicherheit wirkende Radikal-Vernichtungsmittel gegen **Wanzen**, Küchenschaben, Käfer, Schaben, Stubenflöhe, Kakerlaken, Ameisen, Russen usw. — In Apotheken und Drogerien. Esha-Neopharm A.-G. Hannover

Anzüge nach Maß schon von 50 Mark an. **gestr. Hosen nach Maß** schon von 13 Mark an. Saub. Arbeit, tadelloser Sitz — große Auswahl. Anfert. ein. Anzugs 20 M.
Otto Fischer, Gartenstadt Reform.

Stellenangebote haben den besten Erfolg in der **Volksstimme**

Kammer-Lichtspiele **KL**

Nanuk

der Eskimo

Die Sensation der Erdteile!

Das ist der Film, der zu gleicher Zeit ein bewunderungswürdiges Dokument und ein nicht minder bewunderungswürdiges Beispiel für Lebensenergie darstellt und Energie nicht nur auf seiten Nanuk und den Seinigen, sondern auch auf seiten der bei der Herstellung Tätigen, denn die ungeheure Kälte und das

Mißtrauen der Eingebornen waren nicht die einzigen Hindernisse, die es zu überwinden galt. Um keine mittelmäßigen und unvollständigen Resultate zu erhalten, war es sodann nötig, räumlich möglichst viel Spielraum zu haben. Der Operateur etablierte sich in Fort Harrison und von dort arbeitete er nach allen Himmelsrichtungen in einem Umkreise von 700 bis 800 Kilometern. Diese anstrengende Arbeit erforderte nicht weniger als 13 Monate. Die Episode der Walroßjagd erforderte allein 6 Wochen. Als der Fang gemacht wurde, waren die Jäger derart überreizt und überanstrengt durch den Hunger, daß der Operateur die Aufnahmen nur mit größter Mühe machen konnte, denn sie waren kaum davon abzuhalten, sich sofort auf die Nahrung zu stürzen, die sie solange entbehrt hatten. Die erstaunliche Erscheinung der Hunde, die langsam bei der verlassenen Hütte einschneien, ist das Resultat von mehr als 20 Szenen der gleichen Art. Der Apparat wurde dabei feucht und mußte abmontiert und peinlich genau abgewischt werden. Diese geheimnisvollen Polarszenen flößen uns jene Bewunderung ein, die wir für alle diejenigen haben, die es verstanden, die Elemente zu bezähmen, die Einöde zu bevölkern und zu beleben und schließlich durch eine lange Reihe erforderlichen Unternehmen den Sieg der Kulturmenschen in die Tat umzusetzen.

Mit der Usambara von Afrika nach Hamburg. —

Das verrückte Hotel. Ein einzigartiges Lustspiel mit **Henry Lehrmann.**

Beginn: Werktags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Panorama.

Die Lustspielwoche

Dagny Servais Jul. Falkenstein

Im Namen des Königs

Ein neckisches, lustiges, launiges Stück aus der galanten Zeit der Schäferspiele, der Puderperücken, des Männer-Zöpfchens und schlanken Galanterie-degens, ein köstliches Genrebildchen, übersonnt von Frauencharme und Frauenlist.

Entzückend koloriert

Der Fuchs

Er im Filmatelier

Die Stimme der Nachtigall

Koloriertes Märchen

„Er" Harald Lloyd

Jugendliche halbe Preise.

Beginn: Werktags 5, Sonntags 3 Uhr.

An der Spitze

der

Filmkunst

steht das

Wunderwerk

DIE NIBELUNGEN

REGIE FRITZ LANG

1. FILM: SIEGFRIED

im

Füli

Deshalb eine Woche verlängert!

Karten im Vorverkauf:

Konzertkasse Heinrichshofen und Tageskasse Füli 11 bis 1 Uhr. Wochentags geschlossene Vorstellungen.

Beginn der Vorführungen 4.00 6.20 8.40

Wie immer das fabelhafte Programm ab heute in den

Walhalla-Lichtspielen

Das Mädchen von der Silbergrenze

Ein mit herrlichen Sport- und Hochgebirgs-Aufnahmen ausgestatteter, außergewöhnlich spannender, mit feinem Humor gewürzter Schmugglerfilm, welcher in den größten Theatern des In- und Auslandes eine begeisterte Aufnahme fand.

Maria Zelenka, Fritz Schulz

Rosa Valetti, A. H. v. Schlettow

sind die Hauptdarsteller unsers zweiten Schlagers

Angelika

Die unbekannte Braut

Nach dem Roman „Gespenster" von

Bruno H. Bürgel.

Das sehenswerteste Filmwerk der Gegenwart, von packender Handlung und hinreißender Wirkung. Ein Film, der es rechtfertigt, von Lichtspielkunst zu sprechen.

Ferner:

Der Harz im Winter

„Eine Fuchsjagd"

Ein lustiges Spiel auf Schneeschuhen.

Der Fuchs . . . Kapt.-Lt. a. D. Moritz Horn

Das Skibaby . . . . Grete Bothe

Die Meute . Mitgl. d. Studentenschaft Klausthal

Spielzeit:

Wochentags 6 Uhr

Sonntags 3 Uhr.

Verkauf

Schlafzimmer, kompl., mtb. Drum. au. Ausziehtisch. Besicht. m. Mat. 25.-ℳ [illegible] Oberstedt. Str. 22.

Billig zu verk. Wohnzimmer, Schlafzimmer, großer Posten Betten mit Matr. usw. [illegible] 245

Kastone mit 4 Mtr. Rohr, 1 Gasherd, 1 Gaslampe, Küchenbrett sind zu v[e]rkaufen. 292 [illegible], Schmidtstraße 26 a. I.

1 vollst. Federbett 35 ℳ, 1 Deckbett 12 ℳ [illegible] Kopfkissen [illegible], Goethestraße 37.

Sportwagen, Kinderwagen, [illegible] billig zu verkaufen bei [illegible] 5, z. I.

Küchen [illegible] Wäschekommode [illegible]

Weima-Eiswaffeln

3½×7 cm

[illegible]

Eistüten

bekannte Qualitäten

[illegible]

Billig: Billig: Billig

Inventur-Woche!

[illegible]

Amtliche Bekanntmachungen

Der Wahl-Ausschuß hat in seiner öffentlichen Sitzung am 22. April d. J. zu der am 4. Mai d. J. stattfindenden Stadtverordnetenwahl folgende Wahlvorschläge festgesetzt:

Nr. 1. Wahlvorschlag Liste Hofmann-Michaelis.

1. Hofmann, Paul, [illegible] Welsleber Str. 12
2. Michaelis, Ernst, Lagerhalter, Chausseestr. 14
3. Schwalbe, Paul, [illegible] Leipziger Str. 15
4. Focke, August, Eisenbahnarb., Kalbesche Str. 10
5. [illegible], Gustav, Kassierer, Geyerstr. 9
6. Bischof, Hermann, Schlosser, Sorgestr. 18
7. [illegible], Albert, Maler, Goethestr. 8
8. [illegible], Wilhelm, Maurer, Leipziger Str. 31
9. [illegible], Gustav, Kassenbote, [illegible] 2
10. Meyer, Richard, Kalkulat., Magdeb. Str. 28
11. [illegible]
12. [illegible], Georg, Brauer, Sedanstr. 3
13. [illegible], August, Schlosser, [illegible] Str. 4a
14. [illegible]
15. [illegible], Friedr., [illegible] 2
16. [illegible], Friedrich, Maurer, Leipziger Str. 22
17. [illegible]
18. [illegible], Heinrich, [illegible] 11
19. Stein, Franz, [illegible], Leipziger Str. 19
20. [illegible], Walter, [illegible], Badepark 3
21. [illegible] 14
22. Schröder, Karl, [illegible] 8
23. [illegible], Wilh., [illegible], Magdeb. Str. 11b
24. [illegible], Franz, [illegible] Hof 1
25. [illegible], Wilh., [illegible], Kalbesche Str. 10
26. Schröter, August, Schlosser, [illegible] 6

Nr. 2. Wahlvorschlag Liste Müller.

1. Müller, Paul, [illegible] 37
2. [illegible], Gustav jun., Maler, Kalbesche Str. 9
3. [illegible], Paul, Hobler, [illegible] 17
4. [illegible], Hermann, Arbeiter, [illegible] 11
5. [illegible] 12
6. [illegible], August, [illegible], Magdeburger Str. 53
7. [illegible], Hermann, Dachdecker, [illegible] 41
8. Schmidt, Heinrich, Arbeiter, Leipziger Str. 31

Nr. 3. Wahlvorschlag Liste Schubert.

1. Schubart, Oskar, [illegible] 2
2. [illegible] 10
3. [illegible]
4. [illegible], Karl, [illegible] Straße 5
5. [illegible]
6. [illegible] 1
7. [illegible] 1
8. [illegible] 1a
9. [illegible] 14
10. [illegible] 4
11. [illegible]
12. [illegible] 24
13. [illegible] 35
14. [illegible]
15. [illegible]
16. [illegible] 2
17. [illegible]
18. [illegible] 15
19. [illegible]
20. [illegible]
21. [illegible]

Nr. 4. Wahlvorschl. Liste [illegible].

1. [illegible]
2. [illegible]
3. [illegible]
4. [illegible] 17
5. [illegible] 13

[illegible] 278

Groß-Salze, den 22. April 1924.

Der Vorsitzende des Wahlausschusses.

Hofmann.

Bekanntmachung.

[illegible]

Burg, den 22. April 1924.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

[illegible]

Burg, den 17. April 1924.

Die [illegible]verwaltung.

Bekanntmachung.

Interessenten machen wir darauf aufmerksam, daß aus betriebstechnischen Gründen des Elektrizitätswerks künftig nur noch Drehstrom-Motoren neuster Konstruktion

sogenannte kompensierte Drehstrom-Motoren

zum Anschluß an unser Ortsnetz zugelassen werden können. Außerdem dürfen nur noch Motoren an das Netz angeschlossen werden, die der tariflichen Belastung der Antriebsmaschine entspricht.

Diese Anordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Für den Uebergang finden Ausnahmen bei begründeten Anträgen bis zum 1. Juli statt.

Groß-Salze, den 14. April 1924.

278 Der Magistrat. Hofmann.

Bekanntmachung.

Betrifft die Wahlen zur Gemeinde-Vertretung.

Zur Prüfung und Feststellung der Wahlvorschläge findet am Donnerstag, 24. April, nachmittags 5 Uhr, eine öffentliche Sitzung des Wahlausschusses statt und zwar im Dienstzimmer des [illegible] (Nr. 7 des Rathauses).

Burg, den 22. April 1924.

Der Vorsitzende des Wahlausschusses.

Schmelz, Erster Bürgermeister.

Bekanntmachung.

[illegible] für die Zeit vom 24. bis 30. April 1924 an Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner werden am Donnerstag den 24. April 1924 ausgezahlt.

Burg, den 22. April 1924.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Betrifft die Wahlen zur Gemeinde-Vertretung.

Gemäß § 11 der Wahlordnung vom 12. Februar 1924 geben wir hiermit bekannt, daß [illegible] Herren Lipert, Dude, Otto Müller und Eraillberg; [illegible] Herr Rau, Herwig, Karl Müller und Ziegler.

Burg, den 22. April 1924. Der Magistrat.

[illegible] Entscheidung über die Zulassung der [illegible] Wahlvorschläge für die Wahl zur hiesigen Gemeindevertretung [illegible] am Freitag den 25. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Zimmer Nr. 18 eine öffentliche Sitzung des Wahlausschusses statt.

Schönebeck, den 22. April 1924.

Der Vorsitzende des Wahlausschusses.

Dr. Grevens. 282

Bekanntmachung

Freitag den 25. April von 9 Uhr vormittags an werden Unterstützungen an Kleinrentner gezahlt.

Burg, den 23. April 1924.

Der Magistrat.

Große Versteigerung.

Sonnabend den 26. April, vorm. 10½ Uhr, [illegible] gegen bar: Kleiderschränke, Küchen, 1 Schlafzimmer, Tische u. andere Möbel, Fahrräder, 1 Leichtmotorrad, Kinderwagen, Garderobe und viele andere Sachen. — Besichtigung zu jeder Zeit.

Ernst Ritter, Stephansbrücke 38

Auktionator u. Taxator — Telephon 7887.

Täglich Annahme von Sachen.

Tüchtige Lithographen

für moderne Packungen in angenehme Dauerstellung gesucht:

Gebrüder Walter Papierverarbeitungswerk

Magdeburg-Neustadt

[illegible] stellt ein [illegible], Leipziger Straße 16 a

Tausche

[illegible]

Pfirsich-Spaliere

und Büsche, Himbeersträucher, niedrige u. Kletterrosen, echter Wein, [illegible] Gemüsepflanzen, Stauden, Spargelpflanzen empfiehlt preiswert

Drohne

vor der Börse. Alter Markt Nr. 5/6 — Telephon 8871. —

Fahrräder

u. sämtl. Ersatzteile kauft zu hoh. Preis. [illegible]

Städtische Theater

Stadttheater

Freitag den 25. April

4. Abend

Neu einstudiert!

Der Rosenkavalier

Komödie für Musik von Richard Strauß.

Anf. 7, Ende 10½ Uhr

Wilhelm-Theater.

Freitag den 25. April

Vorstell. f. d. Gesellschaft für Theater und Kunst

Der Meisterboxer

Schwank v. O. Schwartz und O. Mathern.

Anf. 8, Ende 10½ Uhr

Herren-Raglan hell, Größe 48, wie neu Maßarbeit, für 35 Mk. sowie andre Herren-Ulster u. -Ueberzieher für Sommer und Uebergang, auch verschied. Größen, für 20 u. 25 Mk. Damen-Kleidung wieder Auswahl vorhanden, neue und wenig getragene, sehr preiswert. Auf Wunsch Teilzahlung.

Reuter, Bandstraße 1, II

Saat-Kartoffeln

Früh-, Mittel- und Spätsorten,

Speisekartoffeln, Futterkartoffeln

44 liefert

Hermann Klutentreter,

Fernsprecher 2585 und 1897, Güterbahnhof Tor 6

ZENTRAL

Täglich 7½ Uhr

Der Obersteiger

Operette von Karl Zeller.

Heute Freitag den 25. April

Ehrenabend

für Heinz Joachim Langwitz

als Obersteiger Martin. 294

Sonntag den 27. April

Letzte Sonntags-Vorstellungen.

Vom 1. Mai an gastiert

das Ensemble des Mellini-Theaters, Hannover mit der Operette von Jean Gilbert

Prinzessin Olala

im

Zentral-Theater

Frau **Grete Sedlitz** aus Berlin

als Gast.

Der Vorverkauf beginnt heute an der Theaterkasse von 10 bis 3 Uhr; — im Verkehrsverein von 10 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr.

Sonntags 2 Vorstellungen

3½ und 7½ Uhr.